

Stenographischer Bericht

über die

16. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 17. Oktober 1919.

Inhalt:

Antrag der Abg. Peintinger, Stocker, Kölbl und Genossen auf Aufhebung der Lederzentrale (Beilage Nr. 243).

Antrag der Abg. Saringer, Friepertinger und Genossen, betreffend den Bahnbau Köflach—Knittelfeld (Beilage Nr. 244).

Antrag der Abg. Gsöllner und Genossen, betreffend die Verwertung von vereinzelt Windwürfen, Dürrlingen usw. in den Forsten zum Zwecke der öffentlichen Brennholzversorgung (Beilage Nr. 245).

Antrag der Abg. Kratochwill, Gaf, Rudel-Zeynek und Genossen, betreffend Erwerbung der Heimatszuständigkeit und des Ankaufsrechtes auf Bauernwirtschaften durch Berufsmilitärpersonen (Beilage Nr. 246).

Antrag der Abg. Friepertinger und Genossen, betreffend die Umänderung des Berggesetzes (Beilage Nr. 247).

Antrag der Abg. Neufuß und Genossen, betreffend die Regulierung des Saffbaches (Beilage 248).

Zuweisungen, und zwar:

1. des Antrages der Abg. Resel, Lindner, Weigelberger und Genossen, betreffend den Bau einer Bahnlinie von Gleisdorf über H3 nach Fürstfeld und Wefungarn (Beilage Nr. 234), an den Eisenbahnausschuß;

2. des Antrages der Abg. Stamež und Genossen, betreffend Einreihung des Marktes Eggenberg hinsichtlich des Diensteseinkommens der Volksschullehrerschaft in die I. Dienstzulagenklasse (Beilage Nr. 235), an den kombinierten Finanz- und Unterrichtsausschuß;

3. des Antrages der Abg. Kaufmann, Kölbl, Zsch, Rudel-Zeynek und Genossen, betreffend die Bewilligung der 50prozentigen Fahrpreismäßigung für Lehrpersonen und Religionslehrer mittels Legitimationen (Beilage Nr. 236), an den Unterrichtsausschuß;

4. des Antrages der Abg. Kölbl, Graupp, Siegl und Genossen, betreffend die Einleitung einer Bekleidungsaktion für die von den Jugoslawen be-

setzt gewesenen Ortschaften des Bezirkes Radkersburg (Beilage Nr. 237),

an den volkswirtschaftlichen Ausschuß;

5. des Antrages der Abg. Kaufmann, Lang, Kölbl, Kölbl und Genossen, betreffend die Erhöhung der Vergütungskosten für Mitglieder der Bezirksschulräte anlässlich ihrer Teilnahme an den Schulratsitzungen (Beilage Nr. 238),

an den kombinierten Finanz- und Unterrichtsausschuß;

6. des Antrages der Abg. Riegler, Hartleb, Gaf und Genossen, auf Errichtung einer Winterschule in Neumarkt (Beilage Nr. 239),

an den kombinierten Finanz- und Landeskulturausschuß;

7. des Antrages der Abg. Nemeč und Genossen, betreffend die Errichtung einer gemischtklassigen Bürgerschule in Kapfenberg (Beilage Nr. 240), an den Unterrichtsausschuß;

8. des Antrages der Abg. Riegler, Gaf und Genossen auf endliche Durchführung der Murregulierung in Teuffenbach und Frojach (Beilage Nr. 241),

an den Landeskulturausschuß.

Bericht des Finanzausschusses, Beilage Nr. 232, über den Voranschlag des steiermärkischen Landesfonds für das Jahr 1919. (Beilage Nr. 135. — Fortsetzung der Wechselrede. — Annahme der Anträge des Finanzausschusses und des Zusahantrages des Abg. Schreckenthal.)

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 129, mit Vorlage des Rechnungsab-schlusses über die Verwaltung der steiermärkischen Landesfonds im Jahre 1917. (Annahme des Antrages des Finanzausschusses.)

Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Gemeindeausschusses über den Antrag der Abg. Rudel-Zeynek, Steinberger, Kaufmann und Genossen, Beilage Nr. 52, betreffend Ausgestaltung der Fürsorge für Findelkinder. (Annahme des Antrages des vereinigten Finanz- und Gemeindeaus-schusses.)

- Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Gemeindevorstandes über den Antrag der Abg. Fasching und Genossen, Beilage Nr. 153, betreffend die Übernahme des Gemeindekrankenhauses in Weiz in die Landesverwaltung für die Zwecke eines öffentlichen Krankenhauses. (Annahme des Antrages des vereinigten Finanz- und Gemeindevorstandes.)
- Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates in Angelegenheit der Ausgabe von Landesgutscheinen zur Behebung der herrschenden Hartgeldnot. (Beilage Nr. 199. — Annahme des Antrages des Finanzausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 188, betreffend die Forteinhebung des Gemeindezuschlages zur staatlichen Verzehrungssteuer in der Landeshauptstadt Graz. (Annahme des Antrages des Gemeinde- und Verfassungsausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 208, betreffend die Einhebung einer Gemeindeabgabe auf den Verbrauch von Wein, Weinmost, Weinmaische und Obstmost in der Landeshauptstadt Graz. (Annahme des Antrages des Gemeinde- und Verfassungsausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 189, betreffend mehrere Abänderungen der Gemeindeordnung für die Landeshauptstadt Graz. (Annahme des Antrages und des Gesetzentwurfes des Gemeinde- und Verfassungsausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 210, über das Ansuchen des Bezirkes Birkfeld um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Bezirksumlage von 205 Prozent im Jahre 1919. (Annahme des Antrages des Gemeinde- und Verfassungsausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Antrag der Abg. Lang und Genossen, Beilage Nr. 196, wegen Abänderung des Zustelldienstes durch die Gemeinden für die Gerichts- und politischen Behörden. (Annahme des Antrages des Gemeinde- und Verfassungsausschusses.)
- Bericht des Landeskulturausschusses zu dem als Landtagsbeilage Nr. 45 vorgelegten Gesetze, betreffend den Schutz der Alpen und die Förderung der Alpwirtschaft. (Beilage Nr. 242. — Annahme des Antrages und des Gesetzentwurfes des Landeskulturausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abg. Graupp, Siegl, Kaufmann und Genossen, Beilage Nr. 161, betreffend sofortige Aufnahme der Sulmregulierungsarbeiten bei Altenmarkt und Leibnitz. (Annahme des Antrages des Landeskulturausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abg. Lang, Gastl, Gölls und Genossen, Beilage Nr. 164, wegen Sulmregulierung in der Flussstrecke der Gemeinden Kerschbaum, St. Peter im Sulmtale usw. beziehungsweise dringliche Schutzmaßnahmen gegen Hochwasser für die Ortschaften Moos, Korbin, Aigen und Kerschbaum im Gerichtsbezirke Deutschlandsberg. (Annahme des Antrages des Landeskulturausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 186, wegen Abhaltung eines Lehrkurses für heimkehrende und kriegsbeschädigte Landwirte in Wagna. (Annahme des Antrages des Landeskulturausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abg. Jach, Schifko, Kratochwill und Genossen, Beilage Nr. 192, wegen Schaffung eines Flurschutzgesetzes und einer Flurpolizei. (Annahme des Antrages des Landeskulturausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abg. Riegler, Gaj, Arenn und Genossen, Beilage Nr. 174, betreffend die endliche Verbauung des Wölzbaches. (Annahme des Antrages des Landeskulturausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abg. Gaj, Weingärtner, Riemer, Möstl und Genossen, Beilage Nr. 179, betreffend Förderung der Schafzucht. (Annahme des Antrages des Landeskulturausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abg. Gaj, Siegl, Jach, Fink und Genossen, Beilage Nr. 201, betreffend Schmuggel von Rotlaufferum nach dem EJS-Gebiet. (Annahme des Antrages des Landeskulturausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abg. Gaj, Arenn, Riegler und Genossen, Beilage Nr. 181, betreffend die Verheerungen in den steirischen Landesforsten im Bezirke St. Gallen. (Annahme der Anträge des Landeskulturausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über das Gesetz (Vorlage der Staatsregierung), Beilage Nr. 69, betreffend die Ablösung, Neuregulierung und Sicherung der auf Grund des kaiserlichen Patentes vom 5. Juli 1853, R.-G.-Bl.

- Nr. 130, regulierten Holz-, Forstproduktenbezugs- und Weiderecht, und über das Gesetz (Vorlage der Staatsregierung), Beilage Nr. 141, wirksam für das Land Steiermark, betreffend die Zuständigkeit der Agrarbehörden zur Behandlung der nach dem kaiserlichen Patente vom 5. Juli 1853, R.-G.-Bl. Nr. 130, der Ablösung oder Regulierung unterliegenden Rechte. (Annahme der Anträge des Landes-kulturausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abg. Gutmann, Jaklitsch, Jach und Genossen, Beilage Nr. 103, betreffend Tagesausweise der im Landesdienste stehenden landwirtschaftlichen Fachkräfte. (Annahme des Antrages des Landeskulturausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abg. Gafz, Riegler, Paul und Genossen, Beilage Nr. 180, betreffend Ennsregulierung Gersdorf-Urtwehrdurchstich im politischen Bezirke Gröbming. (Annahme des Antrages des Landeskulturausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses, über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 148, betreffend die Behandlung der deutschen aktiven Lehrerschaft der Stadt Marburg a. d. Drau. (Annahme des Antrages des Unterrichtsausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abg. Huber, Weingärtner, Peinfinger und Genossen, Beilage Nr. 166, wegen Errichtung einer Mädchenbürgerschule in der Stadt Hartberg. (Annahme des Antrages des Unterrichtsausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abg. Ruskak, Nemec, Primus und Genossen, Beilage Nr. 168, betreffend die Errichtung einer Bürgerschule in der Marktgemeinde Kindberg. (Annahme des Antrages des Unterrichtsausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abg. Tausk, Leichin, Neufuß und Genossen, Beilage Nr. 176, betreffend die Errichtung von Parallelklassen an der Volksschule in Leibnitz. (Annahme des Antrages des Unterrichtsausschusses und des Zusatzantrages der Abg. Kaufmann.)
- Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abg. Gföller und Genossen, Beilage Nr. 205, betreffend Errichtung einer provisorischen Bürgerschule in Schlading. (Annahme des Antrages des Unterrichtsausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abg. Rudel, Zeynek, Kaufmann, Rieger und Genossen, Beilage Nr. 191, betreffend die Ausgestaltung der Frauengewerbe- und Haushaltungsschule am Entenplatz in Graz. (Annahme des Antrages des Unterrichtsausschusses.)
- Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abg. Kaufmann, Tomaschik, Krafschwill und Genossen, Beilage Nr. 64, betreffend die Erhöhung der Bezüge für die an Hilfsschulen wirkenden Kindergärtnerinnen. (Annahme des Antrages des vereinigten Finanz- und Unterrichtsausschusses.)
- Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Unterrichtsausschusses über die Petition Nr. 30 des Ortschaftsrates Gßz, betreffend die Gleichstellung der Lehrer mit den Staatsbeamten. (Annahme des Antrages des vereinigten Finanz- und Unterrichtsausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über den Antrag der Abg. Ruskak, Pigl und Genossen, Beilage Nr. 194, betreffend eine Verwaltungsreform bei den steiermärkischen Landesbahnen. (Annahme des Antrages des Eisenbahnausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über den Antrag der Abg. Friepertinger, Saringer und Genossen, Beilage Nr. 195, betreffend die Erbauung einer Verbindungslinie der Aspangbahn über die Köflacher Bahn mit der projektierten Kärntner Ostbahn. (Annahme des Antrages des Eisenbahnausschusses.)
- Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über den Antrag der Abg. Fasching, Wastian, Rainer und Genossen, Beilage Nr. 14, betreffend die Ausgestaltung des Bahnnetzes in der Oststeiermark durch die ehefte Inangriffnahme des Ausbaues der bereits projektierten und teilweise im Unterbau fertiggestellten Bahnlinie Feldbach—Gleichenberg—Purkla sowie die Bahnlinie Birkfeld—Reitenegg, ferner die Bahnlinien Studenzen—Kirchbach—Wolfsberg—Leibnitz, Gleisdorf—Hartberg und die Bahnlinie Pöllau—Kaindorf. (Annahme des Antrages des Eisenbahnausschusses.)
- Wahl einer Untersuchungskommission über die Gebarung in den Landesforsten.
- Anfrage der Abg. Peintinger, Weingärtner, Rieger und Genossen wegen Petroleumverteilung in Weiz.
- Anfrage der Abg. Riegler und Genossen an den Landesrat wegen Trennung und Teilung der Gemeinde Umgebung Oberwölz-Schönborg.
- Anfrage der Abg. Siegl, Graupp, Kölbl und Genossen, betreffend Abschubes deutscher Heimkehrer nach Jugoslawien.
- Vertagung des Landtages.

Beginn der Sitzung: 3 Uhr 20 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Die Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Jakob Uhrer und Josef Pongraz.

Schriftführer: Die Abg. Karl Gföller, August Lindner und Franz Thoma.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer: Ich eröffne die heutige Sitzung. In der letzten Sitzung sind folgende Anträge überreicht worden, deren Drucklegung veranlaßt wurde.

Antrag der Abg. Peintinger, Stocker, Kölbl und Genossen auf Aufhebung der Lederzentrale (Beilage Nr. 243).

Antrag der Abg. Saringer, Friepertinger und Genossen, betreffend den Bahnbau Köslach—Knittelfeld (Beilage Nr. 244).

Antrag der Abg. Gföller und Genossen, betreffend die Verwertung von vereinzelt Windwürfen, Dürrlingen usw. in den Forsten zum Zwecke der öffentlichen Brennholzversorgung (Beilage Nr. 245).

Antrag der Abg. Kratochwill, Gafz, Rudel-Jeynek und Genossen, betreffend Erwerbung der Heimatzuständigkeit und des Ankaufsrechtes auf Bauernwirtschaften durch Berufsmilitärpersonen (Beilage Nr. 246).

Antrag der Abg. Friepertinger und Genossen, betreffend die Umänderung des Berggesetzes (Beilage Nr. 247).

Antrag der Abg. Neufuß und Genossen, betreffend die Regulierung des Saffbaches (Beilage Nr. 248).

Auf Grund des § 29 der Geschäftsordnung weise ich die in der letzten Sitzung aufgelegten Beilagen Nr. 234 bis 241 zu, wie folgt (liest):

Antrag der Abg. Kessel, Lindner, Weigelberger und Genossen, betreffend den Bau einer Bahnlinie von Gleisdorf über Ilz nach Fürstensefeld und Westungarn (Beilage Nr. 234),

an den Eisenbahnausschuß;

Antrag der Abg. Josef Stameß und Genossen, betreffend Einreihung des Marktes Eggenberg hinsichtlich des Diensteseinkommens der Volksschullehrerschaft in die I. Dienstzulagenklasse (Beilage Nr. 235),

an den kombinierten Finanz- und Unterrichtsausschuß;

Antrag der Abg. Kaufmann, Kölbl, Zach, Rudel-Jeynek und Genossen, betreffend die Be-

willigung der 50prozentigen Fahrpreisermäßigung für Lehrpersonen und Religionslehrer mittels Legitimationen* (Beilage Nr. 236),

an den Unterrichtsausschuß;

Antrag der Abg. Kölbl, Graupp, Siegl und Genossen, betreffend die Einleitung einer Bekleidungsaktion für die von den Jugoslawen besetzt gewesenen Ortschaften des Bezirkes Radkersburg (Beilage Nr. 237),

an den volkswirtschaftlichen Ausschuß;

Antrag der Abg. Kaufmann, Lang, Möstl, Kölbl und Genossen, betreffend die Erhöhung der Vergütungskosten für Mitglieder der Bezirksschulräte anlässlich ihrer Teilnahme an den Schulkonferenzen (Beilage Nr. 238),

an den kombinierten Finanz- und Unterrichtsausschuß;

Antrag der Abg. Riegler, Hartleb, Gafz und Genossen auf Errichtung einer Winterschule in Neumarkt (Beilage Nr. 239),

an den kombinierten Finanz- und Landeskulturausschuß;

Antrag der Abg. Nemeß und Genossen, betreffend die Errichtung einer gemischtklassigen Bürgerschule in Kapfenberg (Beilage Nr. 240),

an den Unterrichtsausschuß;

Antrag der Abg. Riegler, Gafz und Genossen auf endliche Durchführung der Murregulierung in Teuffenbach und Frojach (Beilage Nr. 241),

an den Landeskulturausschuß.

Hat jemand hierzu etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Wir schreiten sohin zur heutigen Tagesordnung, und zwar wird zunächst die Tagesordnung der 15. Sitzung fortgesetzt.

Der erste Punkt derselben ist der

Bericht des Finanzausschusses, Beilage Nr. 232, über den Voranschlag der steiermärkischen Landesfonds für das Jahr 1919 (Beilage Nr. 135).

Berichterstatter ist der Herr Abg. Professor Paul.

Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Leichin; ich erteile ihm dasselbe.

Abg. Leichin: Hochgeehrte Damen und Herren! Die Situation, unter der wir den gegenwärtigen Voranschlag für das Jahr 1919 beraten, ist eine wesentlich andere, als dies bisher der Fall war. Bisher hatten wir als Arbeiter innerhalb dieses Hauses nicht jene Rechte besessen, wie wir sie gegenwärtig besitzen. Bisher wurde gewählt in das Haus auf Grund eines

Klassenwahlrecht und erst der Umsturz hat es ermöglicht, daß wir das allgemeine gleiche Wahlrecht bekamen und unter gleichen Rechten in dieses Haus eingezogen sind. Die Situation, in der wir gegenwärtig in dieser Beratung stehen, unterscheidet sich prinzipiell dadurch, daß wir im Zeitalter der Demagogie stehen, die wir dem Umsturze zu verdanken haben. Nun hat dieser Umsturz uns auch eine Situation hinterlassen, die gerade nicht angenehm ist, und der Voranschlag ist ein bedenklicher Zeuge dafür, in welcher Wirtschafts- und finanziellen Notlage sich das Land gegenwärtig befindet. Wenn wir diese finanzielle Not, in der sich das Land befindet, beseitigen wollen, dann bedarf es der größten Aufgaben, der größten Anstrengung und Eintracht, um über diese Not hinwegzukommen. Wir glaubten, daß dieser Umsturz eine größere Entscheidung innerhalb der Parteien herbeiführen wird, und wir glaubten, daß eine dieser großen Parteien die Mehrheit erreichen und allein die Verantwortung für die Regierung wird übernehmen können. Diese Entscheidung ist leider nicht getroffen worden. Und sollen wir aus dieser Situation herauskommen, so ist dies nur dann möglich, wenn diese beiden großen Parteien, die Sozialdemokraten und die Christlich-Sozialen, gemeinsam die Regierung übernehmen und das tun, was notwendig ist, um die Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Unsere Arbeiterschaft draußen, die erkennt diese Situation, obwohl es sehr schwer gefallen ist, sie ihr begreiflich zu machen. Dazu kommt, daß gerade unsere schwarze Ehehälfte oder wenigstens die Presse derselben uns nicht freundlich begegnet, sondern daß der Kampf, der gegen uns geführt wird, nicht auf Grund einer objektiven Auffassung geführt wird und sehr viele Gehässigkeit an sich hat, daher die Arbeiterklassen logischerweise erbittern muß. Wir haben alles Interesse daran, diese Erbitterung der Arbeiter niederzuhalten, weil das, was daraus folgen kann, logischerweise nur der Bürgerkrieg ist. Wir haben bisher mit aller Anstrengung den Bürgerkrieg zu vermeiden gesucht im Interesse des Volkes, weil wir wissen, daß derselbe uns keinen Segen bringt, besonders nicht nach dem, was uns dieser viereinhalbjährige Krieg hinterlassen hat. Denn dieser Krieg hat uns völlig verarmt, unsere ganze Lebensmöglichkeit hängt ab von den Entente-staaten. Wir haben nicht soviel, um uns ernähren zu können. Bricht auch noch der Bürgerkrieg aus, so ist es logisch, daß unsere Bevölkerung nicht das Nötige zum Leben hat und wir ohne die Entente-staaten zugrunde gehen müssen. Daher haben wir alles getan, um diesen Bürgerkrieg zu vermeiden. Es liegt jetzt an

unserer schwarzen Ehehälfte, dahin zu wirken, daß die Ehe aufrecht bleibt, um über diese schwere Situation hinwegzukommen. Die Wirtschaftsverhältnisse sind infolge des viereinhalbjährigen Krieges sehr trübe. Wir sehen nicht, daß die bürgerlichen Parteien irgendwo und wie bei uns in Österreich den Mut aufgebracht hätten, gegen dieses Verwüsten von Menschen und Material aufzutreten und energisch Front zu machen. Sie haben spekuliert auf jenen großen Tag, der ihnen das große Loß bringen wird, der aber leider nicht eingetroffen ist. Wir waren die einzigen, die auf die große und drohende Gefahr aufmerksam gemacht haben. Wir haben schon seit dem Brest-Litowsker Frieden darauf aufmerksam gemacht, aber wir haben von ihrer Seite nur Hohn geerntet. Wäre man unseren Forderungen gefolgt und hätte man ihnen Nachdruck verliehen, dann würden wir besser abgeschnitten haben und unser Volk würde nicht bittere Not leiden, die in der Folge mit jedem Tag immer größer und größer erscheint und immer schwerer und schwerer werden muß. Nun, diese Herren, die in keiner Weise irgendwie den Mut aufgebracht haben gegen die monarchistische Herrschaft, die haben innerhalb des Landes nach unserer Auffassung geradezu unverantwortlich gewüflet. Unverantwortlich gewüflet hat der kontrollose Landesauschuß, der nicht nur das Geld der Gegenwart, sondern auch das der Arbeit, der Zukunft, der Arbeit unserer Kinder hinauswarf zu Zwecken der Kriegsführung und zum Zwecke der Kriegsanzleihezeichnung. Es wurden nicht weniger als 52 Millionen Kronen vom Lande Steiermark als Kriegsanzleihe gezeichnet und damit die Zukunft dieses Landes voll und ganz ruiniert, so daß die ganze Arbeit der Zukunft aufgebraucht werden muß, um das gutzumachen, was in diesen 52 Millionen Kronen an Arbeitskraft enthalten ist. Neben dieser Verwüstung der Kräfte sind ungeheure sittliche Kräfte verwüflet worden.

Es wurde vom Abg. Schreckenthal vormittags darauf hingewiesen, daß es an Arbeitslust fehlt. Aber wenn es an solcher fehlt, so ist dies darauf zurückzuführen, daß diese Arbeitslust während des Krieges zugrunde gerichtet wurde, und wenn jemand ein Recht hat, anzuklagen, daß irgendwo keine Arbeitslust vorhanden sei, so am wenigsten jene Herren, die zu der Zeit, als der Krieg herrschte, nichts getan haben, um diesem Morden irgendwelchen Abbruch zu tun. Wir wissen es sehr gut, daß diese Kräfte wieder geschaffen werden müssen und daß nur durch emsige Arbeit und großen Fleiß dieses Land wieder aufgebaut werden kann. Aber zunächst müssen wir unter den Folgen

des Krieges leiden und nur langsam und mit Mühe werden sich alle diese Folgen beseitigen lassen. Sie können sich vorstellen, daß die Arbeiterschaft heute im gewissen Sinne gewaltig erbittert ist über das Treiben innerhalb des Bürgerturns und innerhalb ihrer Presse. Wir Sozialdemokraten, die wir uns alle Mühe gegeben haben, während des Zeitraumes nach dem Zusammenbruche Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, wir werden nun als jene hingestellt, die an allem Schuld fragen, was uns heute mangelt, die Schuld fragen an unserem Elend, an unserer Not. Überall wo Sie hinschauen, in jeder Presse des Bürgerturns, die man liest, wird wiederholt dieselbe Phrase hinausposaunt, die nur dahin lautet, daß wir Sozialdemokraten die Schuldigen sind an dem, worunter die Bevölkerung zu leiden hat. Sie müssen es verstehen, daß unter solchen Anklagen die Arbeiterschaft erbittert werden muß.

Herr Abg. Schreckenthal hat vormittags auch hingewiesen auf die Vorfälle in Bruck. Wir selbst bedauern diese Vorfälle deshalb, weil wir wissen, daß mit Gewalt nichts erreicht werden kann. Wir haben immer die Gewalt verpönt als Kampfmittel und haben darauf hingewiesen, daß die einzigen und besten Waffen im Kampfe nur die Waffen des Geistes sind. Wir haben immer und immer wieder versucht, die Arbeiterschaft darin zu schulen, daß nur diese einzige Waffe im politischen Kampfe anzuwenden sei. Aber von Seite des Bürgerturns ist das nicht zu verzeichnen. Dort ist jedes Mittel gut genug gewesen, um zum erstrebten Ziele zu kommen. Wir wissen aus der letzten Zeit, wie rücksichtslos das Bürgerturn gegen die Arbeiter vorgegangen ist. (Abg. Dr. Dantine: „Wodenn?“) Wenn Herr Abg. Schreckenthal empört ist wegen der Vorgänge in Bruck, so hat er ganz vergessen, daß diesen Vorgängen in Bruck etwas vorausgegangen ist. Unser Parteigenosse Pichler hat eines Tages mit einem Unternehmer verhandelt, hat mit einem Unternehmer einer Papierfabrik einen Lohnarif abschließen wollen. Und als er sich vorstellte, da wußte dieser Unternehmer nichts anderes zu tun, als auf Genossen Pichler zu schießen. Sie müssen es verstehen, daß die Arbeiterschaft darüber furchtbar erbittert ist, weil der Unternehmer nur deshalb auf ihren Vertreter schießt, weil derselbe hinkommt im Auftrage der Arbeiter, um mit dem Unternehmer einen Vertrag zu schließen. Aber noch etwas anderes ist vorgekommen. Der Unternehmer wurde angeklagt, und alle hätten nun erwartet, daß dieser Mann bestraft worden wäre. Der Mann ist jedoch freigesprochen worden. Was würde Herr Abg. Schreckenthal dazu sagen,

wenn ein Arbeiter auf ihn schießen würde und dieser Arbeiter freigesprochen würde. Da würde doch Herr Schreckenthal mit Recht erbittert sein und auch mit Recht zu klagen haben über diese Klassenjustiz. (Landesrat Kessel: „Das ist ganz was anderes. Sie müssen doch denken, daß er ein Unternehmer ist.“) Unter dieser Klassenjustiz leiden wir heute noch, und Sie müssen verstehen, daß die Arbeiterschaft sich diese Klassenjustiz heute nicht gefallen lassen kann. Und so müssen Sie auch verstehen, daß die Arbeiterschaft in Bruck, die während der ganzen Zeit des Umsturzes sich tapfer gehalten hat, die aus Kapsenberg, die während des Krieges so furchtbar gelitten hat, empört und erbittert ist über diese Tatsache des Freispruches, und die in ihrer Erbitterung leider nicht die Schranken eingehalten hat und auch Leute verprügelte, die es ja im Prinzip verdienten, aber doch nicht so gefährlich waren, wie es andere gewesen sind. Jene Herren, die bisher auf dem Standpunkte der Klassenherrschaft gestanden haben und nichts einzuwenden hatten über die Klassenjustiz, haben sich sicher nicht zu beschweren über die Vorgänge in Bruck. Und wenn diese Vorgänge in Bruck bedauerlicherweise sich ereignet haben, so sind sie auch nur zu verstehen als Folge des Krieges, der alle verrotzt hat und der sittlich in gewissem Sinne alle angegriffen hat, unter dem wir alle sittlich gelitten haben, fast ohne Ausnahme. Nun sagt Herr Abgeordneter Schreckenthal, daß der Arbeiterschaft nach der Diktatur gelüftet. Meine Herren! Was heißt Diktatur? Klassenherrschaft heißt Diktatur. Wer hat immer bisher Klassenherrschaft ausgeübt? Wir waren überall von der Klassenherrschaft ausgeschlossen, haben nirgends teilnehmen können, uns als Arbeiter hat man nie gefragt, ob diese Geseze auch unseren Anschauungen entsprechen, sondern es hat geheißen, annehmen und ruhig sein, und wenn es nicht geschah, hat es Wacheute, Militär und Gendarmerie gegeben. Und, meine Herren, die Klassenherrschaft haben wir bisher nicht ausgeübt, sondern die Freunde des Herrn Schreckenthal. Und wenn man bisher Anhänger der Klassenherrschaft gewesen ist, hat man keine Ursachen, sich über Klassenherrschaft der anderen gegenwärtig zu beschweren. Ich sage, wir Sozialdemokraten sind keine Feinde der Diktatur. Wir sind Anhänger der Diktatur! Sie waren unsere besten Lehrmeister, Sie haben uns gezeigt, wie man die Massen niederdrückt, nicht im Interesse der Gesamtheit, sondern einzelner weniger oberer Schichten, einer Klasse von herrschenden Kapitalisten, Sie waren jene, die bisher die Klassendiktatur verteidigt haben und auch strenge darauf geachtet haben, daß ja nicht den Arbeitern

irgend welches Recht zuteil wird. Gerade die Deutschenationalen, verehrte Herren, die immer den Bismarck verehrt haben, diese Herren wollten niemals etwas wissen von dem allgemeinen Wahlrecht, das Bismarck in Deutschland eingeführt hat, sie waren immer Anhänger der Klassenherrschaft, und deshalb, meine Herren, haben Sie sich gar nicht zu beschweren, wenn irgendwo bei uns jetzt Klassendiktatur herrscht. Aber es ist ja gar nicht Klassendiktatur, wir haben ja gar nicht die Mehrheit. Wenn wir die Mehrheit hätten und wüßten, daß wir auf einer gesunden Basis ruhen würden, würden wir ohne Zaudern zur Klassendiktatur greifen (Rufe bei den Christlich-sozialen: „Hört, hört!“ — Abg. Neufuß: „Sie haben dasselbe gemacht!“ — Großer Lärm bei der Bauernpartei.) Wenn wir die Mehrheit hätten, wäre es selbstverständlich. Denken Sie, wenn wir in dieser Landtage vielleicht 60 Mann hoch sitzen würden, wäre es anders denkbar, als daß wir regierten? Wäre dies was anderes als Klassendiktatur? Sie schrecken nur vor dem Worte zurück, aber vor den Tatsachen dürfen Sie nicht zurückschrecken. Und wenn wir heute einen Zwangsehebund haben, der sicher nicht im Himmel geschlossen wurde und sicher nicht den Segen der Geistlichkeit hatte, aber vielleicht zum Segen der Bevölkerung gereicht, wenn auch unsere Ehehälfte ehrlich mitarbeitet, wenn sie nicht sucht, die Zusammenarbeit irgendwie zu eigenen Interessen zu stören, so kommen wir nicht darüber hinweg über die Tatsache, daß jene, die die Mehrheit haben, auch im Interesse dieser Mehrheit die Regierung in der Hand haben und so regieren, wie es den Interessen dieser Mehrheit entspricht. Meine Herren! Dies muß doch klar zur Aussprache kommen, nachdem Herr Schreckenthal die Arbeiter- und Soldatenräte so furchtbar angegriffen und als jene hingestellt hat, die mit Terrorismus arbeiten. Wem haben wir es hier im Lande und im Staate Österreich zu verdanken, daß heute noch Ruhe und Ordnung herrscht, daß heute noch der Bauer auf seinem Boden sitzt und ein Dach über dem Kopfe hat, und der Bürger in seinem Hause wohnt, und der Besitzer sein erspartes Vermögen besitzt? Wem haben Sie das alles zu verdanken? Nach dem Zusammenbruche wissen Sie, daß alles zum Teufel gegangen ist. Keine Regierung, keine Macht innerhalb des Landes und des Staates hat es gegeben, die Ordnung und Ruhe hätte aufrechterhalten können. Die einzige Macht war die organisierte Arbeiterschaft, die Organisation der Arbeiter. (Abg. Schreckenthal: „Und die Studenten!“) Ich bitte, die zwei Duzend Studenten auf dem Bahnhofe haben doch nicht die Macht gehabt,

und Sie würden ganz anders denken, wenn Sie die Tatsachen beurteilen könnten. Am Sonntag abends wurden wir aufgeläutet, daß der Bahnhof ohne jede Bewachung steht, daß alle öffentlichen Gebäude, auch die Pulvermagazine, ohne irgendwelche Bewachung stehen und daß Gefahr drohe, daß durch irgend welche freventliche Hand ein Unglück geschieht. Und wir waren es, die von der Fabrik Weitzer die Arbeiter 48 Stunden hinausgestellt haben. (Landesrat Dr. Klusemann: „Und bei den Pulvermagazinen wir!“) Allerdings gebe ich zu, daß einige sich nicht so aufgeführt haben, wie wir es wünschten. Aber wer hat sich während dieser ganzen Zeit des Zusammenbruches so ehrenhaft aufgeführt, um nicht irgendwie gefadelt zu werden! Wohl fast gar keinen Bürger gibt es, der nicht irgendwie während des Krieges und während der Zeit nach dem Umsturze mit dem Verichte in Konflikt gekommen wäre. (Lärm und Widerspruch.) Wie viele gibt es als Schleichhändler und Preistreiber, und die wenigsten sind erwischt worden. Die Mehrheit läuft heute noch frei herum und besitzt noch ihr reines Bürgerschild. Deshalb haben Sie in dieser Zeit der furchtbaren sittlichen und moralischen Verkommenheit keine Ursache, irgendwie einen Arbeiter anzuklagen, wenn er einmal vielleicht gestrauchelt ist. Die Arbeiterschaft hat also seit dem Umsturze Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und, Herr Schreckenthal, wenn Sie wüßten, wie viel Sie und das Bürgertum den Soldatenräten zu verdanken haben, würden Sie nicht von einem Terror sprechen. Gerade die Soldatenräte haben verhindert, daß wir nicht in Graz, in Steiermark, den Kommunismus hatten. Vielleicht bedauern es einige Herren und sagen, dann wären wir auch die ganze sozialdemokratische Gesellschaft los. Das glaube ich schon, daß Sie es bedauern, aber wir haben Interesse, daß das, was der Umsturz gebracht hat, als Arbeit erhalten bleibt. Deshalb haben wir mit aller Mühe gesucht, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten im Interesse der Arbeiterschaft. Und diese Ordnung haben Sie einzig und allein der großen Organisation der Arbeiter, der Mithilfe der Soldaten- und Arbeiterräte zu verdanken, die haben sich Tag und Nacht bemüht, immer wieder die Leute aufmerksam zu machen auf das Unsinnige ihres Gebarens, auf das Unsinnige, was in Ungarn vorgeht, und daß sie das nicht nachmachen dürfen, weil es unser Land nicht erträgt und wir völlig zusammenbrechen würden und die Reaktion wieder über uns siegen würde. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben auch innerhalb Steiermarks nirgends irgendwie Terror ausgeübt. Ich möchte nur einen Fall kennen lernen, und es möchte mich freuen,

wenn Abg. Schreckenthal einen einzigen Fall bekanntgibt. Er hat wohl gehört, was in der Zeitung für ein Gesumm gemacht wird. Das ist politische Demagogie, die Art, wie man öffentlich kämpft, weil diese gegenwärtigen Verhältnisse dem Bürgertum doch recht unangenehm sind. Sie wissen, das Bürgertum will Freiheit haben, Schleichhandel zu bekämpfen, die Freiheit, Wucherpreise einzubeugen (lebhafter Widerspruch), die Freiheit, die Sie eben im freien Handel anstreben, aber dieser ist doch gar nichts anderes als die Möglichkeit, zu hohen Preisen zu verkaufen, ohne Rücksicht darauf, ob die arbeitende Klasse auch diese hohen Preise bezahlen kann. Wir wissen ohne Unterschied, daß heute jeder nur bedacht ist, so reich als möglich zu werden, und so schwer wie möglich reich zu werden. Sie überblicken nicht das Elend des Volkes und haben keine Rücksicht auf die Bedürfnisse des Volkes, sondern das Motiv ist einzig und allein der Egoismus, das eigene Interesse, das Interesse, so schnell als möglich reich zu werden. Und diese Tatsache können Sie nicht aus der Welt schaffen, nicht bestreiten, und um eben diesen Egoismus nicht Oberhand gewinnen zu lassen, ist es notwendig, daß, solange dieser Zustand herrscht, in dieser Zeit des Mangels an Lebensmitteln eine gewisse Beschränkung des Handels auferlegt ist, um jeden das bisshen an Nahrungsmitteln zu sichern.

Nun wurde heute früh vom Herrn Abgeordneten Schreckenthal nachgewiesen, wie schrecklich unsere Landarbeiterorganisationen die Landarbeiter draußen verheizen. Es ist recht charakteristisch, daß man bei allen diesen Angelegenheiten so selten bei der Wahrheit bleiben kann. Wie muß es erst draußen am Lande zugehen, wenn Herr Abg. Schreckenthal heute hier über die Landarbeiter solche Dinge erzählt! Was muß er draußen seinen Bauernbündlern erzählen über die Landarbeiterorganisation und ihre ganz unsinnigen Forderungen? Heute früh erzählte er, daß die Organisation der Landarbeiter ein Deputat von 50 Kilogramm Mehl verlangt habe. Alles wird erzählt, überall können Sie Beispiele finden, alles wird geglaubt, weil die Zeit dazu geschaffen ist, um allen Unsinn zu glauben. (Abg. Schreckenthal: „Aber in der Arbeiterzeitung ist es gestanden!“) Nun will ich berichten aus dem gedruckten Arbeitervertrag, daß der Landarbeiter nicht 50 Kilogramm Mehl, sondern 20 Kilogramm Mehl bekommt, und damit er es auch draußen seinen Freunden sagen kann, daß sie nicht 40 und 80 K verdienen, so will ich ihnen sagen, was der Tarif an Monatszahlung verlangt. Professionisten 1. Klasse 380 K monatlich, 2. Klasse 330 K, Aufseher,

Oberschweizer 350 K, Pferdeknecchte 250 K, männliches Kuhstallpersonal 300 K, Hilfspersonal 204 K. (Abg. Schreckenthal: „Und die ganze Verpflegung!“) Das Deputat, das hier angeführt wurde, besteht in: Milch von 15 Litern, Mehl- und Hülsenfrüchte 20 Kilogramm, Fett 1 Kilogramm, Fleisch 1 Kilogramm, Kartoffel 50 Kilogramm. Sie wissen selbst, Sie sind doch jetzt selbst Bauer oder Gutsbesitzer, was die Leute auf dem Lande bei der schweren Arbeit zum Leben brauchen. Ich weiß nicht, ob die Leute mit weniger Lebensmittel auskommen können. (Abg. Schreckenthal: „Gut, dann müssen Sie aber auch das Kontingent für die Bauern anders bemessen!“ Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraz: „Jetzt ist ja gar kein Kontingent mehr, das sollen Sie doch wissen!“) Es wird uns immer vorgeworfen, daß wir die Arbeiter auf dem Lande aufheizen und wir uns selbst die Lebensmittel zu versteuern suchen. Es wird auch erzählt, daß wir diejenigen sind, die die Landflucht fördern. Das ist nicht neuesten Datums, sondern das ist schon sehr alt. Ich verweise hier auf ein kleines Büchlein, das Ende der Siebziger- oder anfangs der Achtzigerjahre von dem Präsidenten Schmid-Zabierow in Klagenfurt herausgegeben wurde und das auf die Verhältnisse auf dem Lande hinweist. Die Verhältnisse sind derartig, daß kein Arbeiter auf dem Lande bleiben kann, sondern daß er immer wieder landflüchtig werden muß. Er erzählt sehr schön, daß der landwirtschaftliche Arbeiter, auch die Dirne, nicht heiraten kann, weil er keine Möglichkeit zur Heirat hat. Die Folge davon ist eine Unmasse von unehelichen Kindern. Jeder intelligente Landarbeiter verläßt die Scholle und flüchtet in die Stadt und nur der unintelligente Arbeiter bleibt auf dem Lande. (Lebhafter Ohoruse bei den Christlichsozialen.) Ob Sie „Oho!“ schreien oder nicht, die Tatsachen beweisen es. Weit über 70 Prozent gehen vom Lande fort. Wir wissen, daß die intelligente Arbeiterschaft fortreicht, und gerade die Landwirte sind es, die auf diese Tatsache hingewiesen haben. Wir wissen es und sind uns völlig klar, daß damit der Landwirtschaft nicht gedient ist. Wir haben ein Interesse, daß auf dem Lande Arbeitskräfte vorhanden sind, aber der tüchtige Arbeiter kann auf dem Lande nur festgehalten werden, wenn ihm ein entsprechender Lohn gewährt wird und er entsprechend leben kann, wenn er das Recht auf Ehe hat. Der Arbeiter auf dem Lande muß das Recht auf Ehe haben. Wir haben heute in Kärnten weit über 56 Prozent uneheliche Kinder, in Steiermark 34 Prozent. Der

größte Teil entfällt auf die Landbevölkerung. Sie wissen, wie schwer es der armen Dirne auf dem Lande geht, die einen kleinen Wurm aufzuziehen hat, wie schwer es ist, ihm die nötige Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sie hat nicht den Haushalt, der notwendig ist, um dem Lebewesen die nötige Pflege angedeihen zu lassen. Wir sind nicht jene, die die Landbevölkerung zu verheizen suchen, sondern wir suchen, auch den Arbeiter emporzuheben zum Kulturmenschen. Je mehr der Arbeiter gehoben wird und je intelligenter er ist, umso tüchtiger ist er auch als Arbeiter und umsomehr kann er der Landwirtschaft dienlich sein.

Der Herr Abg. Schreckenthal hat gesagt, daß uns aus dieser Not nur der Anschluß an Deutschland retten kann. Wir Sozialdemokraten waren die ersten, die das erkannt haben. Wir haben uns auf einem Parteitage darüber entschieden, daß wir als Einzelstaat nach diesem Zusammenbruche, nachdem wir aufgelöst sind, nicht existieren können. Wenn das nicht zustande gekommen ist, dann haben Sie es jenen Kreisen zu verdanken, die während der Friedensverhandlung in St. Germain bessere Friedensbedingungen zu erreichen hofften, wenn sie die französische Delegation anwinkeln und von Deutschland sich loszutrennen suchten. Die Zeit ist so, daß noch nicht endgültig darüber entschieden ist. Schließlich entscheidet das Interesse eines Volkes, und wenn das österreichische Volk in seiner Gesamtheit den festen Willen hat, sich Deutschland anzuschließen, so wird es die Entente nicht verhindern können. (Zustimmung.) Nur mit Deutschland können wir leben (Zustimmung), weil Deutschland nicht nur die nötige Industrie, sondern auch die Kräfte hat, die allein es uns ermöglichen, für die Dauer uns freizuhalten von dem Joche irgend einer anderen Nation. (Zustimmung.)

Meine Herren! Nun ist es notwendig, einiges über den Voranschlag zu sprechen. Der Voranschlag läßt sich natürlich nicht besonders ändern. Wir müssen ihn schon so annehmen, wie er vorliegt. Die Gelder sind schon ausgegeben, aber für die Zukunft müssen wir darüber einig werden, wie der nächste Voranschlag auszusehen hat, was in diesem Voranschlage aufzunehmen und was zu streichen ist. Wenn wir einer finanziellen Gesundung entgegengehen wollen, so ist es notwendig, daß wir dort zu sparen anfangen, wo die Ausgaben nicht notwendig sind. Unsere Vorgänger konnten mit vollen Händen geben, weil sie kontrolllos auf Kosten der Allgemeinheit gegeben haben. Wir als Vertreter des Volkes müssen Rücksicht nehmen auf die Interessen des ganzen Volkes und müssen

haushälterisch mit dem Vermögen des Landes umgehen. Deshalb ist es notwendig, daß dort gespart werde, wo dem Volke mit den Ausgaben nicht gedient ist. Wir haben im Finanzausschusse erklärt, daß wir objektiv in die Beratung des Voranschlages eingehen, daß wir aber überall, wo es möglich ist, die Ausgaben zu kürzen, Kürzungen vornehmen. Zum Beispiel im Kapitel 2, „Landesverwaltung“, haben wir unter Landesverwaltung eine ungeheure Summe für Reisekosten, eine gewaltige Summe eingesetzt für Ausgaben an Papier, Drucksorten usw., die noch einmal so hoch ist als die Summe im Jahre 1918. Wir haben bereits erklärt, daß es nicht notwendig ist, in dieser Weise mit dem Papier zu wirtschaften, wie es bisher geschehen ist. Es kann auch schlechteres Papier verwendet werden und es kann auf diese Weise gespart werden. Außerdem haben wir einen Antrag eingebracht, daß in Zukunft alle periodischen Reisen der Beamten überprüft werden müssen und daß nur Reisen unternommen werden können, wenn der Landesrat dazu die Zustimmung gegeben hat. Weiters ist das Kapitel 3, „Verpflegsstationen“. Was in diesem Kapitel ausgedrückt ist, zeigt uns wahrlich den alten Bürokratismus. Es werden für Verpflegskosten 103.200 K angesprochen. Von diesen werden auf wirkliche Verpflegungskosten nur 25.000 K verwendet, während der Herr Inspektor an Gehalt und Reisediäten nicht weniger als 21.000 K bezieht. Sie sehen, daß dies keine Art von Wirtschaft ist und daß diese Art von Wirtschaft aufhören muß. Es geht nicht an, daß, wenn man jemandem für 25 h eine Wohltat erweist, man 1 K hinauswirft. Das läßt sich auf eine bessere Art gestalten; nachdem das Handwerksburschenleben abgekommen ist und der größte Teil der Arbeiterschaft organisiert ist und die Arbeiter sich mit den Reiseunterstützungen etwas besseres leisten können, als es die Verpflegsstationen, wie diese bisher bestanden haben, zu leisten imstande sind. Dann haben wir ein weiteres Kapitel, „Landeskultur“, und ein Kapitel „Stiftungen und Stipendien“. Hier sind eine Reihe von Beträgen eingesetzt, die nur verständlich waren in der alten kontrolllosen Wirtschaft, Beiträge für eine Reihe von Vereinen, die mit dem Landeshaushalte in keiner Weise in Verbindung stehen. Wenn ein Verein sich bildet, dann müssen die Vereinsmitglieder für die Beiträge aufkommen. Dann hat der Verein eine Berechtigung. Daß aber ein Verein auf Landeskosten bezahlt werde, das können wir nicht einsehen. Wir haben immer eine Korruption darin erblickt, wenn man einem Verein ein Stipendium gewährt. Das muß aufhören. Erstens kann man einem

Verein nicht dienen mit 300 oder 400 K und dann müssen die Gelder die Vereine selbst aufbringen. Außerdem sind im Kapitel „Landeskultur“ als Beitrag für Genossenschaften 5000 K angesetzt. Auch diesen Betrag haben wir kritisiert, nicht aus Feindschaft gegen die Genossenschaften. Wir wollen mit allen Mitteln die Genossenschaften fördern, weil wir überzeugt sind, daß nur mit Hilfe der Genossenschaften die Verbindung zwischen Konsumenten und Produzenten hergestellt werden kann, daß nur mit Hilfe dieser Genossenschaften ein direkter Austausch stattfinden kann. Wir sind also die größten Förderer der Genossenschaften; aber wenn eine Genossenschaft Millionen-geschäfte macht, wie diese, und dann zum armen Lande als Bettler kommt und um Unterstützung bittet, ist das sicher nicht angänglich, und eine solche reiche Genossenschaft wird sicher nicht auf die 5000 K ansehen. Aber das Land kann das Geld sehr dringend brauchen. (Abg. Schreckenthal: „Das ist nicht der Verband, sondern kleine landwirtschaftliche Genossenschaften, die nicht dem Verbande angehören!“) Im Hauptkapitel 8, „Forste“, hat schon mein Vorgänger Abg. Schreckenthal darüber gesprochen. Ich will dieses Kapitel nur ganz kurz streifen, um nicht das schon Gesagte zu wiederholen. Es ist geradezu erschrecklich, wenn man dieses Kapitel ansieht, welche kontrollose Wirtschaft bisher innerhalb des Landesauschusses geherrscht hat. Es ist ein Verbrechen, das da begangen wurde, und wenn es wahr ist, daß selbst der Landeshauptmann damals mitgewirkt hat, daß er jener war, der den Unterhändler gemacht hat, daß dieses Geschäft zustande gekommen ist, ist es geradezu empörend und zeigt, daß diese Sorte es immer verstanden hat, auf Kosten der Bevölkerung für sich glänzend zu sorgen. Mit jenem Antrag, der da fordert, daß fünf Mitglieder des Hauses gewählt werden sollen, um eine Überprüfung dieser Verträge vorzunehmen, um den Schuldigen zu finden und möglichst auch diese Verträge zu annullieren, damit, meine Herren, ist es zunächst nicht gedient! Es ist auch notwendig, daß man sich einig wird, wie die Gelder aufzubringen sind. Was nützt es, wenn wir über die Ausgaben sprechen? Notwendig vor allen Dingen ist es, über die Einnahmen zu sprechen. Denn die Ausgaben können nur gemacht werden, wenn die Einnahmen dazu gesichert sind. Nun scheint man bei uns zu warten, bis die Staatsfinanzen geregelt sind, und baut einzig und allein auf die Güte des Staates. Nun wissen Sie alle, daß der Staat selbst nichts hat und uns nur geben kann, wenn er uns zuerst etwas nimmt. Über schließlich dürfen wir nicht warten, bis der

Staat seine Finanzen geregelt hat, sondern müssen selbst tun, was möglich ist. Für dieses Jahr und für die nächste Zeit sind provisorisch die Umlagen durchschnittlich um 50 Prozent erhöht worden. Nun fragt es sich aber, ob mit dieser Erhöhung ein Auskommen gefunden werden kann, aber auch weiter, ob es gut ist, wenn generell ohne Unterschied alle Umlagen um 50 Prozent erhöht werden. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die tragfähigeren Schultern härter getroffen werden, und in diesem Lande haben sich während des Umsturzes und des Krieges eine Menge von tragfähigen Schultern gebildet, und diese Leute, welche während der Zeit der Not gewonnen haben, können und müssen auch beitragen zum Wiederaufbaue der Finanzen. Daher ist es notwendig, daß wir zugreifen, wo das Geld vorhanden ist, um mit Hilfe einer hohen Besteuerung die Ausgaben des Landes bestreiten zu können. Fragen wir zunächst, wie sich die Ausgaben des Landes verteilen, denn das entscheidet doch. Wer bekommt den größten Anteil von den Ausgaben, wem fließen diese Ausgaben alle zu, die das Land jährlich macht? Wenn man das alles kennen gelernt hat, müssen wir uns auch darüber einig werden, daß jene, die den größeren Teil vom Lande empfangen, auch einen größeren Teil an das Land beizusteuern haben. Das ist nichts weiter als sittliche Pflicht und damit werden alle übereinstimmen. Es geht nicht an, daß jene Leute, die an den Landesausgaben nur allgemeinen Anteil nehmen, mit derselben Quote besteuert werden als jene Kreise, für die Staat oder Land eine besondere Sorgfalt verwenden und einen größeren Teil der Einnahmen wieder zuschieben, um ihre wirtschaftlichen Interessen zu fördern. Und wenn wir diese Ziffern ansehen, finden wir, daß rund 25.500.000 K vom Lande ausgegeben werden für allgemeine Interessen, Landesvertretung, Sicherheitspflege, Wohlfahrtstätigkeit und Bevölkerungszwecke, daß ferner für Industrie und Gewerbe nur 139.000 K ausgegeben werden, daß aber für Landwirtschaft innerhalb Steiermarks ausgegeben werden 4.117.000 K. Und wenn man dazu noch den Staatsbeitrag rechnet und was für Straßenbauten ausgegeben wird, die doch auch zum Teile im Interesse der Landwirtschaft liegen, ist die Gesamtsumme für Landwirtschaft 5.346.000 K, Sie sehen, ein ganz beträchtlicher Teil, der da aus der Landeskasse der Landwirtschaft zufließt. Herr Abg. G a h hat ja heute schon ausgesprochen, daß unser Land reich an Steinen und arm an Brot ist. Wir wissen das alle sehr gut und haben von jeher ein großes Interesse gehabt, der Landwirtschaft möglichst reichlich zu helfen, vor allem dadurch, daß wir die Bildungsstätten auf dem Lande

fördern. Denn nicht der dümmste Bauer ist der beste, sondern umgekehrt, der Gescheiteste ist der Tüchtigste. Und wir haben auch in keiner Weise irgendwie gegen diese Ausgaben für den landwirtschaftlichen Schulunterricht unsere Stimme erhoben, sondern sind stets dafür eingetreten. Aber wenn wir auch in jeder Weise die Landwirtschaft zu fördern suchen, so könnten wir ja auch sagen, ja, die Landwirtschaft liefert uns doch nur für 2 Monate Lebensmittel. Da haben wir während des Krieges bittere Erfahrungen gemacht, daß von der Landwirtschaft schwer etwas zu bekommen ist, und Herr Landesrat Machold hat uns erzählt, daß die Landwirtschaft auch nicht jenes geringe Kontingent abgeliefert hat, das sie hätte abliefern sollen. Wir könnten sagen: Beziehen wir schon für zehn Monate Lebensmittel aus dem Auslande, so kann man auch für die übrigen zwei Monate aus dem Auslande beziehen. Das wäre sehr verkehrt, es ist nicht angänglich, daß wir nur auf das Ausland angewiesen sind, und wir haben daher als Arbeiter ein großes Interesse, daß unsere Landwirtschaft soviel wie möglich blüht und für sie alles getan wird, um für dieses Blühen alles zu ermöglichen. Aber wenn wir auch ein großes Interesse für die Landwirtschaft haben, so glauben wir, ist es den Landwirten als solchen auf Grund der Anteilnahme an den Staatsgeidern oder auf Grund dessen, daß ihnen ein großer Betrag der Landesgelder zugewiesen wird, um ihre Wirtschaft zu heben, auch möglich, einen höheren Betrag als Grundsteuer zu bezahlen. Wenn die Landwirte aus diesem Einkommen des Landes doch einen ganz beträchtlichen Gewinn ziehen, daß ihre Landwirtschaft gehoben wird, so glaube ich schon, daß es nicht mehr als recht ist, wenn die Landwirte auch dann einen Teil ihres Gewinnes ans Land abgeben. Wir haben Einnahmen aus den Umlagen in der Höhe von 10.000.000 K und dazu steuert die Landwirtschaft aus der Grundsteuer, abzüglich der Grundsteuer der Stadt Graz, nur 2.480.000 K in den Finanzsäkel des Landes. Also die Landwirtschaft steuert zur Erhaltung der Finanzen den fünften Teil bei, während sie 5.000.000 K vom Lande bekommt, um dadurch ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern, 2.000.000 K zahlt sie an Steuern und 5.000.000 K bezieht sie, da wäre es schon angebracht, wenn auch die Landwirtschaft eine höhere Quote von Grundsteuern zu bezahlen hätte. Sie werden sagen, ja wir sind überhaupt die Höchstbesteuerten im Lande, wie kommen wir dazu, daß wir armen Bauern noch mehr Steuern bezahlen sollten! Zunächst, meine Herren, bin ich sehr einverstanden, wenn Sie den kleinen Bauer in Schutz nehmen. Wir würden auch gar nicht dafür eintreten,

daß man den kleinen Bauer mit 2 bis 25 Joch höher besteuert. Aber wir haben ja auch größere Bauern, und es könnte ganz gut die Grundsteuer über 30 Joch progressiv erhöht und dadurch eine größere Einnahme für das Land ermöglicht werden. Aber sind denn auch die Bauern die Höchstbesteuerten im Lande? Früher hat man das Klassenwahlrecht überall verteidigt und gesagt, wer die Steuern bezahlt, muß auch das Recht haben, und weil die Proletarier keine Steuer zahlen, haben sie auch kein Recht, sind sie verpflichtet, das Maul zu halten. Nur ein Beispiel, wie die Steuerverhältnisse der Bevölkerung aussehen. In der Gemeinde Ganz bei Mürzzuschlag zahlt ein Bauer, ein Grundbesitzer von 26 Hektar, Besitzer von 12 Stück Rindern, 71 K 74 h Steuer. Demgegenüber stelle ich einen Dreher der Firma Bleckmann aus demselben Dorfe, der zahlte im selben Jahre 1918 120 K Steuer und gegenwärtig für das Jahr 1919 178 K. Sie werden doch nicht sagen, der Arbeiter ist reicher wie der Bauer mit 26 Hektar und 12 Stück Vieh! Nein, der Arbeiter wird objektiv eingeschätzt, den schätzt der Unternehmer ein. Der Bauer schätzt sich selbst ein. Ich will nicht sagen, daß er die Steuer hinterzieht, aber er sieht möglichst auf sein eigenes Interesse, mehr als auf das Interesse des Staates. Ein zweites Beispiel: Ein Landwirt und Gasthofbesitzer mit 20 Hektar Grund und 12 Stück Vieh zahlt 109 K Steuer. Ein Schmelzer der Firma Bleckmann aus demselben Dorfe muß für 1918 103 K 50 h bezahlen und hat für das Jahr 1919 eine Vorschriftung von 250 K bekommen. Ein Grundbesitzer mit 30 Hektar und 14 Stück Vieh hat für heuer 132 K und für 1919 eine Vorschriftung (ohne Besoldungssteuer) von 290 K; ein Grundbesitzer, der 216 Hektar verpachtet hat, zahlt 119 K; ein Feilenschmied 120 K und für 1919 360 K; ein Landwirt mit 23 Hektar und 14 Stück Vieh 213 K; ein Dreher der Südbahn 103 K im Jahre 1918 und 428 K im Jahre 1919.

Sie sehen, die Steuern der Arbeiter sind durchschnittlich um 100 bis 250 Prozent gestiegen. (Zwischenruf: „Wie die Löhne!“) Wie die Löhne, selbstverständlich. Werden aber die Arbeiter jetzt mit ihren gesteigerten Löhnen, die höchstens um 100 bis 200 Prozent gestiegen sind, billiger leben? Wollen Sie sagen, daß ein Grundbesitzer mit 14 Stück Vieh ein geringeres Einkommen hat als der Arbeiter? Nein, Verehrte. (Zwischenruf: „Diese Steuer stimmt ja nicht! Da ist die Einkommensteuer nicht mitgerechnet!“) Die Steuer stimmt schon. Wie können Sie das behaupten, wenn wir das heraus schreiben? Nur bei einer Steuer, bei der Verpachtung, ist die Einkommensteuer nicht gerechnet, nur bei jener Post, bei welcher der Grundbesitzer 216 Hektar ver-

pachtet hat. Sonst ist die Einkommensteuer überall mitbeinhaltet in diesen Beträgen. Wir erzählen nichts, was nicht Tatsache ist. Das gibt uns nun ein annäherndes Bild von der Art der Besteuerung der Bevölkerung. (Unruhe.) Daraus geht hervor, daß wirklich — und nehmen Sie an, der Landwirt zahlt um 50 Prozent mehr Steuer als ich angeführt habe — noch immer die Arbeiter mehr Steuern bezahlen als diese Landwirte. Aus allem diesen müssen Sie erkennen, daß, wenn wir die Finanzen des Staates, die Finanzen des Landes bessern wollen, daß wir alle Bevölkerungskreise heranziehen müssen. Ohne das ist es unmöglich, daß wir zu einer Gesundung unserer Finanzen kommen können.

Wenn sich die Herren von unserer Ehehälfte (Zwischenruf: „Ist das die bessere?“ — Heiferkeit) aufregen, so verweise ich Sie bloß auf einen Schlußsatz im „Grazzer Volksblatte“. Da schreibt ein Doktor, daß jene, die Gott lieben, auch bei allen Strafen sicher die Liebe Gottes genießen werden. Wenn Sie daher auch noch so gegen die Steuer wettern, so werden Sie doch sicher das Leisten der Steuer im Interesse des Staates ertragen und werden auch dadurch die Liebe Gottes erwerben. Außerdem trifft es nicht den Kleinen, der Kleine soll ausgeschaltet und der Große, Tragsfähige, soll besteuert werden. Dann wird es auch möglich sein, die Erwerbsteuer für die der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen ebenfalls zu erhöhen, denn es geht nicht an, nur die Landwirte allein höher zu besteuern. Erhöht müssen die Steuern werden im Interesse der Finanzlage des Staates. Es wird und muß möglich sein, wenn wir nicht den völligen Zusammenbruch der Finanzen des Staates herbeiführen wollen. Es muß möglich sein, daß alle Bevölkerungskreise entsprechend ihrer Tragsfähigkeit besteuern. Auf diese Weise wird es uns in nächster Zeit gelingen, alle Schäden und alles Unglück annähernd gutzumachen, welche der Krieg uns gebracht hat. Sie wissen, es droht uns eines, und das hängt wie ein Damoklesschwert über uns. Das ist der Bürgerkrieg! Ich weiß nicht, ob Sie besondere Anhänger eines Bürgerkrieges sind? Aber wir sind es nicht, wir haben kein Interesse daran, wir glauben, daß nur in friedlicher Entwicklung es möglich ist, dem Volke beizustehen und das Wohl des Volkes zu fördern. Zu diesem Wohle müssen auch Sie das Beste beitragen, und dazu gehört, daß Sie etwas beitragen auch für die Erhöhung der Steuern, die notwendig sind, um die Ausgaben des Landes zu bestreiten. Wenn man vom Lande bezieht, dann muß man auch wieder geben, insbesondere dann, wenn man eine Stütze des Staates sein will. Wenn Sie die Hauptstütze des Staates sein wollen, dann müssen Sie

sorgen, daß diese Stütze möglichst kräftig wirkt und müssen künftig mehr den Geldbeutel aufmachen wie bisher. Besonders wird es den Herren Bauernbündlern nicht schwer fallen, denn gerade bei ihren Bauern wird es leicht gehen. Sie sind jene, die mächtig in das Horn stoßen, um eine möglichst große Erhöhung der Viehpreise und eine Erhöhung der Preise auf allen anderen Gebieten herbeizuführen. Wo das hinführt, brauche ich nicht erst zu verraten. Ich fürchte, daß diese Art der Politik zum Zusammenbruche führen muß. Eine Erhöhung der Vieh- und Getreidepreise muß auch eine Erhöhung der Löhne mit sich bringen, und wo das hinführen soll, das gebe ich Ihnen zu bedenken. Wir sind nicht diejenigen, die mit der Erhöhung der Preise angefangen haben. („Oho!“-Rufe. — Abg. Neufuß: „Zuerst war die Teuerung und dann haben wir mehr Lohn verlangt!“) Wir haben während des Krieges als Arbeiter in keiner Weise Lohnforderungen stellen können. Wenn wir sie stellen wollten, dann hat die bürgerliche Presse erklärt: Ihr übt Verrat an jenen, die an der Front stehen. Ihr seid jene, die den Staat in den Abgrund stürzen, und durch eure Lohnforderungen macht Ihr es unmöglich, Munition zu erzeugen. Wir haben keine Möglichkeit gehabt, Lohnforderungen zu stellen, denn Sie wissen ja, daß in allen Betrieben die Arbeiter geradezu gefesselt gewesen sind, daß sie keine Bewegungsfreiheit hatten und es ihnen nicht möglich war, eine Lohnbewegung zu inszenieren, denn sie wurden eingesperrt, angebunden, niedergeschossen. (Abg. Neufuß: „Das wäre euch recht, uns niederzuschießen!“) Sie können nicht sagen, daß wir es waren, die mit der Lohnerhöhung begonnen haben. In Johnsdorf zum Beispiel bestanden noch Ende des Jahres 1917 und Anfang 1918 dieselben Löhne. Und die Arbeiter haben sich nicht einmal etwas zum Essen kaufen können, weil eben die Löhne nicht ausgereicht haben. Ein Elend hat überall in diesen Bergwerksgebieten geherrscht und in dieser Zeit haben schon die Lebensmittelpreise eine enorme Erhöhung erreicht gehabt. Und wer waren diejenigen, die von der Erhöhung der Lebensmittelpreise Vorteil gezogen haben? Wir sicher nicht! Vorausgegangen ist die Erhöhung der Preise. Sie alle hatten ihre gute Ernährung, als der Krieg ausgebrochen ist. Schon am andern Tag ist der Mehlpreis gestiegen. Das kann man nicht auf das Konto der Bauern schreiben, sondern das trifft vor allen Dingen das Konto der guten Bürger, die glaubten, jetzt sei die gute Konjunktur gekommen, um sich zu bereichern. Wenn wir Arbeiter eine Lohnerhöhung gefordert haben, so waren wir dazu gezwungen, da die Lebensverhältnisse überall, besonders in Steiermark

und in den Kohlenrevieren von Steiermark, furchtbar erbärmliche gewesen sind. Wenn Sie jetzt aber wieder darangehen, die Preise zu erhöhen, dann müssen den hohen Preisen höhere Löhne der Arbeiter folgen, und das muß zum Zusammendrücke führen. Mehr Löhne und höhere Preise bedeuten nur mehr Papier, mehr Papier, aber eine Herunterdrückung der Valuta. Und wir sind der Auffassung, daß das, was gegenwärtig — ich weiß nicht, ob die Bauernbündler oder unsere Ehemänner das tut — geschieht, daß in Wirklichkeit die Preise erhöht werden, so ist das ein Diebstahl an dem kleinen Bauern selbst. Denn wenn heute der kleine Bauer sich eine kleine Vermögensreserve erspart hat, dann wird durch diese Erhöhung der Preise auch dieses Bißchen Vermögen entwertet und damit auch dieses Bißchen, was der Bauer erworben hat, gestohlen. Wir sind bemüht, soviel wie möglich darüber unsere Bauern aufzuklären, und ich bitte, unterlassen Sie diese Hege, sie wird nicht zum Vorteile des Landes und Volkes gereichen. Suchen Sie in dieser Zeit der Not nicht Gewinne zu machen und Vermögen zurückzulegen, versuchen Sie gemeinsam zu erhalten, was wir haben. Wir haben wenig, aber wir können über die äußerste Not hinwegkommen und können das gutmachen, was Unverantwortliche während des viereinhalbjährigen Krieges verwüftet haben. Wir werden teilnehmen an dem Segen der Arbeit und dieser Segen wird zunichte gemacht, wenn nicht dafür gesorgt wird, daß die nötigen Lebensmittel abgeliefert werden. Wenn unverantwortliche Kreise dem Bauern sagen, liefere nichts ab und behalte es, bis eine bessere Konjunktur kommt, wenn solche in diesem Sinne wirken, meine Herren, dann glauben wir nicht, daß das zum Vorteil des Landes und des Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft gereichen wird. (Beifall bei der sozialdemokratischen Partei.)

„Abg. Dr. Danzine: Hohes Haus! Gestatten Sie mir, im Namen der städtischen Mitglieder unseres Verbandes das Wort zu ergreifen, damit auch die Stimme des nationalen Bürgertums in diesem hohen Hause gehört werde. Das geltende, auf die Herrschaft der großen Parteien zugeschnittene Wahlrecht auf der einen, die geringe politische Rührigkeit und Zersplitterung des Bürgertums auf der anderen Seite haben es mit sich gebracht, daß die zahlenmäßige Vertretung des Bürgertums im Landtage gering ist, und wir geben uns auch keinen Täuschungen darüber hin, daß das Bürgertum es der Zahl nach weder mit den Massen der industriellen Arbeiterschaft, noch mit der Landbevölkerung aufnehmen kann. Dieser Umstand ist es, der die sozialdemokratische Partei dazu veranlaßt

hat, das Bürgertum als zu vernachlässigende Größe zu behandeln, wie dies erst unlängst gerade der als der bürgerlichste geltende Führer dieser Partei, Herr Staatskanzler Dr. Renner, in der deutlichsten und verlegendsten Weise ausgesprochen hat. Indessen kann man zwar ein Wahlrecht auf die Zahl allein aufbauen, niemals aber kann man verhindern, daß im Leben des Staates und der Wirtschaft auch noch andere Kräfte mitspielen, die man nicht einfach zählen und messen kann. Man wird diesen Staat und dieses Land nie auf eine gesunde Grundlage stellen können, wenn man versucht, die im Bürgertum und in der von gewisser Seite so über die Achsel angesehenen städtischen Intelligenz liegenden Kräfte von der Mitarbeit im Staate auszuschließen.

Es ist ein seltsames Wort, das wir von Dr. Renner gehört haben: Das Bürgertum sei dazu da, den unteren Schichten zu dienen. Kein Stand darf den Staat und die Gesellschaft lediglich als Mittel zu seinem eigenen Wohlbefinden ansehen, keiner darf nur zum Herrschen und keiner zum Dienen berufen sein. Jeder diene dem Ganzen, wie unser großer Dichter unserem Volke zugerufen hat.

Wir haben kein Herrschgelüste, wollen aber auch nicht der Herrschaft der anderen unterworfen sein, wir wollen nicht die Paria in diesem Staate sein, auch deshalb nicht, weil wir wissen, daß das niemals der Gesamtheit frommen könnte. Daß wir von manchen Verhältnissen des gegenwärtigen Staates nicht entzückt sein können, ist allerdings richtig, und ebenso, daß wir den führenden Staatsmännern, die uns nur dazu brauchen, um unser ehrlich erworbenes Eigentum wegzusteuern, kein Vertrauen entgegenbringen. (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten: „Wer hat gearbeitet, Sie sicher nicht.“) Das lasse ich mir von niemandem sagen, auch von Ihnen nicht! Im Bürgertum liegt sehr viel Arbeit. Die einzige Arbeit ist doch nicht die, welche am Schraubstock oder an der Drehbank verrichtet wird, aber das ist ein Standpunkt, der immer wieder bei den Herren zu hören ist. Es ist ein beliebtes Kampfmittel der Sozialdemokraten, jede Kritik gegen die Regierung als monarchistischen Reaktionsversuch hinzustellen. Ich möchte nur feststellen, daß unter den Deutschfreieitlichen niemand auch nur den Wunsch nach einer Wiederkehr des Hauses Habsburg hegt und wir einer solchen Wendung mit allen Fasern unseres Herzens widerstreben. Das ist die Gesinnung meiner Parteigenossen, nicht erst seit einem Jahre, und sie hat ihre tiefste Wurzel in der Erkenntnis, daß das Haus Habsburg ein unüberwindliches Hindernis unse-

rer Vereinigung mit Deutschland wäre. Der Anschluß aber unseres armen lebensunfähigen Staates an das Deutsche Reich ist der Leitstern, der unser ganzes politisches Denken beherrscht, und weder durch polizeiliche Vorschriften des Friedensvertrages — wir haben ja auch T a a f s e und B a d e n i überdauert — noch durch die westliche Orientierung des Dr. K e n n e r werden wir uns jemals davon abbringen lassen. Diesem Ziele, hohes Haus, wird unser Streben allzeit gewidmet sein, ebenso wie der Hoffnung auf Wiedervereinigung mit unseren den Südslawen ausgelieferten Landsleuten. Schon heute aber fordern wir mit allem Nachdruck die sofortige Verwirklichung der Bestimmung des Friedensvertrages, die uns Radkersburg und das Heinzendorf zuweist. Schon wird allgemein gesprochen, daß unsere Regierung gar nicht ernstlich daran denke, Deutschwestungarn wirklich dem Staate anzugliedern, sondern es nur als Schacherobjekt benützen wolle. Ebenso vom nationalen wie vom wirtschaftlichen Standpunkte erheben wir nachdrücklichst dagegen Einspruch, und wir hoffen und erwarten, daß die steirische Landesregierung mit aller Tatkraft ihren Einfluß in Wien zur Erreichung ihrer Forderungen geltend macht.

Es sind dies, hohes Haus, auch Dinge, die unser Vertrauen zur gegenwärtigen Staatsregierung durchaus nicht erhöhen können. Wenn wir diesem Mißtrauen, dieser Kritik, Ausdruck verleihen, müssen wir uns verwahren dagegen, deshalb als Reaktionäre und Feinde der Republik verdächtig gemacht zu werden. Ich will nicht bestreiten, daß gar nicht unbeachtliche Kräfte am Werke sind, um das Haus Habsburg wieder auf den Thron zu führen.

Aber im freiheitlichen nationalbewußten Bürgertum finden Sie diese Kreise gewiß nicht. Diese Strömungen sollten gerade die Herren in der Mitte dieses hohen Hauses dazu veranlassen, den Bogen nicht zu überspannen. Wenn Sie die Diktatur des Proletariates, die Sie programmatisch verwerfen, praktisch nicht zu hindern vermögen, wenn die Vorfälle, von denen heute mehrfach die Rede war, immer wieder vorkommen, dann erzeugen Sie selbst die Stimmung, in der die Leute sich sagen, wenn sie schon durchaus zum stummen Gehorsam verdammt sind, lassen sie sich noch immer lieber von einem kaiserlichen General als von einem Agitator regieren, und sie hätten unter einem Kaiser noch immer mehr Freiheit gehabt, als unter der Republik. Man sollte sich also hüten, solche Stimmungen mittelbar zu fördern. Ich möchte hier einschalten, daß es mir gewiß vollkommen fern liegt, weil ich aus eigener Kenntnis die Dinge mitgemacht habe, die

großen Verdienste zu verkennen oder zu verschweigen, die sich die Arbeiterschaft und ihre Führer zur Zeit des Umsturzes erworben haben durch Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe. Aber so steht die Sache doch nicht, wie heute ein Zwischenrufer bemerkt hat, daß wir die Hascher gewesen sind, die gezittert und nichts getan haben, und ich rufe meinen verehrten Mitbürger und Kollegen P r i m u s als Zeugen an, wie wir in Leoben die Ordnung erhalten haben unter Mitwirkung der Arbeiterschaft und der sozialdemokratischen Führer. Da wird jeder Mensch der Wahrheit die Ehre geben, und es sind nicht zwei Duzend Studenten dort gestanden, wie ein Zwischenrufer sagte, sondern bedeutend mehr unter tätiger Mitwirkung weiterer Kreise der bürgerlichen Bevölkerung, wo man die alten Landesgerichtsräte mit einem Gewehr ausgerüstet ihren Dienst an der Brücke in Donawitz hat ausüben sehen. Das sollte nicht entstellt werden, und deshalb erkläre ich und sage ausdrücklich, es soll auch nicht in anderer Weise umgewertet und entstellt werden, daß die Anteilnahme des Bürgerturns und der Studentenschaft, denn die gehört ja auch zu unseren Kreisen, gänzlich verschwiegen wird und in Vergessenheit gerate.

Hohes Haus! Diese unerträglichen Übergriffe, von denen schon mehrfach die Rede war, vor allem in Bruck und in Zeltweg, der Versuch hier am Bahnhof, die Versendung der Grazer bürgerlichen Zeitungen zu verhindern, und eine Anzahl anderer Fälle, deren Aufzählung zu weit führen würde, alle diese Übergriffe sucht man immer damit zu rechtfertigen, daß Herausforderungen durch die Bürgerlichen vorgelegen seien. Hohes Haus! Unser Bürgertum ist schon viel zu verängstigt und gedrückt, als daß es sich getraute, herauszufordern. Aber es ist dahin gekommen, daß jede abweichende Meinung als Herausforderung aufgefaßt wird. Sie empören sich gegen die Angriffe in den bürgerlichen Zeitungen. Glauben Sie, daß es uns zur Zustimmung veranlaßt, wenn wir den „Arbeiterwille“ lesen? Deswegen fällt uns doch nicht ein, derartige Stücke aufzuführen. So steht die Sache, und das steht in einem krassen Widerspruch mit der schrankenlosen Freiheit der Meinungsäußerung, die Ihre Partei sich immer, auch als sie in der Minderheit war, herausgenommen hat und bis heute noch ausübt. Wenn also die sozialdemokratische Presse schon schreibt, was sie will, dann kann es wohl die bürgerliche auch, und es ist kein Grund, deshalb zu Gewalttätigkeiten zu schreiben.

Es ist nun auf den Fall in Bruck ganz besonders reflektiert worden; hiezu ist erstens zu bemerken, daß Bürgermeister P i c h l e r seinerzeit nicht dort in der

Fabrik erschienen ist, um den Tarifvertrag abzufassen, weil dieser Vertrag zwischen dem Verband der chemischen Industrie und den entsprechenden Arbeiterverbänden in Wien bereits abgeschlossen war, sondern es hat sich um eine ganz andere Intervention gehandelt. Es ist Herr Pichler hingekommen und hat dort die Arbeiter rufen lassen. Darauf ist der Fabriksbesitzer erschienen und hat gesagt, jetzt könne keine Versammlung abgehalten werden, wenn er ihn zu sprechen wünsche, möge er zu ihm ins Bureau kommen. Darauf folgte eine Auseinandersetzung, wobei Pichler gesagt haben soll: „Sie haben überhaupt hier nichts mehr zu reden, ich werde bestimmen, wann die Fabrik den Betrieb ausnimmt oder nicht.“ Zum Schlusse hat der Fabriksbesitzer eine Pistole gezogen und einen Schuß abgefeuert. Es wird niemand ein anderes Urteil darüber abgeben, als daß das jedenfalls sehr unklug und überflüssig war. Die große Entrüstung über diesen Fall vom rechtlichen Standpunkt wird sich legen, wenn man hört, daß dieser Schuß seitwärts in den Boden abgegeben wurde, und weiter wird sich Ihre Empörung noch mehr legen durch die Feststellung des Sachverständigen, daß das überhaupt eine blinde Patrone war.

Jetzt frage ich jeden vernünftigen Menschen, ob man wegen Gefährdung der Sicherheit des Lebens verurteilt werden kann, wenn man mit einer blindgeladenen Pistole seitwärts schießt. Wenn das ein Arbeiter gemacht hätte, so wäre er auch freigesprochen worden. Ich bedaure, daß die ganze Sache hier hereingezogen wird schon deshalb, weil sie rechtskräftig noch nicht abgeschlossen ist. Wenn die Sache hier anders erzählt wird, wenn man dem Richter eine Streifpatrouille nachgeschickt hat und andere Personen, die nichts damit zu tun hatten, mißhandelt hat, dann mußte ich meine Kenntnis des Falles dazu benutzen, um den Sachverhalt aktenmäßig aufzuklären. (Abg. Remec: „Das Papier ist geduldig!“) Woher wollen Sie es besser wissen, Sie waren ja nicht dabei.

Daß in wirtschaftlichen Dingen der soziale Gedanke, also der Grundsatz, daß alle Wirtschaft sich dem Gesamtwohle unterordnen müsse, herrschend geworden ist und nicht mehr verschwinden wird, das wissen auch wir Bürgerliche, und in diesem Sinne haben bürgerliche Parteien auch schon vor 30 und 40 Jahren gewirkt und gearbeitet. Es ist doch nicht wahr, daß das internationale Großkapital, die Kartelle und Trusts, ihre politische Vertretung im Bürgertum finden. Eine Sozialisierung an allen Ecken und Enden freilich lehnen wir ab. Wir halten es für verhängnisvoll, die Unternehmungslust des einzelnen auszuschalten. Die ver-

kehrte Volkswirtschaftspolitik unserer Regierung ist eine der Hauptursachen unserer elenden Valuta, und sie wird es bei weiterer Fortsetzung auch noch dahin bringen, daß zwar der einheimische Kapitalist verschwindet, daß wir aber dafür umso ohnmächtigere Sklaven des fremden ausländischen Kapitalismus werden. Ebenso halten wir es für einen Fehler, daß man noch immer in allen Zentralen und in dem Wust von Verordnungen über das Wirtschaftsleben das Heil unserer Versorgung erblickt, obwohl die Erfahrung von fünf Jahren lehrt, daß man immer weiter hineinkommt. Wir reden dem Wucher und der Preistreiberi nicht das Wort, wir sind aber überzeugt, daß Preistreiberi und Schleichhandel die Folgeerscheinungen eines Systems sind, das die Volkswirtschaft durch papierene Verordnungen leiten will. Dabei zeigt es sich, daß die Zentralen einzelnen Leuten, die darin sitzen, Gelegenheit zu privaten Schiebungen geben.

Ich kann die Erörterung über diese allgemeinen Fragen nicht abschließen, ohne noch der tiefen Beunruhigung weiter Kreise, ja der ganzen bodenständigen Bevölkerung bis tief in die sozialdemokratischen Wählermassen, Ausdruck zu verleihen über das gefährliche Überwuchern des Judentums. Es läßt sich darüber nicht hinauskommen, daß ein anders geartetes Fremdvolk eine Bedeutung bei uns erlangt hat, die mit seinem ziffermäßigen Stärkeverhältnis im schärfsten Gegensatz steht. Das ist ein unnatürlicher Zustand, und er wird umso unangenehmer empfunden, als wir einen großen Teil gerade der Ostjuden, die von unserer heimischen Judentum selbst mit Mißtrauen beobachtet werden, teils als skrupellose Schleichhändler und Preistreiber, teils als ebenso skrupellose, kommunistische Heher beobachten können. Die Forderung ist also durchaus gerecht, daß der übergroße Anteil des Judentums an der Leitung unserer öffentlichen Angelegenheiten beseitigt werde, jenen unerwünschten Ostjuden aber vor allem durch rücksichtslose Abschiebung das Handwerk gelegt werde. Jede Bekämpfung des Judentums wäre aber unehrlich und unwahr, wenn man nicht mit der Ausmerzungen jüdischer Denkungsart bei uns selbst den Anfang machte.

Zu den Ziffern des Voranschlages übergehend, sehen wir, daß der Abgang von 44 Millionen Kronen ein erschreckendes Zeichen ist für unsere Not. Wir sind nicht in der Lage, diesen Abgang aus eigenem zu decken, noch zu sagen, wie eine Wiederkehr, ja Vermehrung dieses Fehlbetrages in Zukunft vermieden werden soll. Das hängt nebst anderen Ursachen ganz hauptsächlich auch damit zusammen, daß die gegen-

wärtige Umlagenwirtschaft keine Grundlage für eine gesunde Wirtschaft des Landes abgeben kann. So wie wir verfassungsrechtlich eine weitgehende Selbständigkeit der Länder fordern, so müssen wir auch verlangen, daß den Ländern einzelne Steuerquellen zur alleinigen Ausnützung überlassen werden. Solange nicht das Land selbständige Steuern und Abgaben zur Deckung seiner Bedürfnisse einheben kann, solange ist an eine wirkliche Ordnung und Gesundung des Landeshaushaltes nicht zu denken, und wir bleiben immer darauf angewiesen, beim Staate zu betteln, beim Staate, der selbst nichts übrig hat. Diese Frage wird auch eine wichtige Rolle bei dem der Nationalversammlung vorzulegenden Finanzplan bilden, der nach unserer Überzeugung einen Staatsbankrott ausschließen muß und der die Zerstörung der kleinen Sparvermögen vermeiden muß.

Die schlechte Finanzlage des Landes hat es auch unmöglich gemacht, dem gewiß durchaus berechtigten Verlangen der Lehrerschaft nach völliger Gleichstellung mit den Staatsbeamten auch hinsichtlich der verschiedenen Zulagen nachzukommen. Es ist dies die natürliche Folge davon, daß das Land infolge der Umlagenwirtschaft nicht jene freie Beweglichkeit hat wie der Staat. Wir hätten nichts unversucht gelassen, den Lehrern zur Gewährung ihrer Forderung zu verhelfen, wenn wir nicht die blanke Unmöglichkeit zugeben müßten, und insofern wollen wir uns der Verantwortung, die jedes Mitglied dieses Hauses an der Ablehnung der Forderungen der Lehrerschaft trifft, nicht entziehen. Daß die Lehrerschaft zur Durchsetzung dieser Forderungen das Mittel des Ausstandes angewendet hat, können wir nicht billigen, weil wir es überhaupt für unvereinbarlich mit der Ordnung im Staate halten, daß jemand die Arbeitspflicht, die ihm öffentlicher Dienst oder Vertrag auferlegt, rechtswidrig nach eigenem Gutdünken verlegt. Man kann sich aber nicht wundern, daß auch die Lehrer dem Beispiele so vieler erfolgreicher Vorgänger gefolgt sind und zu diesem Mittel gegriffen haben, um sich endlich durchzusetzen, und am wenigsten steht die Empörung hierüber jenen zu, die den Ausstand als Kampfmittel eingeführt haben. Mutwillig ist der Lehrerstreik gewiß nicht, sondern er war ein Ausschrei langer Gedrückter und Vergessener. Gewiß verdient die Lehrerschaft es nicht, deshalb unfreundlich behandelt zu werden. Wir hoffen zuversichtlich, daß es doch noch gelingen werde, im Zusammenwirken von Staat und Land den Lehrern zur Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen zu verhelfen.

Meine Herren! In eine Besprechung der einzelnen Ziffern des Voranschlages will ich mich nicht einlassen, zumal verschiedene Redner schon das Wort ergriffen haben und Bemerkungen zu den einzelnen Kapiteln und Titeln des Voranschlages gemacht haben, und weil wir vor einer vollzogenen Tatsache stehen und der Finanzausschuß in den ganzen Voranschlagsfragen zu einem einvernehmlichen Beschlusse gekommen ist. Ich will nur nochmals erklären, daß wir, wie dies schon namens unseres Verbandes der Herr Abgeordnete Schreckenthal getan hat, für die Anträge des Finanzausschusses stimmen werden. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei der steirischen Bauernpartei.)

Landesrat Westian: Hohes Haus! Ich werde mich nicht jenen Herren Kollegen anreihen, die in diese Wechselrede vom parteipolitischen oder finanzwirtschaftlichen Standpunkte aus eingegriffen haben, ich möchte mir nur als Kunstreferent des Landesrates für einige Minuten angelegentlich Aufmerksamkeit erbitten. Der Landtag, meine Damen und Herren, hat der Stadtgemeinde Graz für ihre städtischen Bühnen vom Spieljahre 1903/04 angefangen bis auf weiteres einen Förderungsbeitrag von 20.000 K aus Landesmitteln zugewilligt. Dieser Beitrag ist dann schon im Jahre 1905 auf jährlich 25.000 K erhöht worden. Die Zuschüsse des Landes zur Unterstützung der Grazer Theater sind hernach in den folgenden Jahren wesentlich gekürzt ausbezahlt worden, ja im Jahre 1911 ist die Beihilfe sogar ganz versagt geblieben. In jüngster Zeit bemüht sich nun die Stadtgemeinde Graz um eine bedeutende Erhöhung der Landesunterstützung für die städtischen Bühnen, und der Landesrat suchte auch diesem Verlangen durch den in der Beilage Nr. 134 niedergelegten Antrag nachzukommen, der Landtag wolle als Subvention des Landes für die städtischen Bühnen in Graz für das Jahr 1919 einen Betrag von 50.000 K in den Voranschlag einsetzen. Der Finanzausschuß hat jedoch unter dem Eindrucke unserer zerrütteten Finanzen diesem Vorschlage nicht vollständig beigestimmt, da er nur eine Zuwendung von 25.000 K zugestimmt. Ich begreife es selbstverständlich sehr wohl, daß die Erfüllung aller Wünsche durch die gegebenen geldlichen Möglichkeiten begrenzt ist, weil ja doch die lachenden Genien des Lebens und des Wohlstandes ihr Füllhorn für uns auf lange Zeit hinaus nicht auf-tun können. Immerhin muß ich es aber als Kunstreferent sehr bedauern, daß eine solche Drosselung just über diesen Beitrag zur Kunstförderung verhängt worden ist.

Die wirtschaftliche Notlage, in die wir alle so tief gestürzt worden sind, wirkt natürlich auch auf den

gesamten Theaterbetrieb empfindlich ein. Ein Blick auf die Steigerung aller Personalkosten, auf das Anschwellen der Teuerungszulagen, ein Blick auf die gewaltige Preiserhöhung für die sachlichen Erfordernisse und auf die kostspieligen Instandhaltungsarbeiten belehrt uns sofort hinlänglich und erklärt im Nu alles. Und angesichts des täglich winziger werdenden Kronenkurses sollen die 25.000 K, die bereits im Jahre 1903 als angemessen befunden worden sind, hinreichen, bei unserer entsetzlichen Geldentwertung soll das für die erste dramatische Kunststätte des Landes genügen? Ich meine, die städtischen Bühnen in Graz sind nicht nur eine Angelegenheit der Stadt Graz allein, sondern eine solche des ganzen Landes Steiermark. Die Bühne weiß zwar schlimme Ausgeburten in ihrem Spielplane auf, weil eben der mangelnde Geschäftssinn nicht zu den Fehlern der Bühnenleiter gehören darf. Wenn man sich aber zum Beispiel daran erinnert, wie im abgelaufenen Spieljahre durch die Aufführung der Klassiker dem wahren Kunstbedürfnisse gedient worden ist, wie im Opernrepertoire tiefer künstlerischer Ernst nicht zu verkennen war, wie bei den Erstaufführungen dem guten Schauspieler eine besondere Pflege zuteil ward, wenn man ferner bedenkt, daß die Vereine „Arbeiterbühne“ und „Deutschösterreichische Volksbühne“ ein außerordentliches Entgegenkommen fanden und daß schließlich der Jugend durch Schülervorstellungen eine reiche Bildungsquelle erschlossen worden ist, wenn man dies alles erwägt, darf man wohl sagen, daß es sich bei den Grazer städtischen Bühnen um eine wirkliche Kunstangelegenheit des ganzen Landes handelt. Das Theater ist als ein Abbild des Lebens, des handelnden Menschen, nicht die Einrichtung einer bestimmten Gesellschaftsklasse, sondern es gründet sich auf das Volkstum, ja im weitesten Sinne auf das Menschentum, ist somit ein Gemeingut aller. Und die Kunst ist — erinnern wir uns in dieser schrecklichen Zeit daran — nach dem Ausspruche eines weisen Griechen, auch dazu da, um die Traurigkeit aus dem Leben zu schaffen.

Da erscheint es mir, hohes Haus, doch ohne Zweifel selbstverständlich, daß das Land seine einzige große Bühne in der Zeit bedrängender Not durch eine klangvollere Unterstützung fördern sollte. Wir können doch sagen, daß im Bühnenhause, und oft nur dort allein, dem Volke die künstlerischen und sittlichen Ideen in lebendiger Wirksamkeit veranschaulicht werden, um ihm Geist und Willen zu erfüllen und zu beeinflussen. Gewiß machen wir auch, wie ich vorhin schon andeutete, die betrübliche Erfahrung, daß eine böse Verwilderung und erbärmliche Kulturarmut im Theaterwesen

einreißt, daß es vielfach rohen und plebejischen Instinkten gehorcht. Unser Opernhaus trägt auf der Rückseite zwei Aussprüche, einen von Richard Wagner, einen von Friedrich Schiller, die dem genius loci huldigen: „Ehr' eure deutschen Meister“ und „Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben“, so heißt es auf diesen künstlerischen Geseßtafeln. Dieses Gebot wird freilich öfter übertreten als gut ist, und zuweilen muß man sagen: Der Vertius ist entflohen, der Locus ist geblieben. (Heiterkeit.) Doch, meine Damen und Herren, wir wissen, daß wir nicht nur wie dumm-steife Moralisten überspannte idealistische Forderungen stellen dürfen, da man immer auch die materielle Kostenfrage im Auge behalten muß. Nie aber dürfte die Leitung der Bühne mit dem Betriebe eines gewöhnlichen Gewerbes gleichgesetzt werden, weil das der echten Kunst unermesslichen Schaden brächte. Im Theater sollen dem Volke Gefühls- und Gedankenwerte gegeben werden, die emporheben, damit wir es immer unter den Bildungs- und Kulturmitteln in Anschlag bringen können. Natürlich muß vor allem unsere nationale, unsere deutsche Kunst gepflegt werden. Nur einer Bühne mit solchen höheren Grundsätzen können Gelder aus öffentlichen Mitteln zugewendet werden.

Gegenwärtig ist, wie die Mitglieder dieses hohen Hauses wissen werden, von den Finanztechnikern des Landes die Einhebung einer Lustbarkeitsabgabe geplant; durch diese wird neuerlich das Budget der städtischen Bühnen getroffen werden, denn das Land beansprucht ja einen bestimmten Prozentsatz von der eingeflossenen Steuer. Diese wird gewiß dem Lande Einnahmen sichern, aber andererseits bildet sie wieder eine Belastung für den Theaterfächer, da eine Überwälzung nicht gut denkbar ist; sonst schraubt man die Preise für die Plätze derart hinauf, daß das Theater eine Gesellschaftssache wird, und zwar für jene Gesellschaft, die meist für die Kunst am wenigsten bedeutet. Gerade jene Kreise, die am kunstbedürftigsten sind, wären dann vom künstlerischen Genuße ausgeschlossen.

Ich bedaure es also lebhaft, meine Damen und Herren, daß bei der Beratung des Voranschlages diese von mir in kurzen Andeutungen geäußerten Gesichtspunkte nicht ersichtlicher gewürdigt worden sind. Da aber an die Ausgabeposten des Voranschlages nach der einvernehmlichen Abmachung unter den Parteien nicht gerührt werden soll, hätte ein Rütteln an der Theater-subventionsziffer keinen Sinn. Ich muß mich daher darauf beschränken, heute die herzliche Bitte auszusprechen, man möge bei der Erstellung des Voranschlages für das Jahr 1920 meiner Worte eingedenk

sein, damit dann auf eine den Zeitverhältnissen entsprechende Unterstützung der Grazer städtischen Bühnen Bedacht genommen erscheint.

Man wird mir hoffentlich diese Randbemerkungen in dieser hochpolitischen Debatte nicht verübeln haben, wenn schon wir in einer Zeit leben, in der man allen Warnungen zum Trost hohe Kunstschätze, Krongüter bodenständiger Kultur, bedenkenlos verschachert und überhaupt im allgemeinen auch für die seelische Verwilderung des Volkes sowie für die Vernachlässigung künstlerischer Dinge sehr wenig Verständnis und Abwehrbereitschaft zeigt. (Beifall.)

Landesrat Reisel: Meine Herren! Die Herren vom Bauernbund und die Herren Deutschdemokraten, ob der Name der richtige ist, weiß ich nicht, weil bei dem vielen Wechsel des Titels gerade dieser politischen Partei es schwer möglich ist, immer genau festzustellen, welcher Titel momentan Geltung hat, die Vertreter dieser beiden Parteien also haben bei der Budgetdebatte gewissermaßen ihre programmatischen Grundsätze uns hier mitgeteilt. Ich lege den Herren durchaus nicht zur Last, daß sie selbstverständlich Kritik üben, denn jeder Abgeordnete hat die Pflicht hierzu. Aber, meine Herren, ich habe, als sich die Redner des Bauernbundes zum Worte gemeldet haben, die Empfindung gehabt, daß wir nun endlich einmal hören werden, mit welcher Begründung die Herren eine separate Partei bilden. Denn meines Wissens vertritt die christlichsoziale Partei eigentlich in Beziehung auf den Bauernstand dieselben Forderungen wie die Herren vom Bauernbund, und ich habe einen besonderen Unterschied auch in alten Zeiten nie merken können. Der Unterschied wurde damals darin geltend gemacht, daß die Bauernbündler zwar auch für die landwirtschaftliche Bevölkerung dasselbe wollen wie die damaligen Klerikalen, daß sie aber fortschrittlich und freiheitlich sind. Nun, meine Herren, es gibt einen Fortschritt in politischer und wirtschaftlicher Beziehung. Ich habe weder zu merken vermocht, daß die Bauernbündler in wirtschaftlicher Hinsicht fortschrittlicher sind als die Vertreter der christlichsozialen Partei, noch daß sie in politischer Beziehung fortschrittlicher sind, und die Redner des Bauernbundes haben heute ausdrücklich erklärt, daß sie keine Kulturkämpfer sind. Als freiheitlich hat von jeher in Österreich der gegolten, der auch die Romfrage bekämpft hat. Wenn man das bestreitet, wird man selbstverständlich als Kulturkämpfer gebrandmarkt, und wir sind schon sehr häufig als Kulturkämpfer gebrandmarkt worden. Allerdings ist zwischen uns und den Herren des Bauernbundes der Unterschied, daß wir aus unserem Herzen keine

Mördergrube machen, während die Herren mit Rücksicht auf die religiöse Gesinnung der Bauern ihre Gedanken weniger offen ausdrücken. Meine Herren, ich habe eigentlich nur einen Unterschied bemerkt schon bei den früheren Bauernbündlern und jetzt wieder, daß sie übertriebene agrarische Forderungen durch einen gewissen Gegensatz zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung herauskonstruieren. Von Fortschritt und Freiheit habe ich bisher bei den Herren vom Bauernbunde nichts zu bemerken vermocht. Was man an ihnen jetzt merkt, ist, daß sie sich alle Eigenschaften der ehemaligen herrschenden bürgerlichen Oberschichten angeeignet haben und jetzt die eigentlichen Vertreter des seinerzeit herrschenden Bürgertums sind und mit all den Vorzügen oder Lasten dieses früher herrschenden Bürgertums behaftet sind. Daneben gibt es auch noch, einzelne Herren wenigstens, mit Allüren, die man den seinerzeitigen Aristokraten einigermaßen abgeguckt hat. Meine Herren, Sie sagen, Sie seien Republikaner. Gott schütze die Republik vor solchen Freunden! (Rufe bei der steirischen Bauernpartei: „Der Wiß war schlecht, o weh!“) Der Herr Doktor Dantone hat selber erklärt, daß ihm das, was den Vorzug der Republik ausmacht, nicht gefällt, nämlich die Demokratie. Er nimmt sich das sehr zu Herzen, die Stimmen sollen nicht gezählt, sondern gewogen werden, und die Herren glauben, daß sie beim Wiegen besser zum Teil kommen als beim Zählen, und da haben sie auch nicht so Unrecht. Meine Herren! Ich begreife ja den Groll, die Verbitterung. Sie waren lange Zeit die Herren, und Sie vertreten ja nicht nur Bayern, ich glaube, wenn man genau zählen würde, würde man vielleicht die geringere Zahl Bauern herausbringen und die größere Zahl von Intelligenzlern und Bürgern in den Märkten und Städten, die zufälligerweise in den Wahlkreisen enthalten sind. Meine Herren! Ein großer Teil derjenigen, die früher deutschbürgerlich oder deutschfreiheitlich hätten sein sollen, die haben bauernbündlerisch gestimmt und waren Ihre hauptsächlichsten Agitatoren. In der Tat, Sie sind zum Teile Vertreter jener Schichte, die durch die Demokratie einfach von der Macht beseitigt wurde, die früher überall geherrscht hat und heute ungeheuer über Terrorismus klagt und gar nicht daran denkt, was sie, als sie an der Herrschaft war, getrieben hat. Meine Herren! Ich will Ihre Zeit nicht so sehr in Anspruch nehmen, aber ich könnte aus eigener Erfahrung von dem Terrorismus, den Ihre Kaste oder Klasse geübt hat, sehr viel erzählen. Ich war wiederholt das Opfer dieses Terrorismus (Zustimmung bei den Sozialdemokraten), gerade des Terrors, den Sie jetzt

so furchtbar verurteilen. Ich werde auf diesen Terror noch zu sprechen kommen. Sie erklären einfach, Sie seien Demokraten. Meine Herren! Eine Demokratie mit Privilegien gibt es nicht (Zustimmung bei der steirischen Bauernpartei), und daher ist auch weder Ihr Republikanertum, noch Ihr Demokratismus so einzuschätzen, wie Sie es gerne eingeschätzt haben wollten. Sie sagen, man dürfe heute nichts sagen, sonst gelte man als reaktionär. Nun, wenn Sie auch nicht gleich dem Kaiser Karl wieder auf den Thron verhelfen könnten, aber wenn es morgen gälte, das Kurienwahlrecht einzuführen, Sie würden gleich dabei sein. Ich glaube, meine Propheterei verdient mehr Glauben als die Ihre. Sie haben während des Krieges allerlei prophezeit, wovon das Gegenteil eingetreten ist, und leider ist das, was ich vorausgesagt habe, eingetreten. Nun, meine Herren, machen Sie aus Ihrem Herzen keine Mördergrube und sagen Sie ehrlich, Sie können die Depossidierung Ihrer Kasse durch die Demokratie nicht verwinden. Sie haben uns Arbeiter ganz gern, wenn wir Ihnen den Ordnungsbüffel machen, damit Sie Ihre Geschäfte ruhig weiter betreiben und Ihr Leben ruhig fortführen können. Sie haben die Arbeiter ganz gern, wenn die Arbeiter das Laffier bilden und nicht mehr verlangen als das, was sie zur Fristung ihres Lebens brauchen. Aber im übrigen gleichgestellt zu sein mit dem letzten Arbeiter, Tagelöhner und Häusler, das ist nicht Ihr Pläster. Als Herrschende gegenüber den übrigen Schichten der Bevölkerung waren Sie nicht bescheiden, aber jetzt als Opposition sind Sie es noch weniger. (Abgeordneter Schreckenthal: „Wir waren ja nie die Herrschenden!“) Entschuldigen Sie, Herr Schreckenthal, waren Sie immer Bündler?“ (Abgeordneter Schreckenthal: „Im Oktober 1918 sind die Bündler gegründet worden!“) Es ist immer merkwürdig, daß in diesem Hause von den Bauernbündlern als Sprecher der Bauern Männer erscheinen — alle Achtung vor Ihrer Intelligenz — die aber keine Bauern sind. (Abg. Thoma: „Ich lege keinen Wert darauf, Bauer genannt zu werden, wohl aber, Bauer zu sein!“) Wir, die wir auf diesen Bänken sitzen, stehen den Bauern viel näher als Sie, und zwar deshalb, weil wir unserer ganzen Erziehung, unserer Abstammung nach viel mehr Bauern sind, als Sie es jemals werden können. (Landesrat Dr. Klusemann: „Das glaubt wohl keiner!“) Sie brauchen ja nur untersuchen, wo wir hergekommen sind, bevor wir zum Gewerbe oder in die Fabrik gegangen sind, und Sie werden sagen müssen, daß wir den Bauern nicht fremd sein können, weil wir zum größten Teile von Bauern

stammen und Abkömmlinge derselben sind. (Landesrat Dr. Klusemann: „Aber Ihre Führer sind doch nicht aus dem Bauernstande hervorgegangen?“) Zählen Sie mich zu den Führern oder nicht? (Landesrat Dr. Klusemann: „Zum Beispiel Dr. Eisler, Dr. Schacherl!“) Sie suchen sich natürlich den heraus, den Sie brauchen können. Landesrat Dr. Klusemann: Und Sie suchen sich den Schreckenthal heraus!“) Sie können, wie Sie hier sitzen, einen nach dem andern hernehmen. Ich weiß, Sie borgen sich immer die Beispiele von etwas weiter her aus, wenn sich im Lande nichts Entsprechendes ereignet, was man ausnützen könnte. (Abgeordneter Primus: „Der Lehrer Rokkenmänner ist doch gewiß auch kein Bauer!“ — Landesrat Dr. Klusemann: „Er stammt aber von Bauern ab!“) Sie waren als die Herrschenden durchaus nicht bescheiden (Abg. Schreckenthal: „Nur Lumpe sind bescheiden!“), als Opposition sind Sie es noch weniger. Sie haben den Arbeitern durch lange Zeit die Gleichberechtigung verwehrt. Es sitzen hier einige Herren, die nunmehr im Landtage unsere Kollegen sind, die gegen die Einführung des gleichen Landtagswahlrechtes in allerentschiedenster Weise Stellung genommen, die die Begründung gebraucht haben, daß die Arbeiter noch nicht politisch reif genug seien, in solche Vertretungskörper einzuziehen. Nun muß ich Ihnen jetzt doch die Frage vorlegen, wer sich anlässlich des Umsturzes politisch reifer erwiesen hat, Sie, Ihre Kasse oder die Arbeiter, die Sozialdemokraten? (Abg. Thoma: „Wir haben draußen doch auch den Umsturz miterlebt und ihn jedenfalls in bester Weise in die Wege geleitet!“) Es wurde heute schon davon gesprochen, wie es in Graz war. Da haben sich die Herren aufgeregt, weil ich behauptet habe, daß die Arbeiter hauptsächlich die Sache gemacht haben, und es wurde gesagt: Ja auch die Bürger waren dabei, und es wurden die Studenten genannt. Ich glaube, mein Kollege Leichin ist unrichtig informiert. Es waren in Graz 300 Studenten, die in der Stadt rechtzeitig den Bahnhof besetzt haben, aber ebenso ist es richtig, daß sich die Studenten dann an uns gewendet und erklärt haben, sie vermögen den Bahnhof nicht mehr zu halten, und daß es dann in der kritischsten Zeit des Umsturzes nur die Arbeiter waren, die die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten haben und die alles das, was zu bewachen war, bewacht haben. Daß jemand aus den bürgerlichen Kreisen etwas unternommen hätte, als planlos nach einem Gewehr zu greifen, daß jemand aus diesen Kreisen etwas organisiert hätte, davon kann wahrhaftig nicht die Rede

sein. Wenn ich das sage, so werden Sie es mir glauben müssen, weil ich gewiß nicht das wenigste bei dieser Arbeit geleistet habe. Wenn Dr. Dantine von Leoben spricht, in Leoben da waren auch Studenten. Und da haben auch ein paar Bürger Gewehre genommen. Ich weiß, daß zum Beispiel der Kreuzungspunkt St. Michael von Arbeitern besetzt werden mußte und daß das riesige Munitionsdepot Niklasdorf von Arbeitern (Zwischenruf: „Und Studenten!“) bewacht wurde, weil ich selbst intervenieren mußte, damit sie von den Arbeitgebern freigelassen wurden, um alle größeren Kreuzungspunkte mit Arbeitern zu besetzen, da dieselben von riesigen Massen zurückströmender Soldaten überflutet waren. Und auch sonst. (Abg. Dr. Dantine: „Das habe ich auch ausdrücklich anerkannt!“) Meine Herren, ich weiß nicht, der Staat ist arm, in dem wir leben, ich weiß nicht, lieben Sie ihn oder lieben Sie ihn nicht. Ich weiß nur, daß die eigentliche Konstruktion dieses Staates nicht den Köpfen von Vertretern Ihrer Klasse entsprungen ist, sondern in den Köpfen der sozialdemokratischen Vertreter, und daß gerade der von Ihnen heute so häufig geschmähte Staatskanzler Dr. Krenner es war, der die Konstruktion zu diesem Staate geliefert hat. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Daß er mit dieser Konstruktion nicht gleich das Elend, in das uns Ihr Krieg und Ihr Treiben gestürzt haben, aus der Welt schaffen konnte, das ist selbstverständlich. Welche Stellung haben Sie denn während des Krieges eingenommen? Waren Sie jemals gegen den Krieg? Haben Sie nicht in der letzten Zeit noch — und Sie Herr Doktor besonders — haben Sie nicht noch in der letzten Zeit, als wir erklärt haben, der Krieg sei nicht mehr weiterzuführen, es müsse zum Umsturze kommen, haben nicht Sie und Ihresgleichen uns als Hochverräter bezeichnet? (Abg. Dr. Klusemann: „Wo war das?“) Ich erinnere Sie an Herrn Bürgermeister Drnig. (Abg. Dr. Klusemann: „Herr Kollege, Sie haben gesagt, ich bin es gewesen. Das ist eine Unwahrheit, daß Sie mich da bezeichnen.“) Ich habe gesagt: Wenn ich mich recht erinnere. Aber ich glaube, wenn Sie es bestreiten, kann ich es gelten lassen, es sei nicht wahr. Aber wenn ich verlange, daß Sie antworten, ob Sie nicht wenigstens für die Weiterführung des Krieges waren, bis zum Schlusse, oder noch vor dem Zusammenbruche, dann werden Sie sicher mit „Ja“ antworten müssen.

Nun, meine Herren, die Arbeiterschaft ist wahrhaftig während des Krieges ungemein gedrückt gewesen, und ihre Lage wurde erst leichter, als die Staatsgewalt schon lockerer war. Und zwar war dies erst im

letzten Jahre des Krieges der Fall. Die Arbeiterschaft hat alles das, was ihr im Kriege angetan wurde, und zwar gerade aus den Reihen Ihrer Klasse oder mit Hilfe Ihrer Klasse, sie hat das an dem Tage des Umsturzes vergessen, wo sie mit größter Leichtigkeit die ganze Herrschaft in die Hände hätte nehmen können. Es war keine Macht da, die sie zu hindern vermocht hätte. Die Arbeiterschaft hat ihren Groll in den Busen zurückgewürgt und hat im Interesse der Allgemeinheit gehandelt, damit wenigstens von den wenigen Trümmern, die vom alten Staate, dem Reste, der zum Schluß Deutschösterreich genannt wurde, übrig waren, damit von diesen wenigen Trümmern nicht auch noch das Meiste enttragen werde. Die Arbeiterschaft hat gerade in den Umsturztagen am allerbesten gezeigt, daß sie politisch reif ist, reifer wie manche, die vorher behauptet hatten, die Arbeiterschaft sei politisch unreif. Und man muß sagen, die Arbeiter haben in den Umsturztagen eine gewaltige Selbstlosigkeit bewiesen und ohne jeden Hintergedanken gehandelt. Ich begreife nicht, wo Kollege Schreckenthal die Kühnheit hernimmt, zu behaupten, daß bei uns insgeheim die Spekulation auf eine Regierung der Diktatur des Proletariats vorhanden sei. Entschuldigen Sie, vielleicht ist Ihre zeitweilige Abwesenheit in Trofaiach schuld daran, daß Sie nicht wissen, wie sich die Arbeiterschaft von Graz in diesen Tagen der größten Gefahr, der bolschewistischen Welle, benommen hat. Keine Macht wäre da gewesen, um diese Welle aufzuhalten, wenn die Arbeiterschaft nicht standgehalten hätte. Und dann noch zu behaupten, dieselbe Arbeiterschaft trüge insgeheim noch immer den Gedanken daran mit sich herum, und das zu verknüpfen mit der Beschuldigung, daß man terroristische Akte beging, das ist zu sehr den Tatsachen ins Gesicht schlagend, als daß es jemand bei einiger Überlegung zu behaupten vermöchte.

Es wurde auch über unsere Arbeiter- und Soldatenräte vom Kollegen Schreckenthal hier ein Urteil gesprochen. Ich weiß nicht, hat er die Arbeiterräte von Niederösterreich, von Pottendorf, Bärndorf, Wiener-Neustadt, Gramat-Neusiedl oder die Arbeiter- und Soldatenräte von Steiermark im Sinne. (Abgeordneter Schreckenthal: „Von Osterreich.“) Ich glaube, Sie bilden keine solche Einheit. Sie hätten sich müssen über die Prinzipien derselben erst Aufklärung verschaffen. Wenn Sie eine solche Behauptung über Handlungen aufstellen, werden Sie schon an dem Orte haften bleiben, und wer behaupten will, daß in Steiermark sich Arbeiter- und Soldatenräte Übergriffe haben zu Schulden kommen lassen, den bitte ich, das zu beweisen. Bitte auch nur einen einzigen Fall anzuführen,

der nennenswert wäre. Wenn die Herren die Tatsachen kennen würden, würden Sie den Namen „Soldatenräte“ bei uns im Lande nur mit Hochachtung aussprechen, weil ich Ihnen die Versicherung geben kann, wenn wir diese Soldatenräte nicht besessen hätten, daß es vielleicht sehr schwer gewesen wäre, die Ruhe und Ordnung so aufrecht zu erhalten, wie sie geblieben ist. Und wenn Sie erst von den Arbeiterräten reden, so ist die Sache noch viel merkwürdiger. Wie viel Wochen ist es her, daß wir die Arbeiterräte konstituiert haben? (Rufe: „Zwei Monate.“) Und in den zwei Monaten haben Sie in der Öffentlichkeit bisher wenig vernommen von den Arbeiterräten. Von diesen zu behaupten, daß sie Terrorismus üben, ist etwas stark. (Abg. Schreckenthal: „Ich habe nur von Willkürakten gesprochen, nicht von Terrorismus!“) Wo sind die Willkürakte, die die Arbeiter- und Soldatenräte begangen haben, wo? Nennen Sie auch nur einen einzigen Fall! Mir sind solche Willkürakte nicht bekannt, natürlich müssen die Soldatenräte eine Reihe von Funktionen ausüben, die infolge der vollsten Desorganisation des ganzen Verwaltungsapparates sonst von niemandem haben verrichtet werden können. Daß dabei manchemal einer übers Ziel geschossen hat, aber gar nicht in nennenswerter Weise, will ich nicht bestreiten. Aber ich frage Sie, waren Sie auch so zimperlich, derweil Sie noch alle Macht besessen haben, wenn irgendein Polizeier über das Ziel geschossen hat? Haben Sie diese Willkürakte der Polizisten auch so erregt? (Abg. Schreckenthal: „Sie sind von uns nie gut geheißt worden.“) Die Regierung ist unter allen Umständen gestützt worden, die diese Willkürakte hat begehen lassen. Meine Herren, ich glaube, wenn der Herr Kollege Schreckenthal draußen in einer Nationalversammlung gesprochen hätte, vielleicht hätte er von den Wiener Soldaten- und Arbeiterräten einiges sagen können. Meine Herren, worin besteht der Terrorismus, den die Partei ausübt? Wenn Sie irgendeinen Fall aufzudeckeln vermögen, machen Sie aus ihm, was Sie machen können. Wenn ein einziger von uns eine Ungehörlichkeit oder Ungeheuerlichkeit begeht, wird ein Mordskrawall gemacht und der ganzen Partei diese naturgemäß angehängt. Wenn aber von Ihnen einer was macht, erklären Sie, was geht der mich an! Zum Schlusse läßt sich seine Parteizugehörigkeit ja gar nicht recht feststellen. Bei uns ist es leichter. Denn wir sind wirklich ein kompakter Körper, und vielleicht besteht darin der Terrorismus, weil wir immer als geschlossene Masse auftreten, weil wir immer als geschlossene Masse handeln. Sie behaupten nun auch, wir seien furchtbar empfindlich, seit wir an

der Regierung sitzen. Meine Herren! Empfindlich sind wir wahrhaftig nicht. Denn, wenn wir empfindlich wären, würden wir nicht da sitzen. Welcher von uns würde heute noch unserer Partei angehören, wenn wir empfindlich wären? Und ich weiß nicht, was Ihnen meine Genossen antworten würden, wenn Sie mich bezichtigen würden, ich sei empfindlich. Denn wir haben alle schon hundertmal den Beweis erbracht, daß wir nicht empfindlich sind, sondern entgegen allen Gefahren und Beschwerden unserem Ideale zustreben. Aber, meine Herren, nicht die Empfindlichkeit ist es, die uns immer wieder darauf verweisen läßt, wie gefährlich Ihre Agitation ist. Während des Umsturzes hat die Arbeiterschaft zum weitaus größten Teile beigetragen, daß alles glatt vor sich gegangen ist. Sie dürfen doch nicht glauben, daß bei revolutionären Umwälzungen, wenn die Ordnung aufrecht erhalten worden ist, die Revolution schon zu Ende ist. Revolutionäre Umwälzungen haben immer ihre Nebenerscheinungen, noch dazu, wenn in solchen Zeiten auch die größte Not droht oder einbricht. Der Winter droht wahrhaft nicht gut zu werden, und wer wird dann die Ordnung aufrecht erhalten? Sie, die Sie während des Umsturzes eigentlich vollständig versagt haben, Sie, die bei den Wahlen, besonders bei Dr. Dantine hat man das gesehen, von den breiten Schichten der Bevölkerung so vollständig abgelehnt werden? Nein, meine Herren, dann werden die die Ordnung aufrecht erhalten müssen, die auf die breiten Schichten Einfluß haben und gerade die, die dann die Ordnung aufrecht erhalten müssen, auf die gehen Sie in der unglaublichsten Weise los, und die, die Sie in das Kriegselend gebracht haben, beschuldigen Sie, daß sie am Kriegselend schuld seien. Ich glaube, nicht persönliche Empfindlichkeit ist es, sondern die Sorge, wie es sein wird, wenn die Not noch größer wird. Wir werden trachten, unsere Pflicht gegenüber der Allgemeinheit so zu erfüllen, wie wir sie erfüllt haben in den Umsturztagen, als die bolschewistische Welle uns zu verschlingen gedroht hat. Aber, wenn Sie es uns unmöglich machen, dann, meine Herren, bleibt uns nichts anderes übrig, als uns auf uns selbst zu stellen, das heißt, nicht mehr zu fragen, wie geht es den anderen, sondern nur mehr zu fragen, wie geht es uns selbst! Und wir haben gar keine Sorge um uns, was kann den Arbeitern bei einem allensfalligen neuerlichen Umsturz geschehen, was kann ihnen geschehen? Wenn eine Gefahr eintritt, tritt sie nicht für die Arbeiter allein ein, sondern, wenn eine Gefahr eintritt, die Sie selber systematisch heraufbeschwören, tritt diese Gefahr für Sie ein. Die Arbeiter haben nichts zu fürchten

auf Grund ihrer Zahl, ihrer Organisation und wirtschaftlichen Machtstellung. Es darf niemand glauben, daß der Bauer ruhig auf der Scholle leben kann, wenn der Arbeiter nicht will, und das Verhältnis ist nicht mehr so, wie die Herren noch immer glauben. Sie haben heute gehört, wir leben zu sechs Achtel aus dem Auslande, aber ob Sie ohne Verkehr, ohne all das, was Sie brauchen, leben können, ist eine andere Frage. Wir würden die zwei Achtel Lebensmittel, die wir vom Lande bekommen, vielleicht noch von auswärts bekommen können, aber Sie würden das, was Sie brauchen, meines Erachtens nicht erhalten. Es ist daher ein Irrtum, wenn Sie glauben, Ihnen kann nichts geschehen, im Gegenteil, mit mehr Recht könnten die Arbeiter sagen: „Uns kann am wenigsten geschehen!“ Die Arbeiterschaft wird, wie ich gesagt habe, trotz all dieser Verdächtigungen und Anfeindungen und Schlußfolgerungen, die auf ihre Kosten gezogen werden, ihre Pflicht erfüllen, und wenn wir heute mit den Christlichsozialen zusammen in der Regierung sitzen, so geschieht es wahrhaft nicht aus Liebe zu den Christlichsozialen. Aber, meine Herren, die Notwendigkeit zwingt uns zusammen, im Interesse der Allgemeinheit sind wir gezwungen, zusammen zu wirken, und, wenn Sie nichts anderes zu tun haben, als nur immer darüber zu lästern, und Ihnen nicht Ihr eigener Verstand sagt, daß dieses Zusammenwirken eine Notwendigkeit ist, wenn Sie selber dazu beitragen, daß es beim besten Willen nicht möglich ist, die Zustände weiter in Ordnung zu halten, haben Sie sich die Folgen selber zuzuschreiben. Wir als Vertreter der Arbeiterschaft können getrost sagen, wir haben nichts zu fürchten, und wir fürchten nichts. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Landesrat Prisching: Hoher Landtag! Ich werde in meiner jetzigen Rede zuerst den rein finanziellen Teil besprechen und dann auf die einzelnen Ausführungen der Herren Redner reagieren.

Ich gehe zum rein finanziellen Teil über, der freilich kein erfreulicher Teil ist. Die mißliche finanzielle Lage des Landes Steiermark ist heute schon von allen Rednern der verschiedenen Parteien und auch früher schon von der Presse festgestellt worden. 6.000.000 K Defizit sagt alles. Es ergibt sich von selbst die Frage, wer hat eigentlich die Schuld an dieser Wirtschaft und an diesem Defizit? Durch Jahrzehnte hat das Land Steiermark eine gute Wirtschaft gehabt, ja in den vergangenen Jahren gab es sogar ganz schöne Überschüsse, und jetzt auf einmal das furchtbare Defizit! Ist etwa die Landesverwaltung schuld oder hat insbesondere die jetzige Landesverwaltung ihre Pflichten

verabsäumt und sorglos gewirtschaftet? Ich antworte darauf mit einem ganz entschiedenen „Nein“. Zugleich konstatiere ich mit Genugtuung, daß auch seitens der Redner der verschiedenen Parteien ein Vorwurf der Landesverwaltung nicht gemacht worden ist. Die Schuld an dieser furchtbaren finanziellen Misere des Landes trägt der unglückselige Krieg mit all seinen schlimmen Folgen. Die durch den Krieg hervorgerufene Geldentwertung einerseits hatte eine bedeutende Erhöhung aller Auslagen des Landes zur Folge, während auf der anderen Seite die Einnahmen des Landes an Steuern wegen der Hemmung der Produktion gewaltig zurückgegangen sind. Wir sehen diese Erscheinung nicht nur im Lande Steiermark, sondern in allen übrigen Ländern. Das ist ein Trost, wenn auch ein schwacher und geringer Trost. Juvat habere socios. Wenn das Land Steiermark allein eine so schlechte Finanzwirtschaft hätte, ich würde mich wirklich schämen, als Finanzreferent hier zu erscheinen. Es tröstet mich aber, daß es auch in anderen Ländern nicht besser geht. Wir müssen nun daran gehen aus der jetzigen Finanzmisere herauszukommen. Es wäre ein neuer wohlbedachter Finanzplan notwendig. Die Einnahmen und Ausgaben müssen sich das Gleichgewicht halten. Aber schon beim Worte „Finanzplan“ stellen sich Hindernisse ein, die zu überwinden gegenwärtig unmöglich sind. Solange wir in den jetzigen ungeklärten politischen Verhältnissen leben, die Verfassungsreform nicht durchgeführt ist und die Steuergewalt zwischen Staat und Land nicht abgegrenzt ist, läßt sich eine Finanzreform nicht aufstellen. Eine oberflächliche Betrachtung des Voranschlags und der Bedeckungsanträge beweist, wie ungesund die finanziellen Verhältnisse der Landesverwaltung sind. Abhilfe ist notwendig. Es geht nicht an, daß einem Verwaltungskörper jede Möglichkeit der Schaffung eigener Einnahmen unterbunden wird und die finanzielle Gebarung sich nur auf Umlagen für staatliche Steuern und sonstige Zuschüsse seitens des Staates stützt. Es muß demnach mit allem Nachdrucke dahin getrachtet werden, den bestehenden ungesunden Verhältnissen entgegenzuarbeiten und solche Steuern auszuarbeiten, die in der Lage sind, für die Bedürfnisse des Landes aufzukommen. Ein Anfang wurde bereits durch das von der provisorischen Landesversammlung beschlossene Gesetz über die Wertzuwachssteuer gemacht, die jedoch erst 1920 einen Ertrag abwerfen wird. Eine Fortsetzung betrifft der Gesetzentwurf über die Lustbarkeitsabgabe, der mit 1920 in Kraft treten soll. Einer gründlichen Neugestaltung der finanziellen Verhältnisse des Landes steht jedoch der Umstand entgegen, daß die Ver-

fassungsreform noch nicht durchgeführt ist und die Abgrenzung der Steuerhoheit zwischen dem Staate und den Ländern noch nicht erfolgt ist. Aus diesem Grunde würde auch von der Staatsregierung gegen den von der provisorischen Landesversammlung beschlossenen Gesetzentwurf über die Abgabe von Waldbland und Baugründen Protest erhoben. Es muß den Ausführungen Dr. K e n n e r s auf der letzten Länderkonferenz vollständig beigegeben werden, daß es ein ungesundes und für die Länder unerträgliches Verhältnis sei, daß sie die größten Auslagen aus den staatlichen Zuweisungen bestreiten sollen. Dagegen habe ich aus den Ausführungen des Staatskanzlers entnehmen müssen, daß noch eine geraume Zeit vergehen werde, bis die Länder durch Zuweisung eigener Steuerquellen selbst aus eigenem wirtschaften werden können. Man wird sich damit abfinden müssen, nicht nur 1919 sondern auch 1920 und eventuell auch 1921 mit der bisherigen Grundlage der staatlichen Überweisungen wirtschaften zu müssen. Ich bedaure das umso mehr, als damit die Möglichkeit entzogen wird, eine Kriegsgewinnsteuer einzuführen. Aus den Ausführungen des Staatskanzlers ist hervorgegangen, daß die Umlage auf die Vermögenssteuer und Vermögensabgabe seitens des Staates nicht erlaubt wird. Unsere Partei steht auf dem Grundsatz, daß der Krieg für niemanden ein Geschäft sein soll, und diejenigen, die daraus Geschäfte gemacht haben, sollen stark zu Steuerleistungen herangezogen werden. (Allgemeine Zustimmung.) Deshalb wollen wir eine Abgabe besonders für Kriegsgewinne im Lande einheben lassen. Das ist unmöglich gemacht, weil der Staat im voraus seine Hand darauf gelegt hat. Was das Ausmaß der staatlichen Überweisungen betrifft, so fügen die Bedeckungsanträge des Finanzausschusses auf dem Erlasse des Staatsamtes für Finanzen vom 22. September 1919, mit welchem die Finanzlandesdirektion Graz angewiesen wurde, dem Landesrate einen Betrag von 6.000.000 K zunächst bis zur allgemeinen Regelung der Staatshilfe für die Länder vorschußweise flüssig zu stellen. In diesem Erlasse wurde bemerkt, die Staatshilfe wäre nur unter der Voraussetzung zugesagt, daß die Hälfte der Abgaben, also nach dem vom Landesrate vorgelegten Voranschlage 12.000.000 K, später richtiggestellt 13.000.000 K, teils durch Erhöhung der Zuschläge zu den direkten Steuern, teils im Kreditwege gedeckt werde. Dieser Erlaß erscheint durch die Ausführungen des Staatskanzlers auf der letzten Länderkonferenz insoweit überholt, als nunmehr geplant ist, auf Grund eines Nachtragsgesetzes zum Überweisungsgesetze zunächst für 1919 den Ländern ein Vielfaches der mit Gesetz vom 6. Februar

1919 zugestandenen Überweisungen zuzuwenden. Die Grundlage für das Ausmaß der Zuwendungen an die Länder soll nicht, wie in dem von mir erwähnten Erlasse des Staatssekretärs gesagt ist, die Höhe des Abganges, sondern die im Überweisungsgesetze festgesetzte Überweisungssumme bilden. Da nun nicht feststeht, welches Vielfache, das Drei-, Vier-, Fünffache, gewährt wird, und die Lösung dieser Frage erst weiteren Verhandlungen mit den Ländervertretern vorbehalten ist, kann heute mit bestimmten Ziffern nicht gerechnet werden. Es kann jedenfalls auf Grund des Nachtragsgesetzes die Länderdotation nicht nur hinter dem Ausmaße der staatlichen Zuschüsse zurückbleiben, sondern muß diese noch wesentlich übersteigen. Wir können rechnen mit Überweisungen von 15.000.000 K, wenn wir den weggefallenen Teil Südsteiermarks wegrechnen. Es wird Aufgabe der Länder sein, diesen Standpunkt zu betonen gegenüber der Staatsregierung, und Sie können überzeugt sein, daß ich mich mit aller Energie dafür einsetzen werde, daß das Land Steiermark dabei nicht zu kurz kommt. Es ist selbstverständlich, daß der Landesrat im Falle einer Erhöhung der Staatszuschüsse von der ihm eingeräumten Ermächtigung der Aufnahme einer schwebenden Schuld in einem entsprechend verringerten Ausmaße Gebrauch machen wird. Der Landtag hat alles getan, was in seinen Kräften stand, um dem Lande neue Einnahmequellen zu verschaffen. Ich verweise auf den Beschluß des Landtages vom 2. Oktober 1919, mit welchem die Erhöhung der Umlagen beschlossen wurde, die bis zur äußersten Grenze geht, die überhaupt noch ertragen werden kann. Hierbei muß ich betonen, daß die Erstellung des Voranschlages mit der größten Sparsamkeit erfolgt ist und daß es als ein Ding der Unmöglichkeit bezeichnet werden muß, nennenswerte Abstriche an diesem Voranschlag zu machen. Das Land Steiermark hat alles getan, um die Mittel zu schaffen, die unbedingt nötig sind. Das Land Steiermark erwartet nun, daß auch der Staat seine Pflicht erfüllt und jene Beiträge zur Verfügung stellt, deren es bedarf, und die es aus eigenen Kräften nicht aufbringen kann. Hoher Landtag! Ich bin mir der großen Schwierigkeiten bewußt, welche der Weiterführung des Landeshaushaltes entgegenstehen. Wenn auch das größte Finanzgenie jetzt hier in Steiermark walten würde, es würde ihm nicht gelingen, eine günstige Finanzlage herbeizubringen. Ich glaube, es ist schon darin ein Erfolg gelegen, daß unsere Finanzwirtschaft nicht überhaupt versagt hat und daß sie ohne nennenswerte Störung weitergeführt werden konnte. Wir sind schon einmal so weit gewesen, daß wir die Gehälter der Landesbeamten, Lehrer usw. bald nicht hätten auszahlen können. Es konnte das Unheil

abgewendet werden. Die Landeswirtschaft ist ohne große Störung fortgeführt worden. Wir werden alle unsere Kräfte daran setzen, um das Land aus dieser finanziellen Misere herauszuführen. Wir werden nicht die Flinte in das Korn werfen. Die Christlichsoziale Partei hat den festen Willen, alle Kräfte anzuspannen, um das Land Steiermark und die braven Steirer einer glücklicheren und besseren Zukunft entgegenzuführen.

Ich möchte nun auf die einzelnen Ausführungen der Herren Redner antworten. Ich werde das in Kürze tun, um die Zeit des hohen Hauses nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen. Ich werde gleich mit dem ersten Redner beginnen, und zwar mit Herrn Landesrat Machold. Aus dessen Ausführungen habe ich den Eindruck gewonnen, daß er der Meinung ist, daß bei der bäuerlichen Bevölkerung nicht der gute Wille vorhanden ist, die Getreideablieferung rechtzeitig vorzunehmen. Ich bin der Ansicht, daß Landesrat Machold, der hauptsächlich in Konsumenten- und Arbeiterkreisen verkehrt, in dieser Sache nicht genau informiert ist. Weil ich aber nicht haben möchte, daß hierin eine irrflüchtige Auffassung Platz greift und dadurch eine Kluft zwischen Arbeiter und Bauer entsteht, so will ich die Sache richtigstellen. Bei den Bauern fehlt nicht der gute Wille abzuliefern, sondern es ist nicht die Möglichkeit vorhanden, es zu tun. Die Gründe sind folgende: Die Witterung war so ungünstig, daß die Ernte viel später erst eingebracht werden konnte. Als ich letzten Sonntag nach Wien gefahren bin, da habe ich gesehen, daß der Hafer im Mürztal noch auf den Feldern gestanden ist und teilweise noch ganz grün war. (Landesrat Machold: „Obersteier braucht nicht viel zu liefern, sondern die anderen.“) Mittelsteiermark ist freilich mit der Ernte voraus. Aber da hat es auch Schwierigkeiten. Vor allem muß bemerkt werden, daß das Wetter auch in Mittelsteiermark schlimm mitgespielt hat, die Ernte ist um vier bis fünf Wochen später reif geworden, dadurch erklärt sich von selbst die Verspätung in der Ablieferung. Dazu kommt noch der Umstand, daß zu wenig Arbeitskräfte vorhanden sind, um die Erntearbeiten schnell durchzuführen. Die landwirtschaftlichen Diensthofen gehen von den Bauern weg und suchen sich andere Berufe, in denen sie mehr Geld verdienen. Bauernsöhne und landwirtschaftliche Diensthofen gehen nach Wagna, Feldbach usw. in das Lager in die Arbeit, weil sie dort einen schönen Lohn haben und weil sie dort eine nur achtfündige Arbeitszeit haben, die es beim Bauern natürlich nicht geben kann. Wenn die Bauern aber keine Arbeitskräfte haben, können sie auch nicht abliefern. Es handelt sich aber auch noch weiters um die Preisfrage. Hätte man den

Bauern sofort 2 K für das Kilogramm Getreide gegeben, so wäre die Ablieferung auch besser gegangen. Wenn ich sage, die Preisfrage spielt eine Rolle, so steht die Sache so: Der Bauer will auf die Produktionskosten kommen (Rufe: „Sehr richtig!“), mit den niedrigen Preisen kommt er aber nicht auf seine Produktionskosten. Was die Diensthofen, die Tagelöhner, Handwerker, was die Gerätschaften, die Reparaturen derselben kosten, was die Steuern ausmachen, das ist ja ohnehin allgemein bekannt. Diesen hohen Produktionskosten müssen aber entsprechende Einnahmen gegenüberstehen, um fortwirtschaften zu können und deshalb verlangen die Bauern auch einen angemessenen Preis für ihr Getreide. Wird dieser geboten, so erfolgt auch die Ablieferung. Ich mache auch darauf aufmerksam, daß jetzt noch nicht der Termin für die Ablieferung vorhanden ist. Für Mittel- und Untersteier ist als Termin der letzte Oktober angegeben und wenn der Termin da ist, dann werden die Leute auch das Getreide abliefern. Hervorgehoben werden muß auch, daß es an Druschbenzin fehlt und so die Arbeit behindert wird, auch haben die Bauern für ihre Nacharbeiten kein Petroleum. Das sind lauter schlimme Umstände, welche die Ablieferung behindern. Ich bin aber fest überzeugt, daß die bäuerlichen Besitzer ihre Pflicht voll und ganz erfüllen und sobald es möglich ist, abliefern werden. Ich habe dies festgestellt, damit nicht durch eine mißverständliche Auffassung eine Kluft zwischen Bauern und Konsumenten entsteht und sich ausbilde.

Ich möchte nun auf das antworten, was der Herr Kollege Abg. Leichin gesagt hat. Er hat angefangen mit der Vernunftrede der schwarz-roten Koalition, die rote Eihälfte hat der schwarzen Eihälfte eine scharfe Gardinenpredigt gehalten (Heiterkeit) und sie an ihre Pflicht erinnert. Ich will nun auf die Erinnerung antworten und auch eine Gardinenpredigt halten und die rote Eihälfte daran erinnern, daß auch sie Pflichten zu erfüllen hat. Wenn sie diesen nicht nachkommt, so wäre ich, obwohl ich sonst Gegner der Ehereform bin, in diesem Falle für die Ehereform (Heiterkeit).

Herr Abg. Leichin hat gesagt, daß nur die Soldatenräte gegen den Umsturz gearbeitet hätten. Ich will anerkennen, daß es richtig ist, daß die Soldatenräte in Steiermark für die Aufrechterhaltung der Ordnung tätig waren, möchte aber betonen, daß nicht bloß die Soldaten- und Arbeiterräte, sondern auch die bäuerliche Bevölkerung und ihre Führer mit aller Kraft für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung eingetreten sind. Herr Abg. Leichin hat auch gesagt, „Klassenherrschaft ist Diktatur“. Dem muß ich entgegengetreten. Unter Diktatur verstehe ich die Herrschaft

einer kleinen Minderheit, welche durch Terror aufrechterhalten wird. Wenn aber eine Gruppe in der Bevölkerung respektive ihre Vertretung die Mehrheit hat und diese dann die Regierung führt, so halte ich das für selbstverständlich, es ist das dann das Majoritätsprinzip. (Rufe bei den Sozialdemokraten: „So wars gemeint“.)

Was nun Herr Abg. Leichin über das Meritorische des Voranschlages gesagt und bezüglich der Wünsche und Bemängelungen, die er vorgebracht hat, so zum Beispiel hinsichtlich der hohen Papier- und Druckkosten, der Reform der Verpflegsstationen usw., so antwortete ich, daß diesen Wünschen Rechnung getragen werden wird. Daß die Einladungen an die Abgeordneten auf kostspieligem, schönem Papier hergestellt wurden, hat seine Erklärung darin, daß dieses Papier aus einem Vorrat genommen wurde, der noch aus der früheren Zeit vorhanden ist.

Wenn nun Herr Abg. Leichin über das schlechte Ergebnis der Verwaltung der Landesforste gesprochen hat, so pflichte ich ihm der Hauptsache nach bei. Ich habe im Landesrat schon öfter auf dieses traurige Kapitel hingewiesen und verlangt, daß ein Ausschuß gewählt werde, der die Sache zu überprüfen hätte. Ich mache darauf aufmerksam, daß der Abstockungsvertrag nicht von der gegenwärtigen Landesverwaltung abgeschlossen, sondern vom früheren Landesauschusse gemacht wurde und, was dieser getan hat, habe ich nicht zu verantworten und zu vertreten. (Abg. Leichin: „Das waren die Deutschnationalen“.) Es hat mich auch sehr gewundert, daß Herr Abg. Schreckenthal besonders auf diesen Punkt hingewiesen hat. Ich hätte es nicht getan schon aus parteipolitischen Rücksichten (Widerspruch bei den Bauernbündlern, Landesrat Dr. Klusemann: „Warum nicht? Wir dulden auch nicht das Unrecht bei der eigenen Partei“), denn der Landesauschluß, der das gemacht hat, stand den Bauernbündlern parteipolitisch doch sehr nahe. Mein Grundsatz ist die Reinheit in der Verwaltung (Zustimmung), deshalb muß auch hier Reinheit geschaffen werden, deshalb habe ich nicht gewartet bis ein Auftrag des Landtages vorliegt, sondern habe schon früher die Überprüfung verlangt.

Wenn nun der Herr Abg. Leichin gemeint hat, man soll nicht nur an die Ausgaben, sondern auch an die Einnahmen denken, so muß ich das so auffassen, daß wir nach neuen Steuerquellen suchen sollen. Dieser Gedanke wäre in normalen Zeiten vollständig richtig, aber in der jetzigen Zeit läßt es sich nicht machen, weil die Steuergewalten, wie ich mir schon früher zu bemerken erlaube habe, noch nicht abgegrenzt

sind. Wir wissen nicht, welche Steuern der Staat für sich behält und welche er dem Lande überlassen wird. Wenn die Steuerhoheit des Staates dem Lande gegenüber schon abgegrenzt wäre, so würde ich schon mit einem Steuerbudget dem Landtage aufgemartet haben; nachdem diese Abgrenzung noch nicht geschehen ist, kann ich es nicht tun.

Herr Abg. Leichin hat es bekräftigt, daß die Landwirtschaft eine Subvention von vier Millionen Kronen bekommt, während die Industrie 150.000 K erhält. Ich antworte, daß dasjenige, was die Landwirtschaft leistet, nicht nur der Landwirtschaft allein, sondern auch allen übrigen Bevölkerungskreisen zugute kommt, diese Subvention daher eigentlich für die Allgemeinheit gegeben ist. Ich bemerke ferner, daß die Allgemeinheit welche unter dem Titel „Landwirtschaft“ verrechnet ist, sich zum großen Teile auf Straßenbauten, auf Eisenbahn- und Uferschuttbauten, die doch der ganzen Bevölkerung zugute kommen, beziehen. Der Vorwurf, die Landwirtschaft erhalte für sich zu hohe Subventionen, ist also nicht berechtigt.

Der Abg. Leichin hat auch angeführt, daß ein Bauer aus der Gemeinde Ganz, Bezirk Mürzzuschlag, mit ungefähr 26 Hektar Grund 71 Kronen Steuer zahlt, das kann schon sein, wenn nur die Grundsteuer gemeint ist, aber die staatliche Grundsteuer ist es auch nicht, über welche sich die bäuerliche Bevölkerung beklagt. Sie klagt darüber, daß zur Grundsteuer noch alle übrigen Zuschläge wie die Landes-, Bezirks- und Gemeindeumlagen kommen und jetzt auch noch der Kriegszuschlag und die Brotsteuer, hiezu noch die Personaleinkommensteuer und alles das zusammen macht viel aus. Damit die Herren einen Begriff haben, wie der bäuerliche Grundbesitz besteuert ist, will ich dem hohen Hause einen Zahlungsauftrag vor Augen halten. Ein bäuerlicher Besitzer von 45 Joch, also weniger, als der früher angeführte, zahlt an Steuern 4369 K. (Rufe: „Hört!“ Landesrat Machold: „Was ist das für ein Bauer?“ Rufe: „Das kann nicht richtig sein!“) Man kann also nicht sagen, daß die Bauern zu wenig Steuer zahlen, im Gegenteil, sie sind sehr hoch besteuert. (Zustimmung der bäuerlichen Abgeordneten.)

Der Herr Landesrat Riesel hat besonders betont, daß beim Umstürze die Soldatenräte ihre Pflicht getan haben und für Ruhe und Ordnung eingetreten sind. Das wird dankend anerkannt. Aber um allen Ständen gerecht zu werden, muß ich beifügen, daß nicht nur die Soldatenräte, sondern auch die bäuerlichen Kreise für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung eingetreten sind und wenn die Soldatenräte dies getan haben, so dürfte dies nicht aus bloßer Liebe zu den übrigen Kreisen

erfolgt sein, sondern auch aus eigenem Interesse. Ich konstatiere das, um auch den übrigen Ständen gerecht zu werden.

Ich erlaube mir nun auf die Ausführungen des Herrn Abg. Schreckenthal zu antworten und da möchte ich unterscheiden, was in meritorischer Hinsicht in Finanzangelegenheiten, und was aus parteipolitischen Rücksichten gesagt wurde.

In meritorischer Hinsicht werden wir uns sehr leicht verstehen. Verschiedene Schwächen und Mängel kommen in unserer sowie in jeder Verwaltung vor, es ist aber unsere feste Absicht, diese Mängel und Schwächen zu beheben. Herr Abg. Schreckenthal hat es bekräftigt, daß für die Landeshauptleute vom Staate nur ein Betrag von 30.000 K gezahlt wird, obwohl die Landeshauptleute für Arbeiten der Landesregierung sehr viel Zeit opfern müssen. Der Herr Abgeordnete hat hierin recht und kann ich dem Herrn Abgeordneten mitteilen, daß es unsere Sache sein wird, bei der Wiener Regierung dahin zu wirken, daß dieser Betrag entsprechend erhöht werde. Herr Abg. Schreckenthal hat auch verlangt, daß die Verpflegskosten in den Kranken- und Siechenhäusern und verschiedene andere Gebühren erhöht werden, um das große Defizit des Landes zu vermindern. Es ist das zum Teile schon geschehen, außerdem wird die Sache fortwährend im Auge behalten. Ob man aber die Spitalverpflegskosten der dritten Klasse so erhöhen kann, daß das Land gar keinen Zuschuß zu leisten braucht, ist doch sehr zweifelhaft. Die dritte Klasse ist ja für die minder- und unbemittelte Klasse da. Wenn für die Landeskultur höhere Ausgaben verlangt werden, so stimme ich dem gerne zu. Es handelt sich hier um eine Produktionsförderung und für diese muß Geld vorhanden sein. Was nun die Landesforste anbelangt, so will ich nicht wiederholen, was ich schon früher sagte, ich verurteile selbst diese unglückliche Wirtschaft, aber ich brauche das nicht zu vertreten und zu verteidigen, was der frühere Landesausschuß getan hat. Wenn Herr Abg. Schreckenthal ein Investitionsprogramm bezüglich des Sägebetriebes verlangt, so kann ich nur sagen, daß wir mit diesem Programm kommen werden. Wir konnten aber noch nicht kommen, weil uns vorläufig Holzvorräte nicht zur Verfügung stehen, und zwar infolge der Abstockungsverträge. Wenn aber hier Wandel geschaffen wird, so werden wir trachten, auch auf diesem Gebiete etwas zu verdienen. Wenn der Herr Abg. Schreckenthal mich fragt, ob ich hinsichtlich der Buchführung noch auf dem gleichen Standpunkte stehe, den ich vor fünf oder sechs Jahren in einer Rede hier im Landtage vertreten habe, so antworte ich, daß ich noch

auf dem gleichen Standpunkte stehe, das heißt, daß ich der Meinung bin, daß bei gewinnbringenden Unternehmungen des Landes jedenfalls die kaufmännische Buchführung eingeführt werden soll, so zum Beispiel bei der Forstwirtschaft, bei den Landesbahnen, bei den Badeanstalten usw. Für gewisse Zweige aber, insbesondere für die Gemeindegewirtschaft, die nicht auf Gewinn berechnet ist, erweist sich die kameralistische Buchführung als besser. Die Erstellung dieses Voranschlages ist in der bisher in der Landesverwaltung gebräuchlichen Weise erfolgt, von einer Änderung des ganzen Aufbaues wollte ich von vornherein absehen, weil jede Umarbeitung des Voranschlages eine weitere Verzögerung der Vorlage bedeuten hätte, die ich unter allen Umständen vermieden wissen wollte. Der Voranschlag ist ohnedies schon sehr spät herausgekommen, eine wesentliche Änderung desselben hätte eine weitere Verzögerung zur Folge gehabt. Ich werde aber dafür Sorge tragen, daß der nächste Voranschlag, welcher ja dem hohen Landtage nach einigen Monaten überreicht werden wird, ein wesentlich anderes Aussehen haben wird. Ich werde in dieser Hinsicht insbesondere die bisher üblichen unübersichtlichen und zu Mißverständnissen führenden Einschachtelungen der einzelnen Fonds beseitigen und die einzelnen Fonds nur zur Erläuterung am Schlusse anführen lassen. Ich werde weiters dafür Sorge tragen, daß eine strenge Scheidung zwischen ordentlicher und außerordentlicher Gebarung stattfindet, die bis jetzt nicht vorhanden war. Eine allgemeine Einführung der kaufmännischen Buchführung dürfte im Hinblick auf das Wesen der Landesverwaltung kein richtiges Bild liefern, so daß eine Beibehaltung des bisherigen Systems grundsätzlich nicht zu vermeiden sein dürfte. Auf Grund von Besprechungen mit maßgebenden Faktoren liegt ein Gutachten vor, wonach eine Vereinfachung möglich ist; nach dieser Reform wird unsere Buchführung allen modernen Anforderungen entsprechen und insbesondere imstande sein, über den Stand der Finanzen jederzeit Aufschluß geben zu können.

Nun komme ich auf die Parteipolitik des Herrn Abg. Schreckenthal. Er hat unserer Partei zuerst die schwarz-rote Koalition vorgeworfen. Ich brauche nicht viel darauf zu antworten, weil darüber bei verschiedenen Gelegenheiten schon eingehend gesprochen wurde. Die schwarz-rote Koalition ist aus der Not der Zeit geboren, sie ist eine Vernunftstheorie. Wir lieben einander nicht, das haben die Herren der sozialdemokratischen Partei offen gesagt und ich erwidere es eben so offen. Aber wir haben bei Abschluß der Koalition ein hohes Ziel vor Augen, es gilt unser Land vor den schweren Schrecken eines blutigen Ansturzes zu be-

wahren. Das Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten erfordert das zeitweilige Zurückstellen unserer Parteigrundsätze, es bedeutet das für uns Christlichsoziale ein großes Opfer im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und aus Liebe zu unserem Lande wollen wir dieses Opfer aber bringen. Das beweist nun aber doch, daß wir Christlichsoziale unser Volk aufrichtig lieben. Ich meine, ich kann es nun ruhig der Öffentlichkeit überlassen, zu beurteilen, wer wahre Liebe zum Volke bekundet, wir Christlichsozialen oder die Bauernbündler, welche es darauf ankommen lassen wollen, daß unser Land in ein Meer von Blut und Tränen getaucht wird. Herr Abgeordneter Schreckenthäl hat uns vorgeworfen, und zwar den beiden großen Parteien, daß sie in der Landesregierung nicht vertreten seien. Da haben Sie, Herr Abgeordneter sich an die falsche Adresse gewendet. Sie hätten sich nicht an die christlichsoziale Partei und auch nicht an die Sozialdemokraten, sondern hätten sich an die Wähler wenden sollen. Wenn Sie eine große Anzahl von Mandaten erobert hätten, das heißt, wenn Sie mehr Wähler gehabt hätten, dann wären Sie sicherlich in der Landesregierung vertreten gewesen. Daß die Bauernbündler zu wenig Stimmen aufbrachten und daher statt der erhofften 20 Mandate nun nur 12 Mandate haben, das ist nicht unsere Schuld, sondern Sache der Wähler, an diese Adresse möge Herr Abgeordneter Schreckenthäl sich also wenden. (Beifall.) Herr Abg. Schreckenthäl hat auch behauptet, der deutsche Bauernbund wirke auf die Christlichsozialen wie das rote Tuch auf den Stier. Herr Kollege, ich versichere Sie, Ihre Partei wirkt auf uns Christlichsoziale nicht wie das rote Tuch auf den Stier, sondern die Herren des deutschen Bauernbundes kommen uns Christlichsozialen vor wie eine Wetterfahne. Und warum Sie uns als das gelten, das will ich Ihnen gleich sagen. Der deutsche Bauernbund hatte in allen Teilen des Landes Versammlungen angefangen auf Beschluß der Tagung in Salzburg. (Rufe bei den Christlichsozialen: „Musterrede!“) Auf diesen Versammlungen sollte gegen das Viehmonopol und gegen die Zentralen Stellung genommen werden. Für diesen Zweck wurde eine eigene Musterrede verfertigt. Wir Christlichsoziale sind höfliche Leute und haben die „Musterrede“ in zuvorkommender Weise schon einen Tag vor den Versammlungen in unserer Zeitung veröffentlicht. (Seiterkeit. — Landesrat Dr. Klusemann: „Diese Rede wird aber sehr viel von Ihren Leuten verlangt.“) Das alles ist nicht das Schlimmste. Nun aber komme ich darauf zurück, warum ich gesagt habe, daß uns der deutsche Bauernbund vorkommt wie eine Wetterfahne.

In der Musterrede ist genau angegeben, wie diese Musterrede zu halten ist. In der Anleitung hiezu steht folgendes: „Nur wo es sich empfiehlt, soll die Rede polemisch gegen die Zentralen gehalten werden.“ Hoher Landtag! Bitte diese Anleitung zu beachten und Sie werden die Wetterfahne gleich sehen. „Wo es sich empfiehlt“ sagt die Anleitung, das heißt, „wenn der Wind so geht, dann dreht sich die Fahne so, dann wird gegen die Zentralen gesprochen und wenn es sich nicht empfiehlt, dreht sich die Wetterfahne schnell um“. (Landesrat Dr. Klusemann: „So ist das nicht gedacht, das ist eine christlichsoziale Verdrehung.“) Abgeordneter Schreckenthäl: „Haben Sie das Tagblatt vom nächsten Tag gelesen, daß das ein Druckfehler ist?“ Wie müßte es dann heißen? (Landesrat Dr. Klusemann: „Es wurde gesagt: Es soll diese politische Rede nicht gegen die Christlichsozialen gehalten werden, bitte nur das durchzulesen.“) Nur wo es sich empfiehlt, steht darin, soll die Rede gegen die Zentralen gehalten werden. (Landesrat Dr. Klusemann: „Gemeinschaftlich mit den Christlichsozialen.“) Deshalb sage ich, wirkt Ihre Partei durchaus nicht wie das rote Tuch, sondern wie eine Windfahne auf uns. (Beifall.) Kollege Schreckenthäl hat auch noch gemeint, daß Sie eine Oppositionspartei seien und in Opposition gehen müssen. (Abg. Schreckenthäl: „Das habe ich nicht gesagt.“ Landesrat Dr. Klusemann: „Das ist nicht wahr.“ Widerspruch bei der steirischen Bauernpartei.) Ich glaube, diese Worte gehört zu haben: „Schließlich sind wir doch eine Oppositionspartei und haben das Recht der Kritik.“ (Landesrat Dr. Klusemann: „Das ist nicht wahr.“) Ich glaube es deutlich gehört zu haben. (Abg. Schreckenthäl: „Schauen Sie im stenographischen Protokoll nach.“) Wenn Sie es gesagt hätten, wenn das der Fall wäre, dann würde ich wohl empfehlen, nicht nur in Opposition zu gehen mit Worten, sondern auch die Stellen im Landesrat niederzulegen, wie es im parlamentarischen Leben üblich ist. Ich würde es sehr bedauern, wenn zum Beispiel Landesrat Wastian ausscheiden würde, aber wenn Sie eine Oppositionspartei sein wollen, dann können Sie nicht in der Regierung sein. (Abg. Schreckenthäl: „Bitte doch das Protokoll nachzulesen.“)

Zum Schlusse hat Herr Abg. Schreckenthäl gemeint, daß wir Christlichsoziale am liebsten die Inquisition herbeiwünschen und mit dem Scheiterhaufen arbeiten möchten. Ich entgegne darauf, daß dies unsere Absicht durchaus nicht ist. Aber wenn er es wünscht, dann werden wir aus den Landesforsten, in denen das Holz nach dem freihetlichen Abstockungsvertrag billig

ist, die nötigen Scheiter hereinbringen lassen und sie anzünden. Und wenn sich Herr Kollege Schreckenthal braten lassen will, dann bin ich ja bereit, diesen Dienst ihm zu erweisen. (Abg. Dr. Klusemann: „Dabei könnte man schwarz werden.“)

Ich bin mit meinen Ausführungen zu Ende und möchte die Herren von der deutschen Bauernpartei gebeten haben, mir diese Ausführungen nicht übel zu nehmen. Sie haben mich eben provoziert. (Landesrat Dr. Klusemann: „Wir wissen ja, daß Herr Dechant ein Spatzvogel sind!“) Es hat sich halt wieder einmal das alte Sprichwort bewahrheitet: Wie Du hineinruffst in den Wald, so könt es Dir entgegen halb! (Lebhafter Beifall bei der christlichsozialen Partei. Händeklatschen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Mhrer: Hiemit ist die Rednerliste erschöpft und die Debatte beendet. Das Schlusswort hat der Herr Berichterstatter Professor Paul.

Berichterstatter Paul: Ich habe mir erlaubt, namens des Finanzausschusses acht Anträge vorzulegen, die ich nicht wiederholen will, um nicht unnötig Ihre Zeit in Anspruch zu nehmen, die wir aber kurz zusammenfassen könnten. Die beiden ersten betreffen das Erfordernis, der dritte und vierte handelt über die Bedeckungsfrage, der fünfte Antrag über Ersparnisse bei Dienstreisen, der sechste über das Mißverhältnis bei den Naturalverpflegstationen, der siebente betrifft die Einsetzung einer fünfgliedrigen Kommission zur Prüfung der Gebarung bei den Forsten und der achte wünscht ein Verzeichnis der systemisierten Stellen und den genauen Nachweis, warum die über den systemisierten Stand geführten Stellen berechtigt sind. Nachdem Gegenanträge von keiner Seite des hohen Hauses gestellt wurden, noch ein Einspruch erhoben wurde, brauche ich eine aufrechte Erledigung nicht weiter zu begründen.

Als Berichterstatter des Finanzausschusses will ich mir nur erlauben, auf einige Widersprüche, welche in den Ausführungen des Kollegen Schreckenthal enthalten sind, Bezug zu nehmen. Er sagt, daß seine Partei zu loyaler Mitarbeit bereit sei, aber die Verantwortung ablehne. Als Obmann des Finanzausschusses hatte ich wiederholt Gelegenheit, das eifrige Mitarbeiten der Vertreter der Bauernpartei zu beobachten. Wenn diese aber jetzt jede Verantwortung ablehnt, dann könnte (Abg. Schreckenthal: „Wir haben die Landesregierung gemeint und den Wirtschaftsrat.“) Ah so, ich danke. Bezüglich des Wunsches des Herrn Kollegen Leichin, daß die Subventionen an private Vereine gestrichen werden, möchte ich erfragen, daß dieser Wunsch nicht zu sehr verallgemeinert

werde. Es gibt Vereine, welche Ausgaben auf sich genommen haben, die eigentlich Sache des Landes oder des Staates wären. Es bedeutet eine Ersparnis für das Land, wenn solche Vereine subventioniert werden, und es würde ein Nachteil für das Land entstehen, wenn das Land selbst diese Ausgaben erfüllen müßte. Es wird notwendig sein, auch auf diesen Standpunkt entsprechend Rücksicht zu nehmen. Bezüglich des Wunsches des Herrn Landesrates Wastian, betreffend den Beitrag für die städtischen Bühnen, möchte ich nur betonen, daß es dem Finanzausschuß selbst wehe getan hat, diese Herabminderung des Beitragtes von 50.000 auf 25.000 K vorzunehmen, weil sich auch der Finanzausschuß der hohen Bedeutung des Kunstwertes unserer städtischen Bühnen bewußt war. Es waren nur Zweckmäßigkeitgründe, welche den Finanzausschuß zu diesem Schritte veranlaßt haben und hat der Finanzausschuß ohnedies die Absicht, im nächsten Vorschlage womöglich wieder auf die volle Höhe des gewünschten Betragtes von 50.000 K hinaufzugehen. Ich will nur noch erwähnen, daß ich gegen den Antrag des Herrn Kollegen Schreckenthal, welcher lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen, daß jeder Antrag, welcher dem hohen Hause vorgelegt wird und mit dessen Annahme eine Geldausgabe verbunden ist, den Betrag des voraussichtlichen Erfordernisses und der möglichen Bedeckung enthalten müsse.“ vom Standpunkte des Referenten des Finanzausschusses keine Einwendung zu erheben habe, weshalb ich auch diesen Antrag dem hohen Hause zur Annahme empfehle.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Mhrer: Wenn kein Widerspruch erhoben wird, werde ich über die Anträge des Finanzausschusses und über den Zusatzantrag des Herrn Abg. Schreckenthal unter einem abstimmen. (Nach einer Pause.) Es erhebt sich kein Widerspruch.

(Die Anträge des Finanzausschusses und der Zusatzantrag des Abg. Schreckenthal werden einstimmig angenommen.)

Wir kommen nun zum zweiten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 129, mit Vorlage des Rechnungsabschlusses über die Verwaltung der steiermärkischen Landesfonds im Jahre 1917.

Berichterstatter ist gleichfalls Seine Magnifizenz Herr Abg. Professor Paul.

Berichterstatter des Finanzausschusses Paul (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Der Finanzausschuß ist in die Beratung der vorliegenden Beilage nicht eingegangen, weil seiner Auffassung nach der jetzige Landtag sich unmöglich als zuständig erachten kann über den Rechnungsabschluß eines Verwaltungsabschnittes zu beraten und zu beschließen, welcher während dieses Landtages gar nicht bestand. Es wird daher vom Finanzausschuß dem hohen Hause der Antrag unterbreitet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Aus grundsätzlicher Erwägung erachtet sich der Landtag zur Beratung und Beschlußfassung rücksichtlich der Beilage Nr. 129 für nicht zuständig und findet sich demnach nicht veranlaßt, in die Beratung dieser Vorlage einzugehen.“

Ich empfehle dem hohen Hause die Annahme dieses Antrages.

Abg. **Schreckenthal**: Hohes Haus! Ich möchte dem Antrage, den der Herr Berichterstatter gestellt hat, nur ein paar Worte hinzufügen. Sie alle, welche schon früher die Rechnungsabschlüsse des Landes Steiermark in der Hand gehabt und gesehen haben, werden bei Durchsicht des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1917 gefunden haben, daß derselbe ganz anders aufgestellt ist, wie in früheren Jahren. Wir finden in einer großen Anzahl von Seiten eine mit großer Sorgfalt zusammengestellte Erläuterung, die den ganzen Rechnungsabschluß erst verständlich macht. Ich möchte ersuchen, daß dieser Weg, der beim Rechnungsabschluß beschritten wurde, noch weiter ausgebaut werde, und möchte gleichzeitig den Herrn Landeshauptmann ersuchen, der Landesbuchhaltung und den Beamten, welche bei der Zusammenstellung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1917 tätig waren, unsere Anerkennung auszusprechen.

Abg. **Gföller**: Meine Damen und Herren! Wenn man den Rechnungsabschluß für das Jahr 1917 flüchtig durchgesehen hat, so ist man zur Anschauung gekommen, daß der verfloßene Landesausschuß eigentlich gewissermaßen ein Finanzgenie gewesen ist, weil er es zuwege gebracht hat, Überschüsse zu erzielen. Wenn man aber der Sache näher nachgeht, so bemerkt man, daß das nicht der Fall ist, sondern, daß an den Ausgaben gespart worden ist, und zwar an Ausgaben, die für die Volkswirtschaft sehr wichtig sind und auch an anderen Ausgaben, wie die Findelkinderfürsorge und dergleichen mehr. Die Sparmaßnahmen an diesen Ausgaben sind aber eigentlich in Wirklichkeit keine Ersparnisse, weil jetzt der Landtag das nachholen muß, was der

frühere kontrollose Landesausschuß versäumt hat. Zum Beispiel bei der Findelkinderfürsorge ist gespart worden; also gerade bei den Ärmsten der Armen wurde gespart, damit der Rechnungsabschluß des kontrollosen Landesausschusses schöner aussteht. Gerade bei jenen wurde gespart, die die Allerärmsten in diesem Staate waren. Und dieser selbe Landesausschuß, der in so ungefehliger Weise sein Budget zu verbessern suchte, dieser Landesausschuß hatte gar keine gesetzliche Grundlage zu seiner Funktion, er war eigentlich nichts mehr und nichts weniger, als ein kleines Beispiel einer Diktatur. Man könnte es die Diktatur der zwölf aus der Steiermark nennen, da ja der Landesausschuß gewirkt hat, ohne daß die Wähler Steiermarks gefragt worden wären, ob sie mit diesem Wirken einverstanden sind. Die Landeskinder waren dazu verurteilt an der Front zu bluten und im Hinterlande Opfer zu bringen, über das Schicksal des Landes entschied aber ein Ausschuß, der mit dem Willen des Volkes aber gar nichts gemein gehabt hat. Der Landesausschuß hat Steuern vorgeschrieben, hat Steuergelder von den Landeskindern eingenommen, ohne an die Zustimmung des Volkes gebunden gewesen zu sein, das Volk hatte nichts zu sein, hat nichts anderes tun dürfen, als den braven Patrioten zu spielen und der Landesausschuß hat dann mit dem Gelde gewirtschaftet, ohne irgend eine Kontrolle zu haben. Ich will das hohe Haus nicht länger aufhalten mit meinen Ausführungen, ich möchte nur festgestellt haben, daß dieser Landesausschuß gar keine gesetzliche Grundlage hatte. Unser Klub wird diesem Antrage des Finanzausschusses mit Freude zustimmen, da wir ja jetzt in eine Zeitperiode eingetreten sind, in der eine solche Diktatur, wie vorher, unmöglich sein wird, da wir ja im Zeitalter der Demokratie leben, wo alle berufen sind an ihrem eigenen Geschicke mitzuarbeiten. Wir sind herzensfroh, daß die Zeit der kontrollosen Wirtschaft vorüber ist und lehnen noch nachträglich jede Gemeinschaft mit diesem Geiste, der da gewaltet hat, ab. Gegen die Ziffern, welche vorliegen, sind wir wehrlos, aber gegen diesen Geist wollen wir heute noch Einspruch erheben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraz**: Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort, ich schreibe demnach zur Abstimmung.

(Der Antrag des Finanzausschusses wird angenommen.)

Bevor wir in der Tagesordnung weiterstreifen, möchte ich auf die Anregung des Herrn Abgeordneten **Schreckenthal** zurückkommen und bemerken, daß dieser Anregung Rechnung getragen wird.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Gemeindeausschusses über den Antrag der Abgeordneten Rudel-Jeynek, Steinberger, Kaufmann und Genossen, Beilage Nr. 52, betreffend Ausgestaltung der Fürsorge für Findelkinder.

Berichterstatter ist Herr Abg. Herzog.

Berichterstatter des vereinigten Finanz- und Gemeindeausschusses Herzog (von der Rednerbühne): In der Beilage Nr. 52 wird das Verlangen gestellt, daß die Ausgestaltung der Fürsorge für Findelkinder ins Auge gefaßt werde. Im Berichte zum Antrage ist klar und deutlich aufgezeigt, daß auf dem Gebiete der Findelkinderfürsorge in Steiermark noch vieles zu erledigen ist. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß in diesem furchtbarsten aller Kriege Millionen Menschenleben aller Altersklassen zum Opfer gefallen sind, dann tritt an uns in der Tat die Notwendigkeit heran, daß wir zu dem so wichtigen Problem der Bevölkerungspolitik Stellung nehmen. Es ist zweifellos eine der wichtigsten Maßnahmen der Bevölkerungspolitik, wenn wir uns um die Findelkinder annehmen. Die Abgeordneten Rudel-Jeynek und Genossen haben seinerzeit dem hohen Hause einen bezüglichen Antrag unterbreitet. Der vereinigte Finanz- und Gemeindeauschuß hat sich mit diesem Antrage beschäftigt und der Antrag, der heute dem hohen Hause unterbreitet wird, lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Fürsorgestellen der Bezirkshauptmannschaften sind sofort von der Abgabe jedes Kindes in die Armenpflege zu verständigen. Außerdem sind vierteljährlich Verzeichnisse der in jedem Verwaltungsbezirke untergebrachten Findelkinder an die Bezirkshauptmannschaft zu senden.
2. Die Stelle eines Landeskontrollorganes ist durch eine Fürsorgerin zu besetzen.
3. Das Findelgeld wird von 20 K auf mindestens 40 K erhöht.
4. Der Landesrat hat dahin zu wirken, daß diese Erhöhung nur bedürftigen Pflegeeltern zuteil wird.“

Ich möchte zu diesem Antrage bemerken, daß wir in einer Zeit, wo die Zukunft unseres Volkes geradezu auf dem Spiele steht, die so überaus wichtige Aktion für das Kind nicht aus dem Auge verlieren dürfen, und ich bitte daher das hohe Haus um Zustimmung und Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraz: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

mündliche Bericht des vereinigten Finanz- und Gemeindeausschusses über den Antrag der Abgeordneten Fasching und Genossen, Beilage Nr. 153, betreffend die Übernahme des Gemeindecrankenhauses in Weiz in die Landesverwaltung für die Zwecke eines öffentlichen Krankenhauses.

Berichterstatter ist Herr Abg. Schreckenthal.

Berichterstatter des vereinigten Finanz- und Gemeindeausschusses Schreckenthal (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Ich habe namens des vereinigten Finanz- und Gemeindeausschusses Bericht zu erstatten über den Antrag der Abg. Franz Fasching und Genossen, betreffend die Übernahme des Gemeindecrankenhauses in Weiz in die Landesverwaltung, und betreffend Ausgestaltung für die Zwecke eines öffentlichen Krankenhauses.

Das hohe Haus hat ohnedies Gelegenheit gehabt, die Begründung dieses Antrages zu lesen. Der Antrag, den der vereinigte Ausschuß stellt, lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird im Interesse der öffentlichen Wohlfahrts- und Gesundheitspflege aufgefordert, die Übernahme des Gemeindecrankenhauses in Weiz in die Landesverwaltung und die entsprechende Ausgestaltung für die Zwecke eines öffentlichen Krankenhauses unverzüglich in die Wege zu leiten.“

Ich empfehle dem hohen Hause die Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraz: Wir kommen nun zum Punkt 5 der Tagesordnung, das ist der

mündliche Bericht des Finanzausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates in Angelegenheit der Ausgabe von Landesgutscheinen zur Behebung der herrschenden Hartgeldnot. (Beilage Nr. 199.)

Berichterstatter ist Herr Abg. Schreckenthal, dem ich das Wort erlaube.

Berichterstatter des Finanzausschusses Schreckenthal (von der Rednerbühne): Ich habe namens des Finanzausschusses Bericht zu erstatten über den Bericht des Landesrates in Angelegenheit der Ausgabe von Landesgutscheinen zur Behebung der herrschenden Hartgeldnot.

Es ist Ihnen allen bekannt, daß durch verschiedene Manipulationen die 20- und 10-h-Stücke, das Hartgeld, die Scheidemünze bei uns aus dem Verkehre so ziemlich verschwunden ist und die Bevölkerung sowie die Zahlstellen in größter Verlegenheit waren, den Bedürfnissen des Publikums nachkommen zu können. Die Stadtgemeinde Graz war genötigt, ein Ersatzgeld für dieses verschwundene Hartgeld herauszugeben. Dieses Ersatzgeld, welches die Gemeinde Graz ausgegeben hat, hat jedoch nur für das Gebiet der Gemeinde Graz Geltung. Es hat sich nun herausgestellt, daß am Lande genau derselbe Hartgeldmangel besteht, wie in Graz und insolgedessen hat sich der Landesrat entschlossen, dem hohen Hause einen diesbezüglichen Antrag vorzulegen, über welchen zu berichten ich die Ehre habe. Dieser Bericht geht dahin, daß das Land Steiermark ebenfalls Gutscheine ausgibt, und zwar in Abschnitten von 10, 20 und 50 h. Durch eine Verspätung, welche in der Druckerei gelegen ist, war es nicht möglich gewesen, diesen Bericht dem hohen Hause so rechtzeitig vorzulegen, daß mit der Ausgabe der Gutscheine termingemäß vorgegangen werden konnte. Insolgedessen ist auch die Umlaufzeit, welche diesen Gutscheinen zugedacht ist, eine andere, als in der Begründung ausgesprochen wurde.

Es war früher gedacht, daß der Gutschein nur bis 16. Dezember 1919 umlauffähig sein soll und daß mit 31. Dezember 1919 der Wert des Gutscheins erlischt. Nun ist es notwendig, diesen Termin hinauszuschieben bis zum 16. Februar 1920, das ist die Umlaufzeit, und bis zum 29. Februar 1920 soll die Einlösung erfolgen. Das Land Steiermark wird den gleichen Vorgang einhalten, wie die Stadtgemeinde Graz es gemacht hat, die die Gemeindeparkasse Graz herangezogen hat. Der Gemeinde Graz wird, wie aus dem Berichte zu ersehen ist, das Geld mit 3 Prozent verzinst. Es wird als Maximalemissionsbefrag eine Summe von drei Millionen Kronen in Aussicht genommen. Der Finanzausschuß hat sich dem Antrage des Landesrates angeschlossen und empfiehlt denselben in nachstehender Form zur Annahme (liest):

„Der hohe Landtag wolle zur Behebung des herrschenden Hartgeldmangels die Ausgabe von Gutscheinen des Landes Steiermark im Gesamtbetrage von drei Millionen Kronen über die Beträge von 10 h, 20 h und 50 h beschließen, die Laufzeit dieser Gutscheine bis Ende Februar 1920 festsetzen, als Zeit für die Einlösung der Gutscheine die Zeit vom 16. Februar bis einschließlich 29. Februar 1920 bestimmen und den Landesrat ermächtigen, bei Fortbestand des Hartgeldmangels eine Verlängerung

der Umlaufzeit im eigenen Wirkungskreise zu beschließen.“

Ich bitte das hohe Haus, diesen Antrag anzunehmen.

Landesrat Prisching: Hohes Haus! Die Klage über den Mangel an Kleingeld sind vor Monaten zu Ohren des Landesrates gekommen. Ich habe schon damals an die Herausgabe eines Notgeldes gedacht, und habe in dieser Absicht schon anfangs September eine Reise nach Linz und Wien gemacht und habe dort in Wien im Staatsamte für Finanzen wertvolle Aufschlüsse erhalten und das weiteste Entgegenkommen gefunden. Die Schwierigkeiten sind in Wien planiert worden, was übrigens der Herr Referent bereits ausführlich dargestellt hat. Wegen der Wichtigkeit und Dringlichkeit der Sache möchte ich beantragen, den Antrag sofort anzunehmen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Es hat sich niemand mehr zum Wort gemeldet. Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlusswort?

Berichterstatter Abg. Schreckenithal: Nein.

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Ich schreite zur Abstimmung und ersuche diejenigen Mitglieder, die den Antrag annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Wir gelangen nunmehr zu Punkt 6, das ist der mündliche Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 188, betreffend die Forteinhebung des Gemeindezuschlages zur staatlichen Verzehrungssteuer in der Landeshauptstadt Graz.

Berichterstatter ist Herr Abg. Herzog.

Berichterstatter des Gemeinde- und Verfassungsausschusses Herzog (von der Rednerbühne): In der Beilage Nr. 188 ist Bericht erstattet über die Forteinhebung des Gemeindezuschlages zur staatlichen Verzehrungssteuer in der Landeshauptstadt Graz. Der Landesrat unterbreitet dem hohen Hause folgenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Auf Grund des § 47 i der Gemeindeordnung für die Landeshauptstadt Graz vom 8. Dezember 1869, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 47, und des Gesetzes vom 18. Mai 1894, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 41, wird der Stadtgemeinde Graz die Einhebung eines vierzigprozentigen Gemeindezuschlages zur staatlichen Verzehrungssteuer für die Jahre 1920, 1921 und 1922 mit der Maßgabe bewilligt, daß dieser Gemeindezuschlag für die der staatlichen Verzehrungssteuer unterliegenden Gegenstände solange nicht eingehoben

werden darf, als für diese eine selbständige Gemeindeumlage zur Einhebung gelangt."

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat zu diesem Antrage Stellung genommen und es wird dieser Antrag zur Annahme empfohlen.

(Der Antrag des Gemeinde- und Verfassungsausschusses wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraz: Wir gelangen nunmehr zu Punkt 7 der Tagesordnung, das ist der

mündliche Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 208, betreffend die Einhebung einer Gemeindeabgabe auf den Verbrauch von Wein, Weinmost, Weinmaische und Obstmost in der Landeshauptstadt Graz.

Berichterstatter ist ebenfalls Herr Abg. Herzog.

Berichterstatter des Gemeinde- und Verfassungsausschusses Herzog (von der Rednerbühne): In der Angelegenheit der Einhebung einer Gemeindeabgabe auf den Verbrauch von Wein, Weinmost, Weinmaische und Obstmost in der Landeshauptstadt Graz hat der Gemeinde- und Verfassungsausschuß beziehungsweise der Landesrat folgenden Antrag dem hohen Hause vorgelegt (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Auf Grund des § 47 i der Gemeindeordnung für die Landeshauptstadt Graz vom 8. Dezember 1869, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 47, beziehungsweise des § 2 des Gesetzes vom 15. März 1919, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 139, wird der Stadtgemeinde Graz, für die Jahre 1919, 1920 und 1921 die Bewilligung erteilt, für im Gebiete der Stadtgemeinde zum Verbrauch gelangenden Wein, Weinmost, Weinmaische und Obstmost eine Abgabe im Ausmaße von 20 K für den Hektoliter Wein und 16 K für den Hektoliter Weinmost und Weinmaische und im Ausmaße von 10 K für den Hektoliter Obstmost einzuheden, und zwar mit dem Vorbehalte, daß für aus dem Gebiete der Stadtgemeinde Graz zur Ausführung gelangenden Wein, Weinmost, Weinmaische und Obstmost die volle auf Grund dieser Bewilligung eingehobene Abgabe nach den hiefür bestehenden Vorschriften rückvergütet wird und unter der Bedingung, daß die Erträgnisse dieser Abgabe zur Gänze dem auf Grund des Gesetzes vom 27. Mai 1902, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 24, gebildeten Anlehensfonds zufließen."

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß empfiehlt dem hohen Hause die Annahme des Antrages.

(Der Antrag des Gemeinde- und Verfassungsausschusses wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraz: Wir gelangen nunmehr zu Punkt 8 der Tagesordnung, das ist der

mündliche Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 189, betreffend mehrere Abänderungen der Gemeindeordnung für die Landeshauptstadt Graz.

Berichterstatter ist Herr Abg. Suppanz.

Berichterstatter des Gemeinde- und Verfassungsausschusses Suppanz (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz hat in seiner Sitzung am 31. Juli 1919 mehrere Beschlüsse gefaßt, die eine Abänderung einiger Bestimmungen der bestehenden Gemeindeordnung für Graz bedingen. Der Bericht liegt unter Nr. 189 dem hohen Hause vor. In Anbetracht der vorgeschriebenen Zeit, in der wir uns befinden, erlauben Sie mir, daß ich von Verlesung des Antrages und des Gesetzentwurfes Abstand nehme. Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß empfiehlt die Annahme des Antrages und des Gesetzentwurfes.

(Der Antrag und der zur Annahme empfohlene Gesetzentwurf des Gemeinde- und Verfassungsausschusses wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraz: Der nächste Punkt der Tagesordnung ist Punkt 9, das ist der

mündliche Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 210, über das Ansuchen des Bezirkes Birkfeld um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Bezirksumlage von 205 Prozent im Jahre 1919.

Berichterstatter ist Herr Abg. Möstl.

Berichterstatter des Gemeinde- und Verfassungsausschusses Möstl (von der Rednerbühne): Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich mit dem Berichte des Landesrates über das Ansuchen des Bezirkes Birkfeld um Erteilung der Bewilligung zur Einhebung einer Bezirksumlage von 205 Prozent im Jahre 1919 befaßt und stellt den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Dem Bezirke Birkfeld wird zur Deckung der Bezirkserfordernisse für das Jahr 1919 zu der ihm bereits vom Landesrate zur Einhebung bewilligten 70prozentigen noch die Einhebung einer 135prozentigen, zusammen daher einer 205prozentigen Be-

zirksumlage auf die im Bezirke vorgeschriebenen umlagenpflichtigen, direkten, staatlichen Steuern bewilligt."

Ich erjuche das hohe Haus, diesen Antrag anzunehmen.

(Der Antrag des Gemeinde- und Verfassungsausschusses wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraf**: Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Antrag der Abg. Lang und Genossen, Beilage Nr. 196, wegen Abänderung des Zustelldienstes durch die Gemeinden für die Gerichts- und politischen Behörden.

Berichterstatter ist Herr Abg. **Gölles**.

Berichterstatter des Gemeinde- und Verfassungsausschusses **Gölles** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Zu Beilage Nr. 196 wegen Abänderung des Zustelldienstes durch die Gemeinden für die Gerichts- und politischen Behörden hat der Gemeinde- und Verfassungsausschuß den Antrag einer eingehenden Beratung unterzogen und stellt den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird ersucht, die bezüglichlichen Behörden darauf aufmerksam zu machen, daß die Bürgermeister mit dem Zustelldienste nicht zu überbürden sind, insbesondere dort, wo der Landbriefträgerdienst eingeführt ist. Auch wird die Zustellung privater Schriftstücke, welche von Ämtern stammen, unmittelbar verlangt."

Ich empfehle dem hohen Hause die Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag des Gemeinde- und Verfassungsausschusses wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraf**: Punkt 11 der Tagesordnung ist der

Bericht des Landeskulturausschusses zu dem als Landtagsbeilage Nr. 45 vorgelegten Gesetze, betreffend den Schutz der Alpen und die Förderung der Alpwirtschaft (Beilage Nr. 242).

Berichterstatter ist Herr Abg. **Thoma**.

Berichterstatter des Landeskulturausschusses **Thoma** (von der Rednerbühne): Der Landeskulturausschuß hat den von der Staatsregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Schutz der Alpen und die Förderung der Alpwirtschaft, Landtagsbeilage Nr. 45, mit Ausnahme des § 10 unverändert angenommen. Der zweite Absatz des § 10 wurde dahin abgeändert, daß Alpausschüsse nicht im Bereiche jeder Filiale der

Landwirtschaftsgesellschaft, sondern im Bereiche jedes Bezirksverbandes der Filialen zu bilden sind.

Sohin stellt der Landeskulturausschuß den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle den nachfolgenden Gesetzentwurf beschließen und ferner die Landesregierung beauftragen, die Beiziehung von Mitgliedern der Landwirtschaftsgesellschaft zur Beratung der Verordnungen zum Alpenschutzgesetz zu veranlassen."

Es wäre für mich sehr verlockend, in die Frage des Schutzes der Alpen näher einzugehen und das Gesetz zu besprechen, welches für die Förderung und richtige Handhabung der Alpwirtschaft von Bedeutung ist. Ich glaube der Zustimmung des hohen Hauses sicher zu sein, wenn ich den ausliegenden Bericht nicht in den einzelnen Paragraphen behandle und nur auf die Wichtigkeit des Gesetzentwurfes hinweise. Ich bitte, den Antrag und den Gesetzentwurf, wie er in der Beilage Nr. 242 enthalten ist, anzunehmen.

(Der Antrag und der Gesetzentwurf des Landeskulturausschusses werden ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraf**: Punkt 12 der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abg. **Graupp, Siegl, Kaufmann und Genossen**, Beilage Nr. 161, betreffend sofortige Aufnahme der Sulmregulierungsarbeiten bei **Altenmarkt und Leibnitz**.

Berichterstatter ist Herr Abg. **Jaklitsch**.

Berichterstatter des Landeskulturausschusses **Jaklitsch** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Die Abgeordneten **Graupp, Siegl, Kaufmann und Genossen** haben folgenden Antrag, betreffend die sofortige Aufnahme der Sulmregulierungsarbeiten bei **Altenmarkt und Leibnitz**, eingebracht (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landesrat wird beauftragt, die Flußregulierungskommission des Landes zu beauftragen, die Uferschutzbauten in der Strecke **Altenmarkt bei Leibnitz** an der Sulm ehestens in Angriff zu nehmen."

Der Landeskulturausschuß hat sich mit dem Antrage befaßt und stellt folgenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landesrat wird beauftragt, betreffs der Sulmregulierungsarbeiten bei **Altenmarkt und Leibnitz** sofort eine Kommission zu entsenden und die Durchführung der notwendigen Schutzbauten sofort zu veranlassen. Im weiteren sind die Regulierungs-

arbeiten im Sinne des in Beilage Nr. 95 enthaltenen Antrages — beinhaltend Ausarbeitung eines Generalregulierungsplanes — durchzuführen.“

Nachdem seit der Antragstellung größere Flächen vernichtet worden sind, bitte ich das hohe Haus, dem Antrage zuzustimmen und denselben anzunehmen.

(Der Antrag des Landeskulturausschusses wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Wir gelangen nunmehr zum mündlichen Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abg. Lang, Gassl, Gölles und Genossen, Beilage Nr. 164, wegen Sulmregulierung in der Flußstrecke der Gemeinden Kerschbaum, St. Peter im Sulmtale usw., beziehungsweise dringliche Schutzmaßnahmen gegen Hochwasser für die Ortschaften Moos, Korbin, Aigen und Kerschbaum im Gerichtsbezirke Deutschlandsberg.

Berichterstatter ist Herr Abg. Jaklitsch.

Berichterstatter des Landeskulturausschusses Jaklitsch (von der Rednerbühne): Zu der Beilage Nr. 164, Antrag der Abg. Lang, Gassl, Gölles und Genossen wegen Sulmregulierung in der Flußstrecke der Gemeinden Kerschbaum, St. Peter im Sulmtale usw., beziehungsweise dringliche Schutzmaßnahmen gegen Hochwasser für die Ortschaften Moos, Korbin, Aigen und Kerschbaum im Gerichtsbezirke Deutschlandsberg, hat der Landeskulturausschuß folgenden Antrag gestellt (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landesrat wird beauftragt, sofort eine Kommission in die durch das Hochwasser der schwarzen Sulm gefährdeten Gemeinden zu entsenden, die Arbeiten in diesem Gebiete als Notstandsbauten ehestens durchzuführen, und zwar im Sinne der Beilage Nr. 95. Endlich ist festzustellen, ob die Anlage der Schlepplahn und die Brücke durch die Kohlen-gewerkschaft Kalkgrub vorschriftsmäßig durchgeführt, beziehungsweise genehmigt wurde.“

Ich bitte um Annahme des Antrages.

(Der Antrag des Landeskulturausschusses wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Punkt 9:

mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage Nr. 186, wegen Abhaltung eines Lehrkurses für heimkehrende und kriegsbeschädigte Landwirte in Wagna.

Berichterstatter ist Herr Abg. Jaklitsch.

Berichterstatter des Landeskulturausschusses Jaklitsch (von der Rednerbühne): Ich habe zu berichten über Beilage Nr. 186, Bericht des Landeskulturausschusses über den Bericht des steiermärkischen Landesrates wegen Abhaltung eines Lehrkurses für heimkehrende und kriegsbeschädigte Landwirte in Wagna. Der Bericht lautet: Hoher Landtag! Derzeit sind mit der Regierung Verhandlungen eingeleitet worden wegen endgültiger Übergabe des Lagers Wagna in das Eigentum des Landes Steiermark. Vorausgesetzt, daß diese Verhandlungen zu einem Ergebnis führen, beziehungsweise von Seite der Regierung gegen die Abhaltung eines Lehrganges für heimkehrende und kriegsbeschädigte Landwirte dortselbst keine Einwendung erhoben wird, wäre es wohl im größten landwirtschaftlichen Interesse gelegen, wenn ein solcher Landwirte-kurs zustande käme.

Beabsichtigt wäre, ungefähr 30 kriegsbeschädigte Heimkehrerlandwirte in den Lehrgang aufzunehmen, damit den mit den landwirtschaftlichen Arbeiten bereits betrauten Söhnen steirischer Landwirte die Errungenschaften neuzeitlicher Landwirtschaft bekanntgemacht werden, so daß sie instand gesetzt werden, ihren heimatischen Besitz erfolgreicher als bisher zu bewirtschaften.

Durch den Unterricht sollen die Schüler mit den wichtigsten Grundsätzen der Landwirtschaft auf Grundlage der Naturlehre, Naturgeschichte und allgemeinen Wirtschaftslehre möglichst vertraut gemacht werden; durch Begehungen des eigenen Besitzes und benachbarter landwirtschaftlicher Betriebe wäre ihr Gesichtskreis zu erweitern und sollen ihnen wichtige, jedoch seltener vorkommende Arbeiten vorgeführt werden und endlich soll die praktische Arbeit im Schulwirtschaftsbetriebe die Schüler wieder der von Jugend auf gewohnten Betätigung zuführen.

Als Leiter dieses Lehrganges wäre vorläufig der Lehrer an der früheren Obst- und Weinbauschule in Marburg Otto Brüders in Aussicht zu nehmen.

Die Kosten des Kurses können derzeit noch nicht genau angegeben werden. Jedenfalls wäre der Versuch zu machen, von Seite der Staatsregierung eine entsprechende Beitragsleistung hiezu zu erhalten.

Der betreffende auf das Land entfallende Kostenbetrag wäre in den Voranschlag für das Jahr 1920 einzustellen. Damit jedoch auf alle Fälle dieser für die Landwirtschaft so überaus wertvolle Kurs zustande kommen könnte, ersucht der steiermärkische Landesrat die Ermächtigung zu erhalten, die erforderlichen Verhandlungen zu pflegen und allenfalls die Abhaltung

des Lehrganges gegen nachträgliche Genehmigung durch den hohen Landtag anordnen zu dürfen.

Auf Grund dieses Antrages stellt der Landeskulturausschuß folgenden Antrag (liest) :

„Der hohe Landtag wolle beschließen :

Der steiermärkische Landesrat wird ermächtigt, die erforderlichen Verhandlungen mit der Regierung wegen Abhaltung eines Lehrganges für heimkehrende und kriegsbeschädigte Landwirte in Wagna einzuleiten und allenfalls gegen nachträgliche Genehmigung des hohen Landtages die Durchführung des Kurzes zu veranlassen.

Unter einem wird der Landesrat beauftragt, die Leitung der neu zu schaffenden Schule anzuweisen, daß die Teilnehmer des Lehrganges tunlichst zur Hälfte auch aus Kreisen der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft auszuwählen sind. Bei dem Lehrgange ist endlich darauf Rücksicht zu nehmen, daß kriegsbeschädigte Teilnehmer, je nach ihrer Eignung, vornehmlich auch in der Gärtnerei ausgebildet werden, um die Gartenwirtschaft des Landes Steiermark auf die wünschenswerte Höhe zu bringen.“

Ich bitte um Annahme des Antrages.

(Der Antrag des Landeskulturausschusses wird angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Wir kommen zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abg. Jach, Schifko, Kralochwill und Genossen, Beilage Nr. 192, wegen Schaffung eines Flurschutzgesetzes und einer Flurpolizei.

Berichterstatter ist Herr Abg. Fink.

Berichterstatter des Landeskulturausschusses Fink (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Die Abg. Jach, Schifko, Kralochwill und Genossen haben einen Antrag eingebracht auf Schaffung eines Flurschutzgesetzes und einer Flurpolizei und begründen denselben mit folgenden Worten:

In der Umgebung Graz geht alljährlich ein großer Teil der Ernte infolge des mangelnden Flurschutzes verloren. Eine große Anzahl lichtscheues Gesindel strömt abends hinaus auf die Felder, um dort unbenutzt dem Diebstahle an Feldfrüchten zu huldigen.

In Niederösterreich wurde bereits eine Art Flurpolizei in der Form der Selbstwehr der Landwirte geschaffen. Ein solcher Flurschutz liegt sowohl im Interesse der Landwirte als auch der konsumierenden Bevölkerung.

Der Landeskulturausschuß stellt den Antrag (liest) :

„Die Landesregierung wolle ehestens ein unseren Verhältnissen entsprechendes Flurschutzgesetz ausarbeiten und die Schaffung einer bewaffneten Flurpolizei, welche nach Art der Gendarmerie einen Dienstfeid abzulegen hätte und zu entlohnen wäre, in die Wege leiten.“

Ich bitte das hohe Haus um Annahme des Antrages.

(Der Antrag des Landeskulturausschusses wird angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Wir kommen zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abg. Kiegler, Gaf, Krenn und Genossen, Beilage Nr. 174, betreffend die endliche Verbauung des Wölzbaches.

Berichterstatter ist Herr Abg. Gaf.

Berichterstatter des Landeskulturausschusses Gaf (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Dem Landeskulturausschuß ist die Beilage Nr. 174 zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegen. Sie betrifft die endliche Verbauung des Wölzbaches. Der Antrag lautet (liest) :

„Der hohe Landtag wolle beschließen :

1. Der Landesrat wird beauftragt, die landeskulturtechnische Abteilung unverweilt anzuweisen, die sofortige Erhebung der damaligen Verhältnisse vorzunehmen.

2. Auf Grund des Ergebnisses dieser Erhebung in der nächsten Tagung des Landtages die erforderlichen Anträge zu stellen.“

Wir haben diesen Antrag einstimmig angenommen und beantragen im Hause hier ebenfalls die Annahme.

(Der Antrag des Landeskulturausschusses wird angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Wir kommen zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abg. Gaf, Weingärtner, Riemer, Mössl und Genossen, Beilage Nr. 179, betreffend Förderung der Schafzucht.

Berichterstatter ist Herr Abg. Gaf.

Berichterstatter des Landeskulturausschusses Gaf (von der Rednerbühne): Hoher Landtag! Dem Landeskulturausschuß ist die Beilage Nr. 179, betreffend die Förderung der Schafzucht, zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegen. Die Zeit ist schon zu vorgebracht, sonst würden wir es unternehmen, vor dem Hause die Wichtigkeit dieser Frage zu behandeln. Ich glaube kein Wort verlieren zu müssen, schon aus dem Grunde, weil die Schafzucht die einzige Möglichkeit

bietet, uns von der unerträglichen Fleischnot zu befreien. Die Schweinezucht kann nicht so sehr in dieser Hinsicht empfohlen werden, weil es an Mastmitteln fehlt. Die große Vermehrungsfähigkeit des Schafes spielt mit, und weil es ein wichtiger Rohstofflieferant ist an Leder und Wolle. Der Ausschuss hat sich entschlossen, den Antrag, der da lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landesrat wird beauftragt, im Sinne der Antragsbegründung alles vorzukehren, was geeignet ist, die Schafzucht im Lande Steiermark wieder auf die alte Höhe zu bringen,

einstimmig anzunehmen. Nur ist nach dem Worte „Antragsbegründung“ ein Zusatzantrag:

„im Einvernehmen mit der Kleintiersektion der Landwirtschaftsgesellschaft“,

ferner am Schlusse ein Zusatzantrag:

„Insbesonders ist auf die genossenschaftliche Zusammenfassung der bereits vorhandenen Schafbestände Rücksicht zu nehmen“

hinzuzufügen.

Wir glauben, dem hohen Landtage diesen Antrag zur Beschlussfassung empfehlen zu können.

(Der Antrag des Landeskulturausschusses wird angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Wir kommen zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abg. Gaf, Siegl, Zsch, Fink und Genossen, Beilage Nr. 201, betreffend Schmuggel von Rotlaufferum nach dem SSS-Gebiet.

Berichterstatter ist Herr Abg. Riegler.

Berichterstatter des Landeskulturausschusses Riegler (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Der in Rede stehende Antrag der Abg. Gaf, Siegl, Zsch, Fink und Genossen, betreffend Schmuggel von Rotlaufferum nach dem SSS-Gebiet, basiert auf einem Aufsatz in der deutschösterreichischen tierärztlichen Wochenschrift in Graz vom 15. August 1919, Nr. 10. Nach diesem Berichte hätte durch Apotheker Höfer in Wien unter Unterstützung von Hochschulprofessoren ein nicht unbedeutender Schmuggel von Rotlaufferum nach dem SSS-Staate stattgefunden. Der Landeskulturausschuss hat sich pflichtgemäß damit beschäftigt und beehrt sich, folgenden Antrag zur Beschlussfassung zu empfehlen (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landesrat wird beauftragt, an die Staatsregierung mit dem Verlangen heranzutreten, der in Rede stehenden Angelegenheit sofort auf den Grund

zu gehen und Verhältnisse zu schaffen, die eine weitere Beunruhigung der Bevölkerung auf diesem Gebiete völlig ausschließen.“

(Der Antrag des Landeskulturausschusses wird angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abg. Gaf, Krenn, Riegler und Genossen, Beilage Nr. 181, betreffend die Verheerungen in den steirischen Landesforsten im Bezirke St. Gallen.

Berichterstatter ist Herr Abg. Riegler.

Berichterstatter des Landeskulturausschusses Riegler (von der Rednerbühne): In der Beilage Nr. 181, Antrag der Abg. Gaf, Krenn, Riegler und Genossen, betreffend die Verheerungen in den steirischen Landesforsten in St. Gallen, sind die Mißstände, die dort vorhanden sind, ausführlich dargestellt. Wegen der vorgeschrittenen Zeit werde ich mich nicht weiter mit der Sache befassen, sondern dem Landtage empfehlen, dem Antrage des Landeskulturausschusses seine Zustimmung erteilen zu wollen (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Herr Landeshauptmann und Herr Forstreferent des Landesrates werden ersucht, im Beisein des Obmannes und Schriftführers des Landeskulturausschusses sowie von weiteren Abgeordneten und von Sachverständigen ehestens eine Begehung des steiermärkischen Landesforstes durchzuführen und über die gemachten Wahrnehmungen und allfällig getroffenen Verfügungen dem Landtage zu berichten.

2. Der Landesrat wird beauftragt, zu veranlassen, daß die verantwortlichen Landesbeamten, auch wenn sie sich nur gewisser Unterlassungen oder Duldungen, Vertuschungen oder Beschönigungen schuldig gemacht haben, strenge zur Verantwortung gezogen werden. Über das Ergebnis ist dem Landtage zu berichten.

3. Der Landesrat wird beauftragt, zu veranlassen, daß die geschälten Waldflächen bestmöglich verwendet werden und daß im Anschlusse daran das wirtschaftlich Vorteilhafte unternommen werde.

4. Der Landesrat wird beauftragt, ehestens zu prüfen, wie der Holzverkauf aus den Landesforsten vor sich geht und zu veranlassen, daß auch die kleineren Holzhändler wie früher wieder zum Holzkaufe zugelassen werden.

5. Der Landesrat wird beauftragt, zum Schutze der Waldbestände strengstens zu verbieten, daß in Zukunft eine Wildfütterung stattfindet und hat zu veranlassen, daß der Hochwildabschuß bis zu einer er-

träglichen Höhe endlich durchgeführt werde. Darauf ist besonders mit Rücksicht auf die Erneuerung der Jagdpachtverträge Bedacht zu nehmen.

6. Der Landesrat hat strenge darauf zu sehen, daß alle Forstangestellten des Landes ihrem Dienste genau obliegen und nicht etwa dem oder jenem anderen Erwerbszweige nebenbei mehr nachgehen.

7. Der Landesrat wird beauftragt, bei allfälliger Abföckung und bei zu feurer Neuaufforstung einzelner Waldflächen des betroffenen Schälgebietes allenfalls eine Genossenschaftsweide anzulegen, bei gleichzeitiger Regelung oder Zusammenlegung der bestehenden Weidevorbehalte im Landschaftsgebiete.

8. Der Landesrat wird beauftragt, wegen der Vorkenkäfergefahr in den nahgelegenen Waldungen Oberösterreichs mit dem Staatsamte für Land- und Forstwirtschaft das Einvernehmen zu pflegen."

Landesrat Refel: Um die Verhandlungen über den Voranschlag nicht zu verzögern, habe ich bei der Besprechung des Kapitels „Landesforste" in der Debatte über den Voranschlag das Wort nicht ergriffen, aber ich gestatte mir nun bei diesem Antrage, der ursprünglich nur den Zweck hatte, Erhebungen bezüglich der schweren Schäl Schäden der Landesforste zu pflegen, nun aber weiter ausgedehnt wurde, das Wort zu ergreifen, um einige Bemerkungen bezüglich der Vergabung eines Teiles des Holzes aus den Landesforsten zu machen und einige Aufklärung zu geben. Ich habe schon, und zwar vor einigen Monaten im Landesrate, darüber Bericht erstattet, daß von dem jährlich zu schlägernden, ungefähr 25.000 Festmetern Holz 8000 Festmeter, und zwar zu 40 K für den Festmeter, an eine Holzindustrie, an die Filiale der Holzindustrie-Aktiengesellschaft, also zu Preisen vergeben wurden, die mit den heutigen Holzpreisen in keinem Einklange stehen. Es wurden damals über Beschluß des Landesrates Erhebungen eingeleitet, wie der Abschluß seinerzeit zustande gekommen ist und ob es nicht möglich wäre, aus diesem für das Land höchst ungünstigen Vertragsabschlusse herauszukommen. Die Erhebungen, die gepflogen wurden, haben ergeben, daß damals in der Sitzung des ehemaligen Landesauschusses der damalige Landesauschußbeisitzer Feyrer Referent über den Vertrag war. Referent über das Kapitel „Landesforste" wäre der Herr Landesauschuß Aktiens gewesen. Der war aber erkrankt und an seiner Stelle hat Herr Landesauschuß Feyrer referiert. Der Vertrag wurde dem damaligen Finanzreferenten Dr. K a a n zur Begutachtung überwiesen und von demselben gutgeheißen. In dem Berichte der Forstverwaltung bezüglich des Vertragsabschlusses

wegen Vergabung der Schlägerung des Holzes und wegen des Holzverkaufes heißt es, daß eine größere Quantität seitens der Gesellschaft zu kaufen beabsichtigt war, daß man sich aber dahin geeinigt hat, ihr nicht das ganze angeforderte Holz zu verkaufen, weil es nicht unwahrscheinlich sei, daß der Holzpreis im Lande steigen werde und man daraus bei einem weiteren Abschlusse einen größeren Nutzen ziehen könnte. In dem Berichte der Forstverwaltung heißt es auch, daß der Holzverkauf kein ungünstiger sei, die erzielten Preise seien als angemessener Durchschnitt zu bezeichnen. Nun, meine Herren, ich will mir ein Urteil über die Günstigkeit oder Ungünstigkeit des Verkaufes ersparen, weil die Herren sich bereits selbst ein solches gebildet haben. Ich will nur mitteilen, daß seither weitere Erhebungen gepflogen wurden und daß sich herausgestellt hat, daß ein Mitglied des damaligen Landesauschusses dormalen Mitglied dieser Holzindustrie-Aktiengesellschaft ist. Es werden noch weitere Erhebungen gepflogen werden, ob das betreffende Landesauschußmitglied schon damals bei Vertragsabschluß Mitglied dieser Aktiengesellschaft war, welche in Steiermark nur eine Filiale hatte, die sich aber jetzt selbständig gemacht hat, ob dieses Landesauschußmitglied schon damals auch Mitglied dieser Gesellschaft war. Der Landesrat hat nichts unterlassen, was dazu führen könnte, das Land vor weiteren Schädigungen, die dieser Holzverkauf zweifellos bedeutet, in künftiger Zeit zu bewahren. Ich muß aufrichtig feststellen, daß, bevor noch von irgend einer Seite der Landtagsmitglieder in der Sache etwas unternommen wurde, bereits der Landesrat die nötigen Schritte eingeleitet hat. Nun ist beantragt worden, eine Untersuchungskommission hinsichtlich der finanziellen Gebarung der Landesforste überhaupt einzusetzen, die auch über die besonderen Wege dieses Holzverkaufes die Untersuchung zu pflegen haben wird. Ich als Referent über dieses Kapitel kann erklären, daß ich gegen die Einsetzung einer solchen Untersuchungskommission nichts einzuwenden habe, weil den jetzigen Landesrat nicht der geringste Vorwurf zu treffen vermag, da der jetzige Landesrat bereits die nötigen Schritte zur Wahrung der Interessen des Landes getan hat.

Nun wird beantragt, daß außerdem noch der landesrätliche Referent, der Landeshauptmann, der Obmann des Landeskulturausschusses und der Schriftführer des Landeskulturausschusses die Untersuchung zu pflegen hätten. Nun, glaube ich, wird es notwendig sein, daß, wenn dieser Antrag zum Beschlusse erhoben wird, eine Einigung zustande kommt, damit nicht zwei Landesfaktoren nach verschiedenen Richtungen untersuchen,

sondern damit die Sache nach einer Richtung gemacht wird. Ob es notwendig ist, einen Augenschein an Ort und Stelle vorzunehmen, das könnte ich in der Schnelligkeit weder bejahen, noch verneinen. Aber wenn ja, dann glaube ich, daß es zweckdienlich sei, daß diese Untersuchungskommission so rasch als möglich arbeitet und die Sache in Angriff genommen wird, damit möglichst bald Klarheit in der Sache geschaffen werde. Es liegt im Interesse des Landes und jener, die bei diesem Holzgeschäfte in Betracht kommen.

Abg. Schreckenthal: Ich möchte nur aus dem Grunde zur Sache sprechen, weil Herr Landesrat **R e s e l** ausgeführt hat, daß wir zwei Kommissionen bekommen, eine aus dem Antrage des Finanzausschusses und eine aus dem Antrage der Abg. **S a ß** und Genossen. Es wäre gewiß nicht zweckdienlich, wenn diese beiden Kommissionen getrennt arbeiten und wenn dieses fünfgliedrige, vom Hause zu bestellende Komitee für sich arbeiten würde. Es würde ganz gut gehen und es wäre gewiß von Vorteil, wenn es bestimmte Marschrichtungen gäbe, damit man weiß, nach welcher Richtung vorzugehen sei, und worin alles enthalten sein müßte, was zu befolgen ist. Ich möchte bitten, daß eine dieser Kommissionen genügt und daß nicht nach dem vorstehenden Antrage zwei verschiedene Kommissionen gewählt werden.

Abg. Saß: Hoher Landtag! Mit den Ausführungen des Herrn Landesrates **R e s e l** und des Herrn Kollegen **S c h r e c k e n t h a l** können wir uns grundsätzlich einverstanden erklären. Es war bei Stellung des Antrages nicht vorauszusetzen, daß gleichzeitig schon von anderer Seite so ein Plan vorliegt. Es läßt sich leicht eine Vereinbarung treffen, daß wir diesen Plan fallen lassen könnten. Es ist die Zeit schon zu weit vorgeschritten, um dieses Forstselend entsprechend zu beleuchten. Ich kann mir aber nicht versagen, doch darauf hinzuweisen; es sind die Schäden so außerordentlich große, daß man sie kaum übertreiben kann. Es ist nicht bald wo ein traurigeres Bild zu sehen, als diese verheerten und verfallenen Wälder, es sind die jungen und alten Bäume so verwüftet und verschält, daß man glauben könnte, es wäre jemand herumgegangen mit einer Kanne und hätte alle Bäume mit Teer angestrichen. Es sind Stellen, die Harz ausscheiden und schwarz werden. Der Baum wächst ganz gut weiter, es sind Gipfeltriebe vorhanden und man hat von weitem den Eindruck, als ob es ein gesunder Wald wäre. Wenn man jedoch weiter vordringt, so sieht man die Verheerung. Die Bäume, die 40 Jahre alt sind, sind innerlich so vermorscht, daß ein starker Windstoß genügt, um den ganzen Wald zu vernichten

und ein Zusammenbruch unvermeidlich wird. Ich bin stunden- und stundenlang, rechts- und linksrum, bergauf und bergab herumgewandert und muß sagen, ich habe ein ganz jämmerliches Bild gewonnen. Es sind tausende und abertausende von Baumstämmen in Manneshöhe geknickt. Weiter ist zu berücksichtigen, daß die Bäume nicht verwertbar sind, sie eignen sich kaum mehr zum Verkohlen und sind auch zum Verheizen zu schlecht. Und zwar hauptsächlich Fichten, Eichen weniger. Es sind hauptsächlich die Waldungen in der Laussa so schrecklich verheert, in der Oberlaussa ist der Zustand wesentlich besser, denn die Lärche wird nicht geschält. Das ist ein Zustand, der dringend der Abhilfe bedarf, es muß etwas geschehen, schon wegen der drohenden Borkenkäfergefahr. Wir wissen, daß die frei herumliegenden Bäume abgeräumt werden müssen, weil sie Fangbäume sind. Nun ist heute die Lage außerordentlich schwierig. Man kann diese Bäume schwer herausbringen; aber es müssen Mittel hiezu gefunden werden. Es ist mir von Holzhändlern gesagt worden, daß in den Staatsforsten in Oberösterreich die Verhältnisse die ganz gleichen sind wie in Steiermark, beispielsweise in Holzgraben und anderen Gemeinden, die hunderttausende von unaufgearbeiteten Bäumen und damit die größte Borkenkäfergefahr in sich bergen. Es ist mir von Forstleuten gesagt worden, daß es auch in privaten und anderen Forsten ähnlich sei. Wir werfen nun die Frage auf, wie sind diese Schältschäden entstanden? Es ist bemerkenswert, daß die Bäume, die über 80 Jahre alt sind, nicht von Schältschäden getroffen worden sind, wohl aber die vierzigjährigen. Die alten haben bereits eine trockene Rinde gehabt und sind daher aus der Gefahr herausgewachsen und von den Hirschen nicht mehr geschält worden. Die Hirsche schälen nur jüngere Bestände. Die alten Bäume sind großartig entwickelt und liefern ein prachtvolles Holz, alles aber was jünger ist, ist verheert. Wenn man nun diese Altersgrenze betrachtet, so findet man, daß es damals noch keine Hirschfütterung gegeben hat. Vor vierzig Jahren ist die Jagdleidenschaft in die Halme geschossen, so daß ein Mann seinen ganzen Stolz dareingesetzt hat, seine Jagdlust nicht mehr in der Weise zu befriedigen, daß er alle seine Sinnes- und Körperkräfte darauf verwendete, um eines Bockes oder Hirsches habhaft zu werden, sondern daß ein Massenmorden einsetzte; das ist damals Weidmannsheil geworden. Nicht so wie in früherer Zeit, wo man mit Einsetzung der ganzen Lebens- und Sinnesfähigkeit dem Wilde nachspürte. Nun, diese Herren haben es geliebt, sich in einen Futterstadel hineinzustellen und in einen Rudel von Wild hineinzuknallen. Es ist

zu verwundern, daß sie nicht mit Maschinengewehren hineingeschossen haben. Diese Art von Jagd bezeichnet ein ordentlicher Jäger als Maszjägeri. Dieser Ausdruck ist nicht zu scharf. Die Tiere sind nicht tödlich getroffen und sie müssen als weidwunde Tiere verenden.

Man kann diese Gattung Jäger auch als Losdruckschützen bezeichnen. Sie haben nichts weiter zu tun, als daß sie ein Jäger an eine Stelle hingetan hat, wo sie zu einer bestimmten Stunde in einer bestimmten Richtung haben losdrücken müssen. Die Herren hätten besser getan, das auf der Scheibe zu üben. Dann wäre eine solche maßlose Überhegung nicht notwendig gewesen. Diese Hirsche hat man mit Kastanien und verschiedenen anderen Futtermitteln gefüttert, die nicht natürlich waren für das Wild, denn das Wild soll über den Winter mit Anstrengung aller Sinne die Gräser abzupfen. Freilich geht das mindere Wild ein, aber was bleibt, ist der stark entwickelte Hirsch gewesen, dessen Geweihe wir in alten Bauernstuben bewundern. Solche Hirsche gibt es gar nicht mehr, denn die jehigen sind verweichlicht, die Hirsche sind vor den Heustadeln gestanden und haben sich gelangweilt, weil sie nicht mehr bestimmungsgemäß gelebt haben, haben sich gelangweilt und sind dick und fett geworden, so wie der Börstaner vor der Börse, sie haben Verdauungsbeschwerden gehabt, gerade so wie einer, der zu einer großen Hochzeit eingeladen worden ist. Aber diese Hirsche haben weder Schnaps noch Wacholder gehabt, wie unsereiner bei Verdauungsbeschwerden, und so haben sie die Bitterstoffe aus der Rinde herausgenommen. Aber die Jäger haben gesagt, das haben nicht die Hirsche gemacht, sondern die Rinder. Und so, wie sie uns die Schafzucht vereckelt haben, haben sie uns auch die Rinderzucht vereckelt. Eine solche unsinnige Leidenschaft hat solche Verheerungen im Volksvermögen angerichtet. Wir Christlichsozialen sind nicht etwa ausgesprochene Feinde des Weidwerkes, sondern eine Reihe von Mitgliedern unseres Klubs sind leidenschaftliche Jäger. Das Weidwerk ist ein edler und gesunder Sport, der viele Leute davon abhält, in Kaffeehäusern herumzuknosen. Außerdem lebt vom Weidwerk eine große Gruppe von Menschen, Treiber und Jäger, auch Büchsenmacher, Patronenmacher usw. Wir wollen uns nicht als Feinde der Jagd hinstellen, wir wollen auch den Hirsch, das Reh, die Gemse nicht aus unserer Natur vertreiben, sie sind von Gott geschaffen worden, und der Mensch hat nicht das Recht, ein solches Geschöpf auszurotten. Aber gegen eines müssen wir uns stellen, gegen die Auswüchse der Jagd, die Jagdleidenschaft, die volkswirtschaftlich verheerend wirkt. Wir haben in Steiermark Zeiten gehabt, rühm-

reiche Zeiten, wo wir die schönsten Forste gehabt haben, prachsvolle Landwirtschaft, ebensoviele Jagd, Schafzucht, und alles war in Ordnung. Heute haben wir keinen Wald, in vielen dieser Gebiete ist die Landwirtschaft und Viehwirtschaft wenigstens gehindert und nichts mehr übrig als die edle Maszjägeri. Dagegen kann natürlich nicht genug Stellung genommen werden. Dann muß auch dagegen Stellung genommen werden, daß die Angestellten in den Forsten, die eigentlichen Waldleute, sich zu Dienern der Jagd hergegeben haben. Von sicherer Seite wurde mir mitgeteilt, daß staatliche Förster von den Jagdpächtern Monatsgehälter bezogen haben. Dieses sei unvereinbar, ist gesagt worden, daß die angestellten Förster, die untergeordneten Organe, fast ausnahmslos sich mit Nebenbeschäftigungen befassen, den Holzhandel mit der Jagd in Verbindung bringen und so die Beaufsichtigung der Forste vernachlässigen. Die heutige Holzverwaltung, die wir oft besprochen haben, hat zu außerordentlichen Nachteilen geführt, denn die Besitzer der kleineren Sägewerke hätten dem Lande bestimmt größere Beträge gezahlt als gewisse Firmen. Auch dagegen müssen wir Verwahrung einlegen, daß ein solcher Betrieb, der Millionen hätte abwerfen können, den Holzarbeitern Hungerlöhne gezahlt hat, zu einer Zeit, wo die Lebensmittel geradezu unerträglich teuer geworden sind. Auch dagegen müssen wir auftreten, daß dieser Forst mit so viel 100 ha nicht einmal so viel Bretter hat, um den Holzknechten ihre armseligen Hüften einzudecken. Dieser Riesensforstbetrieb hat eine Landwirtschaft, eine Säge, aber verpachtet, jetzt gibt es so und so viel Holzknechte, die irgendwo im Forste eine Behausung haben, wo sie 1 bis 3 Stückerl Vieh haben könnten, Milch erzeugen und Erdäpfel anbauen könnten. Jetzt regnet's Jahr um Jahr auf das Dach hinaus, so daß solche Wohnungen gänzlich unbrauchbar werden und der Mann aus der Hütte flüchten muß. Selbstverständlich mit dem Flüchten ist es aber noch nicht getan, man bringt die Leute nicht mehr unter; in den dortigen Gebäuden der Forstverwaltung gibt es ebenfalls wieder keine Bretter zum Dachdecken. Der Landesforstverwalter muß den Wald vor lauter Bäumen wirklich nicht gesehen haben. Diese Säge ist aber noch dazu verpachtet. Vielleicht wäre sonst der Abgang noch viel größer. Die Sache ist fast schon so, daß man sagen muß, um Gotteswillen, verkaufen wir oder verschenken wir die Landesforste demjenigen, der am wenigstens dafür verlangt! Denn geben kann uns niemand mehr etwas für so ein verlumpfes Zeug. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir eine genaue Untersuchung verlangen. Es ist mir bewusst, daß die staatliche Forstinspektion,

die davon schon vor 10 Jahren unterrichtet worden ist, wahrscheinlich auch nicht Wunder hätte wirken können unter dem alten System, das damals geherrscht hat, und das mit dem großen Wort „Verfälschung“ zusammengefaßt werden kann. Die Jagdleidenenschaft hat hohe und höchste Kreise erfaßt, und wer dagegen aufgetreten wäre, hätten nichts ausgerichtet. Aber das ist noch kein Grund, daß wir noch weiter verfälschen und solche Sachen nicht gründlich bereinigen sollten, die einer raschen Abhilfe bedürfen. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Da sich niemand mehr zum Worte meldet, erteile ich dem Berichterstatter das **Schlufwort**.

Berichterstatter Riegler: Zu den Ausführungen der Herren Abg. **Ressel** und **Schreckenthal** erlaube ich mir zu bemerken, daß die im Artikel 7 dem hohen Landtage empfohlene Beschlußfassung in erster Linie die Untersuchung, eventuell Stornierung des abgeschlossenen Holzverkaufsvertrages beinhaltet. Der erste Absatz dieses Antrages bezieht sich aber in erster Linie und einzig und allein auf die Untersuchung der Verhältnisse in den Landesforsten. Ich als Berichterstatter habe selbstverständlich nichts dagegen einzuwenden, wenn diese beiden Kommissionen kumuliert werden, und bin der Überzeugung, daß der Landesrat das Richtige treffen wird.

(Die Anträge des Landeskulturausschusses werden angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Punkt 15:

Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über das Gesetz (Vorlage der Staatsregierung), Beilage Nr. 69, betreffend die Ablösung, Neueregulierung und Sicherung der auf Grund des kaiserlichen Patentes vom 5. Juli 1853, R.-G.-Bl. Nr. 130, regulierten Holz-, Forstproduktenbezugs- und Weiderechte, und über das Gesetz (Vorlage der Staatsregierung), Beilage Nr. 141, wirksam für das Land Steiermark, betreffend die Zuständigkeit der Agrarbehörden zur Behandlung der nach dem kaiserlichen Patente vom 5. Juli 1853, R.-G.-Bl. Nr. 130, der Ablösung oder Regulierung unterliegenden Rechte.

Berichterstatter ist Herr Abg. **Riegler**.

Berichterstatter des Landeskulturausschusses **Riegler** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Es wird sich in diesem hohen Hause wohl niemand der Tatsache verschließen, daß die Regelung der noch vorhandenen Servitute nicht nur eine volkswirtschaftlich äußerst

wichtige, sondern auch dringende Angelegenheit ist. Der Landeskulturausschuß, dem die Regierungsvorlage zur Vorberatung überwiesen wurde, war und ist gewiß auch dieser Anschauung, und wenn derselbe Ihnen denn doch den Antrag auf vorläufige Zurückstellung unterbreitet, so geschieht dies unter voller Erwägung und unter Bedachtnahme auf die gegen eine überstürzte Schlußfassung vorgebrachten gewichtigen Bedenken. Der Landeskulturausschuß hat von der im § 21 der Geschäftsordnung vorgesehenen Befugnis Gebrauch gemacht und zu seinen Beratungen in der Servitutsangelegenheit Sachverständige beigezogen. Die abgegebenen Äußerungen der Vertreter der heimischen Landwirtschaftsgesellschaft, des Forstvereines, des Vereines steirischer Waldbesitzer, der Verpflichteten, der Berechtigten und des Vertreters der Landeskommision für agrarische Operationen haben nun den Ausschuß veranlaßt, folgenden Antrag zu unterbreiten (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Auf Beratung der Gesetzesvorlage, Beilage Nr. 69, wird mit Rücksicht auf die vorgebrachten schwerwiegenden Bedenken seitens der steiermärkischen Landwirtschaftsgesellschaft, des steiermärkischen Forstvereines, des Vereines steirischer Waldbesitzer, von Seite der Verpflichteten als auch der Berechtigten dormalen nicht eingegangen. Der Gesetzentwurf, Beilage Nr. 141, wird zurückgestellt.

2. Der Landesrat wird beauftragt, zwecks Erstellung einer geeigneten Gesetzesvorlage im Belange eine Kommission, bestehend aus:

zwei Mitgliedern des Landtages,

zwei Vertretern der steiermärkischen Landwirtschaftsgesellschaft,

zwei Vertretern aus dem Stande der Verpflichteten,

zwei Vertretern aus dem Stande der Berechtigten, einem Vertreter des steiermärkischen Forstvereines,

einem Vertreter des Vereines steirischer Waldbesitzer,

einem Vertreter der Landeskommision für agrarische Operationen und

dem Direktor der höheren Forstlehranstalt in Bruck a. d. N.

zu bilden, welche innerhalb drei Monaten Bericht zu erstatten hätten.“

Ich empfehle dem hohen Hause die Annahme dieser Anträge.

(Die Anträge des Landeskulturausschusses werden angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Punkt 16:

Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abg. Gutmann, Jaklitsch, Zsch und Genossen, Beilage Nr. 103, betreffend Tagesausweise der im Landesdienste stehenden landwirtschaftlichen Fachkräfte.

Berichterstatter ist Herr Abg. Riegler.

Berichterstatter des Landeskulturausschusses Riegler (von der Rednerbühne): Zu dem Antrage, Beilage Nr. 103, stellt der Landeskulturausschuß folgenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Über den Antrag der Abg. Gutmann, Jaklitsch, Zsch und Genossen, Beilage Nr. 103, betreffend die Tagebuchführung der im Landesdienste stehenden landwirtschaftlichen Fachkräfte ist mit Rücksicht darauf, daß von jedem Interessenten aus Jahresberichten die Tätigkeit der genannten Fachkräfte ersehen werden kann und ein Inspektionsdienst eingeführt ist, keine weitere Verfügung zu treffen.“

(Der Antrag des Landeskulturausschusses wird angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Punkt 17:

Mündlicher Bericht des Landeskulturausschusses über den Antrag der Abg. Gafz, Riegler, Paul und Genossen, Beilage Nr. 180, betreffend Ennsregulierung Gersdorf-Urlwehrdurchsich im politischen Bezirk Gröbming.

Berichterstatter ist Herr Abg. Riegler.

Berichterstatter des Landeskulturausschusses Riegler (von der Rednerbühne): Der Antrag der Abg. Gafz, Riegler, Paul und Genossen, Beilage Nr. 180, betreffend die Ennsregulierung Gersdorf-Urlwehrdurchsich im politischen Bezirk Gröbming lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landesrat wird beauftragt, die gedachten Ennsregulierungsarbeiten unverzüglich in Angriff nehmen zu lassen und hierauf im Voranschlag 1920 entsprechend Bedacht zu nehmen.“

(Der Antrag des Landeskulturausschusses wird angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Unterrichtsausschusses, über den Bericht des steiermärkischen Landesrates, Beilage

Nr. 148, betreffend die Behandlung der deutschen aktiven Lehrerschaft der Stadt Marburg a. d. Drau

Berichterstatter ist Herr Abg. Kölbl.

Berichterstatter des Unterrichtsausschusses Kölbl (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Der Antrag des Landesrates, betreffend die Behandlung der deutschen aktiven Lehrerschaft der Stadt Marburg a. d. Drau geht dahin (liest):

„Der Landtag wolle beschließen:

Die von der provisorischen Landesversammlung in der Sitzung vom 30. Jänner 1919 für die Behandlung der aktiven Lehrerschaft deutscher Nationalität in dem bereits damals unbestritten südslawischen Gebiete aufgestellten Grundsätze werden analog auch auf die deutschen Lehrkräfte der zufolge des Friedensvertrages von Deutschösterreich abgetrennten Stadt Marburg a. d. Drau ausgedehnt und wird der Landesrat beauftragt, die weiteren erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Die Gültigkeitsdauer dieses Beschlusses erstreckt sich auf ein Jahr nach Fassung desselben.“

Der Unterrichtsausschuß hat sich mit diesem Berichte befaßt und stellt den gleichlautenden Antrag. Ich empfehle die Annahme desselben.

(Der Antrag des Unterrichtsausschusses wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Wir gelangen nunmehr zu Punkt 19 der Tagesordnung, das ist der

mündliche Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abg. Huber, Weingärtner, Peinfinger und Genossen, Beilage Nr. 166, wegen Errichtung einer Mädchenbürgerschule in der Stadt Hartberg.

Berichterstatter ist Herr Abg. Kölbl.

Berichterstatter des Unterrichtsausschusses Kölbl (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Die Beilage Nr. 166 befaßt sich mit dem Antrage der Abg. Huber, Weingärtner, Peinfinger und Genossen wegen Errichtung einer Mädchenbürgerschule in der Stadt Hartberg. Es besteht dort bereits seit einigen Jahren eine Privat-Mädchenbürgerschule mit drei Klassen. Die Stadt Hartberg ersucht nunmehr, diese Privat-Mädchenschule in die Landesverwaltung zu übernehmen. Deshalb haben die Antragsteller den Antrag gestellt (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landesrat wird beauftragt, wegen Errichtung einer Mädchenbürgerschule in Hartberg das sofortige Einvernehmen mit dem Landeslehrerträte zu pflegen.“

Dieser Antrag wurde vom Unterrichtsausschusse in Verhandlung gezogen und stellt derselbe nunmehr nachstehenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Antrag der Abg. Karl Huber, Weingärtner, Peintinger und Genossen, wegen Errichtung einer Mädchenbürgerschule in der Stadt Hartberg wird dem Landesrate zwecks Einvernehmen mit dem Landesschulrate befürwortend zugewiesen. (Der Antrag des Unterrichtsausschusses wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraz**: Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abg. Ruschak, Nemec, Primus und Genossen, Beilage Nr. 168, betreffend die Errichtung einer Bürgerschule in der Marktgemeinde Kindberg.

Berichterstatter ist Herr Abg. Saringer.

Berichterstatter des Unterrichtsausschusses **Saringer** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Die Abg. Ruschak, Nemec, Primus und Genossen haben den Antrag gestellt (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landesrat wird beauftragt, an die in Kindberg bestehende Volksschule eine dreiklassige Bürgerschule anzugliedern.“

Der Unterrichtsausschuß hat sich mit dem Antrage befaßt und stellt folgenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landesrat wird beauftragt, wegen Errichtung einer Bürgerschule in Kindberg das sofortige Einvernehmen mit dem Landesschulrate zu pflegen.“ Ich empfehle diesen Antrag zur Annahme.

(Der Antrag des Unterrichtsausschusses wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraz**: Wir gelangen nunmehr zum mündlichen Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abg. Tausk, Leichin, Neufuß und Genossen, Beilage Nr. 176, betreffend die Errichtung von Parallelklassen an der Volksschule in Leibnitz.

Berichterstatter ist Herr Abg. Saringer.

Berichterstatter des Unterrichtsausschusses **Saringer** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Die Abgeordneten Tausk, Leichin, Neufuß und Genossen haben betreffs der Errichtung von Parallelklassen an der Volksschule in Leibnitz folgenden Antrag gestellt (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen, daß an der Volksschule in Leibnitz Parallelklassen der unteren

Klassen errichtet werden, die nicht durch die Errichtung der Bürgerschule zu einer geringeren Schülerzahl kommen.“

Es wurde dieser Antrag damit begründet, daß in verschiedenen Klassen 84 bis 95 Schüler sind, und daß dieser Umstand die Unmöglichkeit herbeiführt, den Unterricht so zu pflegen, wie er im Interesse der Volksbildung notwendig ist. Ich empfehle diesen Antrag zur Annahme, nachdem der Unterrichtsausschuß sich damit befaßt hat und denselben in der Fassung der Antragsteller angenommen hat.

Abg. **Kaufmann**: Hohes Haus! Ich möchte zu dem Antrage bemerken, daß die Teilung der überfüllten Klassen auf meine Anregung hin im Lande schon durchgeführt wird, und daß demzufolge schon sehr viele Parallelen geschaffen wurden. Man ging bei Bewilligung der Parallelen bisher von dem Grundsatz aus, daß der Durchschnitt der Schülerzahl in den drei letzten abgelaufenen Schuljahren für Errichtung der Parallelen maßgebend sei. Bei der Behandlung des Antrages der Abg. Tausk und Genossen wegen Errichtung von Parallelklassen an der Volksschule in Leibnitz ist der Unterrichtsausschuß von dieser gesetzlichen Bestimmung abgegangen, und zwar mit Rücksicht darauf, daß in diesem Jahr die Klassen schon sehr überfüllt sind. Ich bitte nun das hohe Haus, diese Bestimmung auch für alle übrigen Parallelklassen gelten zu lassen und zu bestimmen, daß die Teilung der Klassen schon dann durchzuführen ist, wenn diese in dem abgelaufenen Schuljahre eine Schülerzahl von 80 und mehr Kindern aufweisen, und daß man verzichtet, den Durchschnitt der Schülerzahl in den drei letzten Schuljahren dabei in Betracht zu ziehen. Ich bitte, diesen Zusatzantrag anzunehmen.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraz**: Ich ersuche jene Mitglieder des Hauses, die den Antrag, wie sie ihn eben gehört haben, unterstützen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich bitte, den Antrag mir schriftlich zu übergeben. Wünscht noch jemand das Wort? (Nach einer Pause.) Es ist das nicht der Fall. Ich erteile daher dem Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatter **Saringer**: Ich empfehle beide Anträge zur Annahme.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraz**: Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung, und zwar zunächst über den Antrag des Berichterstatters, welcher gleichlaufend ist mit dem Antrage, wie er in der Beilage Nr. 176 enthalten ist. Diejenigen, welche diesen Antrag annehmen wollen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

— Nunmehr gelangt der Antrag der Abg. Kaufmann zur Abstimmung. Ich bitte, denselben nochmals zu verlesen.

Abg. Kaufmann: Es wird der Antrag gestellt:

„Bei Teilung der Klassen in Parallelklassen soll von nun an nicht mehr der dreijährige Durchschnitt, sondern die letzte Schülerzahl maßgebend sein.“

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraz: Ich ersuche diejenigen Mitglieder, die diesen Zusatzantrag annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Auch dieser Zusatzantrag ist angenommen.

Wir gelangen nunmehr zu dem mündlichen Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abg. Gföller und Genossen, Beilage Nr. 205, betreffend Errichtung einer provisorischen Bürgerschule in Schladming.

Berichterstatter ist Herr Abg. Saringer.

Berichterstatter des Unterrichtsausschusses Saringer (von der Rednerbühne): Die Abg. Gföller und Genossen haben einen Antrag eingebracht, betreffend die Errichtung einer provisorischen Bürgerschule in Schladming. Seit der Zeit, seit der dieser Antrag in Behandlung steht, ist in dieser Frage bereits eine Regelung eingetreten und wir stellen deshalb den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Antrag der Abg. Gföller und Genossen, betreffend die Errichtung einer provisorischen Bürgerschule in Schladming, erledigt sich durch den vom Landtage in der 12. Sitzung über den Antrag der Abg. Thoma, Dr. Danzine und Genossen gefassten Beschluß, mit dem dieser Antrag dem Landesrate zur Erledigung im Einvernehmen mit dem Landeslehrer-Rat beschieden wurde.“

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

(Der Antrag des Unterrichtsausschusses wird ohne Wechselrede angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraz: Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abg. Rudel-Zeynek, Kaufmann, Rieger und Genossen, Beilage Nr. 191, betreffend die Ausgestaltung der Frauengewerbe- und Haushaltungsschule am Entenplatz in Graz.

Berichterstatterin ist Frau Abg. Kaufmann.

Berichterstatterin des Unterrichtsausschusses Kaufmann (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Ich soll Bericht erstatten über den Antrag zu Beilage Nr. 191. In demselben hat sich ein Formfehler eingeschlichen. Es heißt: der Antrag der Abg. Rudel-Zeynek, Kaufmann, Rieger und Genossen. Es sollte

aber heißen: der Abg. Rudel-Zeynek, Kaufmann, Rieger, Tausk, Nemeč und Genossen. Es ist ein Antrag, den alle Frauen des Landtages stellen. Es handelt sich um die Ausgestaltung und Unterbringung der Frauengewerbe- und Haushaltungsschule am Entenplatz in Graz. Die Frauengewerbe- und Haushaltungsschule befindet sich in einem Gebäude, das für den Betrieb der Schule ganz unzumutbar ist, das nicht einmal sanitär einwandfrei ist, so daß die Ausgestaltung der Schule, wie sie für eine so wichtige Schule notwendig ist, gänzlich unmöglich gemacht ist. Wenn diese Schule bis zum nächsten Schuljahre nicht in einem anderen, entsprechenden Gebäude untergebracht wird, so muß die Schule geschlossen werden. Das wäre zu bedauern, denn wir haben in Steiermark, nachdem die Hausfrauenschulen in Pettau und Marburg verloren sind, nicht eine einzige Schule, in der Mädchen zu tüchtigen Hausfrauen, zu wirtschaftlichen Frauenberufen oder gutgeschulften gewerblichen Gehilfinnen und Meisterinnen herangebildet werden können. Wir brauchen in der nächsten Zukunft nicht nur arbeitsfähige Männer, sondern auch sparsame, in allen häuslichen Arbeiten ausgebildete Frauen, wirklich tüchtige, gutgeschulte Gehilfinnen und Meisterinnen. Gerade in unserer Zeit, wo immer mehr der Ruf erschallt, die Frau soll zurückgedrängt werden, wo es heißt, weg mit den Frauen aus den Kanzleien, es müssen vor allem die Männer versorgt werden, da wäre es sicher notwendig, daß man Berufe für die Frauen schafft, in denen sie ihr Brot verdienen können, ohne ständig im Konkurrenzkampf mit den Männern zu sein. In der Frauengewerbe- und Haushaltungsschule ist ein Weg dazu gefunden. In dieser Schule werden die Mädchen zu gewerblichen Gehilfinnen und Meisterinnen, zu Wirtschaftsleiterinnen in Hotels und Sanatorien und dergleichen, zu Kochschullehrerinnen herangebildet. Außerdem erfreut sich die Frauengewerbeschule auf dem Entenplatz eines ausgezeichneten Rufes. Es sind 112 Mädchen untergebracht. Es haben aber viel mehr Mädchen um die Unterbringung angefragt. Es mußten über 100 zurückgewiesen werden. Es ist nicht die Zeit, über die Wichtigkeit dieser Schule zu sprechen. Die Notwendigkeit ist klar, es ist notwendig, diese Schule vor der Sperrung zu bewahren und sie möglichst auszugestalten. Die Frauen haben den Antrag gestellt (liest):

„Der hohe Landtag wolle die Landesregierung beauftragen, vor Beginn des nächsten Schuljahres für eine entsprechende Unterbringung der Frauengewerbe- und Haushaltungsschule von Graz Sorge zu tragen.“

Der Unterrichtsausschuß hat sich mit diesem Antrage beschäftigt. Ich bitte das hohe Haus, diesem Antrage beizustimmen.

Abg. Dr. Dantine: Die geehrten Antragstellerinnen sind mir mit ihrem Antrage zuvorgekommen. Ich bin gerade über Anregung einer Dame im Begriffe gewesen, einen ähnlichen Antrag zu stellen und freue mich, daß er nun bearbeitet vom Unterrichtsausschuß vor das hohe Haus gebracht wird. Ich möchte nur kurz einiges bemerken, und möchte, wie es die Frau Berichterstatterin getan hat, auf die außerordentliche Wichtigkeit sowohl der Frauengewerbeschule als auch der Haushaltungsschule als auch der mit dieser Schule zu verbindenden Gartenbauschule und Hauswirtschaftsschule hinweisen. Es ist richtig, was gesagt wurde, daß es unsere Absicht sein muß und daß die Notwendigkeit der Versorgung der männlichen Arbeitskräfte dafür spricht, die Frauen und Mädchen, die sich ihr Brot verdienen müssen, auf Berufe hinzulenken, wo sie ihr Brot verdienen können und wo sie am Platze sind. Es gibt zahlreiche Berufe, wo die Frauen berufen sind, ihre Tätigkeit auszuüben und wo sie überhaupt nicht zu ersetzen sind. Das betrifft außerordentlich die Frauengewerbeschule für Weißnähen und Schneiderei, es betrifft die Schulung für Wirtschaftsbeamtinnen und dergleichen. Es spielt auch die Haushaltungsschule eine große Rolle, deren Zweck darin gelegen ist, Mädchen aus dem Bürgerstande die führende Rolle im Haushalte sicherzustellen. Besonders möchte ich aufmerksam machen auf die im Antrag erwähnten Haushaltungsschulen, die wieder hauptsächlich für Arbeiterföchter gedacht sind, und die einerseits geeignet sind, diese Mädchen tauglich zu machen, als Köchinnen oder Stubenmädchen in den Dienst zu gehen, andererseits aber gründliche Ausbildung in jenem Haushalte, den sie einst selbst gründen werden, zu verschaffen, und auch das ist eine Sache von großer sozialer Bedeutung. Eine solche Haushaltungsschule für Arbeiterföchter ist schon seit Jahren mit Unterstützung des Staates tätig und insbesondere von Seite der Arbeiterschaft findet sie den größten Beifall, weil man sieht, daß ein Teil der Mädchen einem lohnenden Berufe zugeführt wird, die anderen aber, wenn sie heiraten, ganz andere Hausfrauen abgeben. Darum soll vor allem die Anstalt in Graz ausgebaut werden und besonders die Frauengewerbeschule, und in dieser Beziehung möchte ich wohl für die Schritte, die von der Landesregierung und dem Landesrate in dieser Hinsicht zu machen sein werden, anregen, ob es nicht möglich wäre, die ehemalige Kadettenschule in Liebenau hiefür dienstbar zu machen, die übrigens glänzend hiefür geeignet wäre

mit ihrer vollständigen Einrichtung und den Grundstücken. Wenn es nicht mehr möglich sein sollte, diese Anstalt für die Umgestaltung der in einem Antrag gemeinten Schule für die weibliche Jugend dienstbar zu machen, so höre ich, daß die pachtweise Erwerbung des Schlosses Eggenberg im Bereiche der Möglichkeit liegt und auch dieses Objekt mit verhältnismäßig geringen Kosten und nicht allzugroßen Umänderungen diesem Zwecke tauglich gemacht werden könnte. Dies sind nur Anregungen, auf die ich die Landesregierung aufmerksam machen möchte. Besonders möchte ich das Augenmerk des Landesrates und der Landesregierung darauf lenken, daß nicht nur in Graz solche Schulen notwendig sein werden, sondern eine solche Haushaltungsschule jedenfalls auch im Oberlande gegründet werden muß, etwa in Leoben, aber daß eine Haushaltungsschule in Eisenerz bereits vorbildlich wirkt und überall solche am Platze wären, wo eine größere Arbeiterbevölkerung besteht. Diese Schulen sind mit nicht allzuhohen Kosten verbunden und sind, wie gesagt, nach jeder Richtung von der denkbar größten Bedeutung. Ich unterlasse, weil der Antrag ohnedies nur eine Anweisung der Landesregierung wird beinhalten können, einen förmlichen Antrag zu stellen, und möchte nur das Haus bitten, den Antrag anzunehmen und das übrige der Landesregierung zu überlassen.

(Der Antrag des Unterrichtsausschusses wird angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraf:** Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Punkt 24:

Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Unterrichtsausschusses über den Antrag der Abg. Kaufmann, Tomaschitz, Kratochwill und Genossen, Beilage Nr. 64, betreffend die Erhöhung der Bezüge für die an Hilfsschulen wirkenden Kindergärtnerinnen.

Berichterstatterin ist Frä. **A u f m a n n.**

Berichterstatterin des Finanz- und Unterrichtsausschusses **Kaufmann** (von der Rednerbühne): Ich soll Bericht erstatten über die Beilage Nr. 64, Antrag der Abg. **K a u f m a n n, T o m a s c h i t z, K r a t o c h w i l l** und Genossen, betreffend die Erhöhung der Bezüge für die an Hilfsschulen wirkenden Kindergärtnerinnen.

Der kombinierte Finanz- und Unterrichtsausschuß hat sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt und auch den Zusatzantrag angenommen, welcher besagt, daß die jährliche Zulage von 400 auf 800 K zu erhöhen sei, und daß die Bezüge schon ab 1. Jänner 1919 gewährt werden. Der veränderte Antrag lautet nun (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Kindergärtnerinnen an Hilfsschulen werden in allen ihren Bezügen (Aktivitäts- und Pensionsbezügen) und Rechten den städtischen Kindergärtnerinnen gleichgestellt.

2. In Anbetracht ihrer höheren Prüfung und ihrer mühevolleren Tätigkeit wird ihnen eine Zulage von 800 K jährlich gewährt.

3. Die durch diesen Antrag beschlossenen Bezüge der Kindergärtnerinnen an Hilfsschulen werden rückwirkend ab 1. Jänner 1919 gewährt.“

Ich bitte den hohen Landtag, diesem Antrage zuzustimmen.

(Der Antrag des vereinigten Finanz- und Unterrichtsausschusses wird angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraf**: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Punkt 25:

Mündlicher Bericht des vereinigten Finanz- und Unterrichtsausschusses über die Petition Nr. 30 des Ortschaftsrates Göß, betreffend die Gleichstellung der Lehrer mit den Staatsbeamten.

Berichterstatter ist Herr Abg. **Gföllner**.

Berichterstatter des vereinigten Finanz- und Unterrichtsausschusses **Gföllner** (von der Rednerbühne): Meine Damen und Herren! In der Landtagsitzung vom 6. Oktober 1919 wurde dem kombinierten Finanz- und Unterrichtsausschusse die Petition Nr. 30 des Ortschaftsrates Göß überwiesen.

Der Finanzausschuß hat der Meinung Ausdruck gegeben, daß er auf den Inhalt dieser Petition nicht eingehen könne, weil die Regelung dieser Angelegenheit ohnedies im Zuge sei. Der Finanzausschuß stellt daher dem hohen Landtage den Antrag:

„Die Petition Nr. 30 des Ortschaftsrates Göß, um sofortige Durchführung der Gleichstellung der Volksschullehrer und der Bürgerschullehrer mit den Staatsbeamten wird dem Landesrate zur Berichterstattung zugewiesen.“

(Der Antrag des vereinigten Finanz- und Unterrichtsausschusses wird angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraf**: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Punkt 26:

Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über den Antrag der Abg. **Ruschak, Pigl und Genossen**, Beilage Nr. 194, betreffend eine Verwaltungsreform bei den steiermärkischen Landesbahnen.

Berichterstatter ist Herr Abg. **Fröhlich**.

Berichterstatter des Eisenbahnausschusses **Fröhlich** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Die Abg. **Ru-**

schak, Pigl und Genossen haben den Antrag eingebracht in der Beilage Nr. 194, betreffend eine Verwaltungsreform bei den steierischen Landesbahnen. Der Eisenbahnausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung einhalb Stunden hindurch mit diesem Antrage beschäftigt und ihn daher sehr eingehend beraten und stellt den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen, der Landesrat wird beauftragt, ehestens die nötigen Erhebungen zu pflegen und dem Landtage jene Vorschläge zu machen, die geeignet sind, eine Vereinfachung der Verwaltung bei den steiermärkischen Landesbahnen herbeizuführen.“

Ich bitte das hohe Haus, diesen Antrag anzunehmen. (Der Antrag des Eisenbahnausschusses wird angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraf**: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Punkt 27:

Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über den Antrag der Abg. **Friperfinger, Saringer und Genossen**, Beilage Nr. 195, betreffend die Erbauung einer Verbindungslinie der Aspangbahn über die Köflacher Bahn mit der projektierten Kärntner Ostbahn.

Berichterstatter ist Herr Abg. **Fröhlich**.

Berichterstatter des Eisenbahnausschusses **Fröhlich** (von der Rednerbühne): Beilage Nr. 195 behandelt den Antrag der Abg. **Friperfinger, Saringer und Genossen**, betreffend die Erbauung einer Verbindungslinie der Aspangbahn über die Köflacher Bahn mit der projektierten Kärntner Ostbahn. Der Eisenbahnausschuß hat sich in derselben Sitzung ebenfalls mit dem Antrage beschäftigt und ist zu dem Entschlusse gekommen, den Antrag in der vorliegenden Form zur Annahme zu empfehlen. Der Antrag lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landesrat wird beauftragt, im Einvernehmen mit der Staatsregierung die noch notwendigen Erhebungen bezüglich des Ausbaues der Verbindungslinie der Aspangbahn über die Köflacher Bahn mit der projektierten Kärntner Ostbahn, vorzunehmen und alle Vorkehrungen zu treffen, um den Ausbau dieser Bahnlinie ehestens zur Durchführung zu verhelfen.“

Ich bitte um Annahme des Antrages.

(Der Antrag des Eisenbahnausschusses wird angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraf**: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Punkt 28:

Mündlicher Bericht des Eisenbahnausschusses über den Antrag der Abg. Fasching, Wastian, Rainer und Genossen, Beilage Nr. 14, betreffend die Ausgestaltung des Bahnnetzes in der Oststeiermark durch die ehefte Inangriffnahme des Ausbaues der bereits projektierten und teilweise im Unterbau fertiggestellten Bahnlinie Felzbach—Gleichenberg—Purkla, sowie die Bahnlinie Birksfeld—Kettenegg, ferner die Bahnlinien Studenzen—Kirchbach—Wolfsberg—Leibnitz, Gleisdorf—Hartberg und die Bahnlinie Pöllau—Kaindorf.

Berichterstatter ist Herr Abg. Fasching:

Berichterstatter des Eisenbahnausschusses Fasching (von der Rednerbühne): Hoher Landtag! Ich habe zu berichten über den Antrag der Abg. Fasching, Wastian, Rainer und Genossen, Beilage Nr. 14, betreffend die Ausgestaltung des Bahnnetzes in der Oststeiermark durch die ehefte Inangriffnahme des Ausbaues der bereits projektierten und teilweise im Unterbau fertiggestellten Bahnlinie Felzbach—Gleichenberg—Purkla sowie die Bahnlinie Birksfeld—Kettenegg ferner die Bahnlinien Studenzen—Kirchbach—Wolfsberg—Leibnitz, Gleisdorf—Hartberg und die Bahnlinie Pöllau—Kaindorf. Zur Begründung möchte ich kurz bemerken, daß der Bau sämtlicher Eisenbahnen von größter Notwendigkeit und Wichtigkeit ist, daß dieselben schon längst projektiert sind und auch schon Vorarbeiten durchgeführt wurden und alles darangesetzt wurde, dieselben baureif zu machen.

Der Antrag lautet (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung ist aufzufordern, die zur Vollendung des Ausbaues bereits reifen Bahnlinien Felzbach—Gleichenberg—Radkersburg und Birksfeld—Kettenegg ehest fertigzustellen und den Landesrat zu beauftragen, im Einvernehmen mit der Staatsregierung die noch notwendigen Erhebungen bezüglich der Linien Studenzen—Kirchbach—Leibnitz, Gleisdorf—Hartberg und Pöllau—Kaindorf zu beginnen beziehungsweise zu vollenden und auch diese Linien in das zu erstellende Eisenbahnbauprogramm aufzunehmen.“

Ich empfehle diesen Antrag dem hohen Hause zur Annahme.

(Der Antrag des Eisenbahnausschusses wird angenommen.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Über Antrag des Budgetausschusses hat der hohe Landtag heute den Beschluß gefaßt, eine Untersuchungskommission einzusetzen über die ganze Gebarung der Forstverwaltung, welche dieselbe zu überprüfen und alle Holzabschlüsse auf die Möglichkeit der Stornierung zu untersuchen hätte. Wenn von keiner Seite ein Widerspruch erhoben wird, werde ich diesen Antrag sofort auf die Tagesordnung stellen. (Nach einer Pause.) Es erhebt sich von keiner Seite ein Widerspruch, ich betrachte den Vorschlag als angenommen.

Es folgt demnach die Wahl von fünf Mitgliedern in die zur Untersuchung der Gebarung der Forstverwaltung bestellte Kommission.

Ich teile dem hohen Hause mit, daß folgende Herren für die Kommission vorgeschlagen sind: Gafz, Riegler, Hartleb, Hammerstorfer und Stameß. Ich möchte beantragen, diese Wahl mittels Erheben der Hände vorzunehmen. Ich bitte jene Herren, welche der Wahl zustimmen, die Hände zu erheben. (Geschieht.) Die Herren sind gewählt.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft.

Die mir heute überreichten Anträge sind mit den erforderlichen Unterschriften versehen, werden in Druck gelegt und zu Beginn der nächsten Sitzung mitgeteilt werden.

Anfragen sind folgende eingelangt (liest):

Anfrage der Abg. Peintinger, Weingärtner, Rieger und Genossen wegen Petroleumverteilung in Weiz.

Anfrage der Abg. Riegler und Genossen an den Landesrat wegen Trennung und Teilung der Gemeinde Umgebung Oberwölz—Schönberg.

Anfrage der Abg. Siegl, Graupp, Kölbl und Genossen, betreffend Abschubes deutscher Heimkehrer nach Jugoslawien.

Ich werde die erforderlichen Erhebungen sogleich veranlassen und das Resultat dieser Erhebungen in einer der nächsten Sitzungen bekanntgeben.

Ich erkläre den Landtag für vertagt, die neuerliche Einberufung wird schriftlich bekannt gegeben werden.

(Schluß der Sitzung: 8 Uhr 20 Minuten abends.)

Anhang.

I.

Anfrage

der Abg. Peintinger, Weingärtner, Rieger und Genossen wegen Petroleumverteilung in Weiz.

Bei der Bezirkshauptmannschaft Weiz ereignete sich am Montag den 6. Oktober folgender Fall.

Für September erfolgte von der Bezirkshauptmannschaft die Zuteilung des Petroleums an die verschiedenen Gemeinden. Die Zuteilung war scheinbar eine unrichtige, da nach den Haushaltungen manche Gemeinden mehr, manche weniger zugewiesen erhielten. Darüber beschwerte sich der Bürgermeister Alois Färber aus Pirching bei Gleisdorf beim Wirtschaftspräsidenten Schelsniker in Weiz mit der Erklärung, daß die Zuteilung mindestens eine mangelhafte sei, was auch zugegeben wurde. Auf die Erklärung des Färber, daß solches nicht vorkommen soll, und wozu man denn die Haushaltungslisten einschicken müßte, erfaßte Schelsniker die Zuteilungslisten und warf dieselben dem Färber mit der Erklärung, machen sie es selbst, wenn sie es besser verstehen, vor die Füße. Zeuge dessen war Hosfer, Bürgermeister in Labuch.

Die Gefertigten stellen daher die

Anfrage

„Ist der Landesregierung das Vorgehen dieses Beamten, die aufreizende und unwürdige Behandlung der bäuerlichen Bevölkerung durch ihn bekannt und was gedenkt sie zu tun, um die bäuerliche Bevölkerung in Zukunft vor den Übergriffen und der schikanösen Behandlung durch derartige Beamte zu bewahren?“

Peintinger.

Josef Weingärtner.

Karl Huber.

Lang.

Herzog.

A. Riegler.

II.

Anfrage

der Abg. Riegler und Genossen an den Landesrat wegen Trennung und Teilung der Gemeinde Umgebung Oberwölz-Schönberg.

Von zuständiger Seite wird in Erfahrung gebracht, daß das Operat über die Trennung und Teilung der obgenannten Gemeinde im Bezirke Oberwölz vollständig fertiggestellt ist, infolge eines Landesratsbeschlusses, wonach Gemeindetrennungen nicht mehr bewilligt werden sollen, dem Landtag auch nicht mehr zur Genehmigung vorgelegt wird.

Diese sehr begründete, von der Finanzbehörde zustimmend begutachtete, der Bevölkerung bereits zugesicherte Teilung in die Ortsgemeinden Oberwölz Land und Schönberg, nunmehr auf unbestimmte Zeit zu verschieben wird unnötigerweise Erregung in der Bewohnerschaft des genannten Gemeindegebietes hervorrufen, das Ansehen der beteiligten Abgeordneten und Behörden wird in ein schiefes Licht gerückt, zumal eine Verschiebung in diesem Gegenstande nicht erklärlich erscheint, und stellen wir daher die

Anfrage:

„1. Aus welchen Gründen und warum wurde diese Angelegenheit bisher dem Landtage noch nicht vorgelegt und

2. ist der Landesrat bereit, falls nicht außerordentlich gewichtige Gründe dagegen sprechen, dem Landtage unverweilt eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten?“

Graz, am 16. Oktober 1919.

Alois Riegler.

Franz Ritter.

Schifko.

Krenn.

K. Zach.

III.

Anfrage

der Abg. Siegl, Graupp, Kölbl und Genossen, betreffend Abschubes deutscher Heimkehrer nach Jugoslawien.

Es ist vorgekommen, daß deutsche Heimkehrer aus dem Gebiete der früheren Monarchie des österreichischen Gebietes mit Gewalt nach dem Gebiete des SHS-Staates abgeschoben wurden.

Und zwar hat die Zerstreungsstation Lebring in einem Fall drei deutsche Heimkehrer aus dem Abstaller Becken gegen ihren Willen nach Marburg zum SHS-Militärkommando abgeschoben.

Die Gefertigten stellen daher an die Landesregierung die

Anfrage:

„Ist dies bekannt, und was gedenkt sie zu tun um eine Auslieferung deutscher Männer an ihre Feinde zu verhindern?“

Hans Gölles.

Steinberger.

Krenn.

Graupp.

Kölbl.

K. Zach.

Schifko.